Terror: Deutsche fast schutzlos Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 31 – 5. August 2016
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Zufrieden mit dem Erreichten: Klaus Brähmig MdB (mi. re.) und LO-Sprecher Stephan Grigat (mi.) in Rastenburg Bild: Vollmert

Kulturelles Erbe erhalten

Unions-Bundestagsabgeordnete trafen in Ostpreußen mit LO-Sprecher zusammen

Als parlamentarischer Ansprechpartner dieser wichtigen Bevölkerungsruppe hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die soziologische Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten eingerichtet. Im Rahmen des politischen Engagements für die deutschen Minderheiten besuchte der Vorsitzende der Gruppe, der sächsische Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig, vom 25. bis zum 29. Juli das südliche Ostpreußen.

Brähmig wurde begleitet vom stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe, dem Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols, und ihrem Parlamentskollegen Hans-Georg von der Marwitz. Neben Zusammenkünften mit den Ortsgliederungen der deutschen Minderheit in Danzig, Rastenburg, Bischofsburg, Allenstein, Osterode und Elbing stand ebenfalls ein Gedankenaustausch mit dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland-Masuren unter Vorsitz von Heinrich Hoch auf dem Programm.

In Rastenburg traf die Delegation darüber hinaus mit dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, und Edyta Gladkowska, der Repräsentantin der Landsmannschaft in Allenstein, zusammen. Auch mit dem katholischen Allensteiner Domherrn André Schmeier und dem neuen Pfarrer von Schlobitten, Mirosław Wnek, konnte die deutsche Parlamentarierdelegation im Rahmen ihrer Reise Gespräche führen.

Bürgermeister von Marienburg würdigt deutsches Engagement

Beim Besuch von Schloss Steinort erhielten die Bundestagsabgeordneten darüber hinaus einen Eindruck von den bereits erfolgten eindrucksvollen Anstrengungen zum baulichen Erhalt dieses bedeutenden Kulturdenkmals. Bei einem Treffen mit dem Bürgermeister von Marienburg, Marek Charzewski, würdigte dieser insbesondere das Engagement der früheren deutschen Einwohner der Stadt zur Sanierung des historischen Jerusalem-Hospitals.

Vor dem Hintergrund der auch in Ostpreußen gesammelten positiven Erfahrungen wird sich die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion auch künftig dafür einsetzen, das finanzielle Engagement Deutschlands zur Unterstützung der Arbeit der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa aufrechtzuerhalten. Dasselbe gilt für die Pflege des kulturellen Erbes des historischen deutschen Ostens.

Hier zeigten sich im südlichen Ostpreußen unzählige private wie öffentliche Initiativen, die sich in zutiefst anerkennenswerter Weise der Pflege des historischen deutschen Kulturerbes widmen. *E.B.*

JAN HEITMANN:

Fünfte Kolonne

Laut Ausländerzentralregister leben in Deutschland rund 1,5 Millionen Türken. Hinzu kommen 1,5 Millionen türkeistämmige Deutsche. Angesichts der unter ihnen seit dem Putschversuch in ihrem Herkunftsland ausgebrochenen Konflikte stellt sich die Frage nach ihrer Loyalität. Einer Emnid-Umfrage zufolge stehen 47 Prozent von ihnen nicht zu unserem Grundgesetz und halten religiöse Gebote für höherrangig als die deutschen Gesetze. Ein Drittel zieht eine traditionelle islamische Gesellschaftsordnung einer freien Gesellschaft vor. Sie sind die Fünfte Kolonne des türkischen Despoten Recep Tayyip Erdogan. Lautstark preisen sie ihren Sultan und verteidigen die Abschaffung der Demokratie in ihrem Heimatland. Mit frecher Anmaßung verbitten sie sich jede Kritik und schüchtern ihre Gegner ein. Auf sie kann sich Erdogan verlassen.

Das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit gelten in Deutschland auch für Erdogan-Anhänger, selbst wenn sie unsere demokratischen Grundwerte erklärtermaßen verachten. Das darf aber nicht so weit gehen, dass innertürkische Konflikte auf unseren Straßen ausgetragen werden. Dass es am vergangenen Sonntag in Köln ruhig geblieben ist, haben wir nur einem Polizeiaufgebot zu verdanken, das an die Sicherheitsvorkehrungen beim G7-Gipfel erinnerte.

Man fragt sich, was die Erdogan-Anhänger eigentlich noch bei uns wollen, wenn sie ihn und ihr Heimatland doch so sehr lieben, dass sie dafür auf die Straße gehen. Er ist doch gerade dabei, ihnen am Bosporus das Paradies zu schaffen. Wer sich in der türkischen Innenpolitik engagieren will, sollte auf den österreichischen Außenminister Sebastian Kurz (FPÖ) hören und schnell Richtung Heimat verschwinden.

Nicht mit Buschkowski

Ex-Bezirksbürgermeister verbietet SPD Werbung mit seinem Namen

Der frühere Berlin Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) hat seiner Partei verboten, Werbung mit seinem Namen zu machen. Wie die „BZ“ berichtet, forderte er seine Parteigenossen auf, eine Facebook-Seite mit seinem Namen „mit sofortiger Wirkung einzustellen“. Er habe sogar mit einem Anwalt gedroht.

Buschkowsky, der als heftiger Kritiker einer liberalen Einwanderungspolitik gilt, stört sich an einem Besuch seiner Nachfolgerin Franziska Giffey (SPD) in der Berliner Dar-as-Salam-Moschee. Die muslimische Gemeinde gehört zur vom Verfassungsschutz beobachteten Muslimbruderschaft, die einen islamischen Gottesstaat und den Dschihad propagiert. Giffey hatte die Moschee besucht, um dort gemeinsam mit Asylbewerbern das Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan zu feiern.

»Neuorientierung nicht zu vertreten«

„Diese Moschee hat einen Hardcore-Ruf“, sagte der einstige Vorzeige-Sozialdemokrat Buschkowsky der „Berliner Morgenpost“. Die Neuorientierung der Neuköllner SPD nach dem Amtswechsel im Rathaus im Verhältnis zu Islamismus und Muslimbruderschaft könne er nicht vertreten. „Politischer Islam ist keine Religion, sondern eine Machtideologie“, sagte er.

Der Berliner Verfassungsschutz bescheinigt in seinen drei letzten Jahresberichten der Dar-as-Salam-Moschee, die „von tausenden Menschen, auch von vielen Flüchtlingen“ besucht wird, salafistische Einflussnahme auf die Asylsuchenden. Mehrmals seien in der Moschee radikalislamistische Prediger aufgetreten, heißt es in Sicherheitskreisen.

In Neukölln leben 60000 Muslime, die meisten davon aus arabischen Ländern. Berüchtigt sind libanesisch-kurdische Großfamilien, die große Teile der Berliner Unterwelt beherrschen. Buschkowsky hatte dies als erster bekannt gemacht. *B.B.*

»Nicht traditionell heimisch«

Bundesregierung: Keine polnische Minderheit in Deutschland

In Deutschland gibt es nach Ansicht der Bundesregierung keine als nationale Minderheit anerkannte polnische oder polnischsprachige Minderheit. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Das sei auch in dem zwischen Deutschland und Polen geschlossenen Nachbarschaftsvertrag anerkannt worden. Darin werde zwischen den „Angehörigen der deutschen Minderheit in der Republik Polen“ und „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“, unterschieden. Es komme zum Ausdruck, dass beide Staaten davon ausgehen, dass es zwar in Polen eine deutsche Minderheit, nicht aber in Deutschland eine polnische Minderheit gebe.

Festgelegt auch im Nachbarschaftsvertrag

Die Bundesregierung macht in ihrer Antwort deutlich, dass als nationale Minderheiten in Deutschland Bevölkerungsgruppen anerkannt werden, die bestimmte Kriterien erfüllen würden: Dazu gehörten neben der deutschen Staatsbürgerschaft unter anderem, dass sich die Angehörigen der Gruppe von der Mehrheitsbevölkerung durch eigene Sprache, Kultur und Geschichte, also durch eine eigene Identität unterscheiden würden und diese Identität bewahren wollten. Weitere Kriterien seien, dass sie traditionell – also in der Regel seit Jahrhunderten –in Deutschland heimisch seien und „in angestammten Siedlungsgebieten“ leben würden. Demnach seien die Dänen, die Sorben, die Friesen und die Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit anerkannt. Die in Deutschland wohnenden polnisch-stämmigen deutschen Staatsangehörigen hingegen nicht, da sie „auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht traditionell heimisch“ seien. *J.H.*

MELDUNGEN

Irische Pässe gefragt

London – Laut Angaben der Nachrichtenagentur Reuters haben sich die Anfragen zum Erwerb von Pässen bei der irischen Botschaft in London seit der Entscheidung zum Brexit verzwanzigfacht. Anrecht auf einen irischen Pass haben Kinder irischer Staatsangehöriger sowie in Irland bis zum Jahr 2005 Geborene nebst ihren Kindern und Enkeln. Diese Regelung betrifft einerseits fast alle Einwohner Nordirlands, andererseits aber auch zahlreiche Einwanderernachfahren in England, Schottland und Wales. Nach Schätzungen sind etwa ein Viertel der Briten in irgendeiner Form irischer Abstammung, allerdings wären nur rund sechs Millionen passberechtigt. *T.W.W.*

China rückt von Pjöngjang ab

Peking – Kürzlich berichtete ein wichtiges Organ der Kommunistischen Partei Chinas, eine wachsende Zahl von Chinesen, „sowohl Elite als gewöhnliche Bürger", betrachte Nordkorea „mehr als Last denn als einen alten Freund". Die Änderung in der politischen Öffentlichkeit könnte sich „verwandeln in einen Druck, der die Regierung Chinas drängt, die Sanktionen gegen Pjöngjang zu erhöhen“. Dies ist das erste Mal, dass eine derartige Kritik in einem Organ der chinesischen KP erscheint. Zudem ist es überaus seltsam, dass es sich dabei ausführlich auf die allgemeine Stimmung im Volke beruft. Denn tatsächlich ist diese der KPCh-Führung völlig gleichgültig. Zudem dürfte der Durchschnitts-Chinese andere Sorgen haben, als sich mit der Nordkorea-Politik Pekings auseinanderzusetzen. Ganz offenbar sollen derartige Berichte die Chinesen auf eine verschärfte Haltung Pekings gegenüber Nordkorea vorbereiten. Wie weit diese gehen wird, ist unklar. Peking wird die ihm recht lästig gewordene „Demokratische Volksrepublik Korea“ kaum fallen lassen, da es diese als notwendigen Pufferstaat gegenüber den USA sieht. *F.W.S.*

Referendum für Irlands Einheit

Dublin – Im Anschluss an das britische Brexit-Referendum, bei dem in Nordirland die protestantische pro-britische Democratic Unionist Party für einen EU-Austritt, die pro-irische Sinn Fein hingegen für einen EU-Verbleib eingetreten war, spitzen sich die politischen Verhältnisse in ganz Irland zu. Der irische Premierminister Enda Kenny sieht durch den Brexit den Frieden in Nordirland und die wirtschaftliche Zukunft beider Teile der Insel in Gefahr. Pläne für ein gesamtirisches „Brexit-Forum“, mit dem er gegenzusteuern hoffte, musste er auf Druck der großen Nachbarn aufgeben, und im eigenen Staat wurden Stimmen für eine Wiedervereinigung der Insel laut, die zu unterdrücken ihn erhebliche Mühen kostete. Nun sattelte der „Taoiseach“, wie man in Irland den Premierminister offiziell auch im Englischen mit seinem gälischen Titel nennt, überraschend um: Er teilte mit, dass, falls eine Mehrheit der Nordiren Großbritannien verlassen und sich der Republik Irland anschließen wolle, man ein Referendum einleiten müsse. Kenny verglich diese irische Wiedervereinigung mit jener Deutschlands nach dem Fall der Mauer. Die irische Presse schrieb darauf umgehend von einem „historischen Tag der irischen Geschichte“. *T.W.W.*

Untertriebene »Kollateralschäden«

Die Zahl der unschuldigen Opfer des US-Drohnen-Krieges ist weitaus höher als eingestanden

Dieser Tage hat US-Präsident Barack Obama Zahlen vorgelegt, denen zufolge in seiner Amtszeit die Zahl der von US-smerikanischen Drohnen getöteten Dschihafisten, die der Zivilisten bei Weitem übertreffe. Doch von kompetenter Seite wird das Gegenteil konstatiert.

Es war schon während der Regierungszeit Obamas, als US-Drohnen auf den pakistanischen Taliban-Führer Baitulla Mehsud die Jagd eröffneten. Es mussten sieben Angriffe geflogen werden, bis Mehsud zu Tode kam, was in den USA als großer Schlag gegen den Terrorismus gefeiert wurde. Nicht zur Sprache kam der Umstand, dass den Angriffen auf den Taliban auch 164 Zivilisten zum Opfer fielen. Über ein Jahr später, im Oktober 2010, ebenfalls in Pakistan: US-Drohen fliegen sechs Angriffe auf den Taliban Qari Hussain bis er getroffen wird. Die Einsätze kosteten zudem 128 Zivilisten das Leben.

Solche Zahlen widersprechen auffällig einer Bilanz, die Präsident Obama dieser Tage vorgelegt hat und die getötete Terroristen gegen tote Zivilsten aufrechnet. Danach kamen durch US-Drohnen seit Obamas Amtsantritt rund 2500 Islamisten ums Leben und nur 116 Unbeteiligte. Dabei ist völlig unerfindlich, wie diese Zahl von 116 zustande kommt, wenn sich die Zahl toter Zivilisten bereits in Obamas erstem Amtsjahr auf annähernd 500 belaufen haben dürfte. Denn jene Bilanz gilt von damals bis heute.

Misstrauen gegenüber Obamas Darlegung ist auch deshalb geboten, weil er nach seiner Wahl volle drei Jahre benötigte, um einzugestehen, dass die USA überhaupt planmäßig Drohnen einsetzen, um Menschen zu töten. Die Vermutung, derlei sei ohne sein Wissen geschehen, trifft nicht zu. Es ist das persönliche Vorrecht des Präsidenten, Namen von missliebigen Personen auf eine Liste zu setzen und mit seiner Unterschrift deren Todesurteil zu unterzeichnen, ohne Richter, Anklage und Prozess. Da diese Liste immer an einem Dienstag auf den neuesten Stand gebracht wird, heißt dieser Tag in Washington der „Killing Tuesday“. Obama, der Friedensnobelpreisträger, hat nach seiner Amtsübernahme diese Einsätze gegenüber seinem Vorgänger George W. Bush verachtfacht.

> Deutschland unterstützt den Drohnen-Krieg der USA wesentlich

Seit der Drohnen-Krieg nicht mehr zu vertuschen ist, versuchen die USA, ihn als eine saubere Methode hinzustellen, die in chirurgisch-präziser Weise Unholde ausschalte und so einen unverzichtbaren Teil des „Kampfes gegen den Terror“ darstelle. Zu diesem Zweck muss natürlich auch die unerträglich große Zahl unschuldiger Opfer geschönt werden. Doch Widerspruch kommt von äußerst kompetenter Seite. Die Nicht-Regierungs-Organisation „Reprive“ ist ein weltweiter Zusammenschluss von Gesellschaften, die hauptsächlich gegen die Todesstrafe kämpfen, mit Sitz in London und New York. Sie gab im November des vergangenen Jahres ihre neuesten Statistiken heraus. Dabei ging es um die „Kollateralschäden“ der US-Drohenangriffe in Afghanistan, Pakistan, Somalia und dem Jemen. Die Daten dazu wurden in Zusammenarbeit mit dem „Bureau of Investigative Journalism“ erstellt. Die zentrale Aussage: Bei 41 Angriffen auf tatsächliche oder angebliche Terror-Paten kamen mindestens 1147 Zivilisten, hauptsächlich Familien und Kinder, ums Leben.

„Drohnenangriffe wurden der US-amerikanischen Öffentlichkeit als präzise verkauft. Aber sie sind nur so präzise wie die Informationen, auf deren Grundlage sie eingesetzt werden. An Informationen über einen ‚Bösewicht‘, den die USA jagen, und dessentwegen 28 unbekannte Menschen sterben, darunter Frauen und Kinder, ist nichts präzise,“ sagt Jennifer Gibson, die die Studie von Reprieve leitete.

Zeugenschaft in demselben Sinn gibt die Online-Plattform „The Intercept“. Sie veröffentlichte in einem Dossier mit dem Titel „Die Tötungsmaschine“ Dokumente, die ihr dem Vernehmen nach von einem Geheimdienst zugespielt worden sind. Danach sind im Zuge der Operation „Haymaker“ vom Januar 2012 bis zum Februar 2013 mehr als 200 Menschen getötet worden, davon 35 Terror-Verdächtige. Die US Army, so „The Intercept“ weiter, führe die Toten als „im Kampf getötete Feinde“.

Zu dem Dossier befragt, antwortete der Sprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest, etwas dünn, US-Präsident Obama sorge für möglichst große Transparenz, was die globalen „Anti-Terror-Operationen“ der USA angehe. Die Tatsache, dass nicht einmal er die Glaubwürdigkeit der Quelle in Abrede stellte, verbietet alle Zweifel daran.

Doch unabhängig von der Frage nach Art und Schuld der Drohnen-Opfer stellt sich angesichts der 390 Angriffe in Obamas ersten fünf Amtsjahren und den 3000 Toten allein in dieser Zeit die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage dieses Blut vergossen wird. Die USA befinden sich mit keinem der betroffenen Länder in einem erklärten Kriegszustand, und wenn ein faktischer herrscht, dann deshalb, weil die USA das entsprechende Land überfallen haben. Der Drohnenkrieg umfasst den halben Erdball und bringt neben tausendfachem Elend nur eines hervor: überreichen Zulauf für diejenigen Partisanen, die man dem Islamismus in die Hände treibt und die dann, versehen mit dem Kennzeichen des Terrorismus, als Rechtfertigung für weitere Kriege von USA und Nato dienen können.



Nach einem US-Drohnen-Angriff auf Pakistan: Islamische Studenten vor einem zerstörten Seminar *Bild: Imago*

Dieser umfassende, rechtswidrige Krieg wird wesentlich von Deutschland unterstützt, weil er technisch nicht möglich wäre ohne die US-Flugbasis in Ramstein. Nie hat die Kanzlerin angedeutet, dieser Zustand bedürfe der Korrektur, weil er einen Konflikt unter anderem mit dem Grundgesetz darstelle. Und das tausendfache Töten gerät in Vergessenheit, wenn die Kanzlerin mit dem US-Präsidenten über die „gemeinsamen Werte“ plaudert.

Obamas Eingeständnis von nur 116 unschuldigen Opfern kann daher nur einen Zweck verfolgen: den Anschein zu erwecken, damit seien alle dahingehenden Fragen beantwortet und das Problem bei weitem nicht so groß wie von Querulanten dargestellt. Und dann kommen der nächste Dienstag und die nächste Liste. *Florian Stumfall*

Häufig ein Produkt familiärer Prägung

Brüder und andere Verwandte von Dschihadisten sind oft selber welche – oder zumindest Sympathisanten

Die Attentate von Paris und Brüssel haben die Bedeutung von Brüderpaaren im internationalen Dschihadismus aufgezeigt. Zu den Attentätern von Brüssel gehörten die Brüder Ibrahim und Khalid El Bakraoui. Ibrahim sprengte sich in der Abflughalle des Flughafens in die Luft. Sein Bruder Khalid zündete einen Sprengsatz in einem Waggon der Metro an der Station Maelbeek. Auch einer der Drahtzieher der Pariser Anschläge, Abdelhamid Abaoud, hat mit Younes Abaoud einen Bruder in den Dschihad gezogen. Dieser gilt mit 14 Jahren als einer der jüngsten ausländischen Kämpfer in den Reihen des Islamischen Staates (IS). Im Januar 2015 stürmten die beiden Brüder Chérif und Saïd Kouachi in die Redaktionsräume von „Charlie Hebdo“. Sie töteten zwölf Menschen. Auch das verheerende Attentat auf den Boston-Marathon 2013 wurde mit den Tschetschen Tamerlan und Dschochar Zarnajew von einem Brüderpaar geplant und ausgeführt.

Auch aus Deutschland sind Brüderpaare als Terroristen bekanntgeworden, etwa die Brüder Yassin und Mounir Chouka aus Bonn-Kessenich. 2008 zogen die beiden Brüder ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet nach Waziristan. Sie posierten in Propagandavideos der Terrororganisation Islamische Bewegung Usbekistans (IBU). Unter anderem forderten sie zu Mordanschlägen gegen die Mitglieder von pro NRW auf. Anfang 2015 wollten sie offenbar von Waziristan nach Syrien reisen, um dort im Bürgerkrieg zu kämpfen. Im Iran wurden die Brüder von der Polizei gestoppt. Yassin Chouka wurde getötet, Mounir festgenommen. Er sitzt seither in einem iranischen Gefängnis. Die Zwillingsbrüder Kevin und Mark K. aus Castrop-Rauxel die unter dem Einfluss des Salafistenpredigers Abou Nagie zum Islam konvertiert sind, reisten 2014 über die Türkei nach Syrien. Im Mai 2015 veröffentlichte der Islamische Staat in seiner Propagandazeitschrift „Dabiq“ ein Foto der beiden blonden Männer. Sie posieren mit erhobenen Zeigefingern und Koran vor einer Flagge des IS. Dazu teilen die Dschihadisten mit, dass die beiden Brüder als Selbstmordattentäter gestorben seien.

> »Die Verwandtschaft und der Clan ist das, was im Islam wirklich zählt, viel mehr als Religion«

Das sind nur die bekanntesten Beispiele für ein Phänomen, das Wissenschaftler seit Jahren beobachten. Die unabhängige Denkfsbrik New America hat in einer Studie über 466 Dschihadisten herausgefunden, dass rund ein Viertel der westlichen Kämpfer Verwandte hat, die sich ebenfalls militanten Islamisten angeschlossen haben. Laut einer Studie der Pennsylvania State University sind in 46 Prozent der 120 untersuchten Fälle Familienmitglieder eingeweiht, dass Terrorakte geplant sind. Bei der Radikalisierung von potenziellen Dschihadisten spielen zwar die sozialen Medien und die Online-Propaganda der Terrorgruppen eine wichtige Rolle. Vorbilder im engen persönlichen Umfeld sind aber offenbar noch attraktiver. „Die Verwandtschaft und der Clan ist das, was im Islam wirklich zählt, viel mehr als Religion“, sagte der belgische Professor für internationale Beziehungen, Rik Coolsaet, dem „Guardian“.

Kurz nach den Brüssel Attentaten wurde der Bruder eines Selbstmordattentäters, Mourad Laachraoui, für Belgien Europameister im Taekwondo und könnte sogar als Teilnehmer der Olympischen Spiele nach Rio fahren. Mourads älterer Bruder Najim Laachraoui hatte sich am 22. März in der Abflughalle des Brüsselers Flughafens in die Luft gesprengt. Najim Laachraoui wird auch mit den verheerenden Anschlägen im November in Paris in Verbindung gebracht, bei denen 130 Menschen starben. In einer Pressekonferenz am 28. März erklärte Mourad, dass er von der Tat seines Bruders nichts gewusst habe, er sei sehr berührt und niedergeschmettert, man könne sich seine Familie eben nicht aussuchen. Von Mitgefühl gegenüber den Opfern sagte er allerdings nichts. Angesicht der vielen Brüderpaare im internationalen Terrorismus erscheinen diese Aussagen kaum noch glaubhaft. Immerhin stehen in Belgien mittlerweile nicht nur Brüderpaare, sondern ganze Familien wegen Werbung für Terrorismus vor Gericht. *Bodo Bost*

Waffenstarrende Hilflosigkeit

Merkels Maßnahmen gegen den Terror suggerieren einen wehrhaften Staat, echte Sicherheit schaffen sie kaum

Barbarische Bluttaten erschüttern Deutschland. Die regierenden Politiker aber wirken hilflos, desorientiert und gefühlskalt. Angela Merkels Neun-Punkte-Plan wird das Land in einen Überwachungsstaat verwandeln und dennoch seinen Bürgern kaum mehr Schutz bieten. Die wahren Ursachen der Gewaltorgien werden nur hinter verschlossenen Türen benannt.

Die Stimmlage der Betroffenheit hat Aydan Özoguz (49) anscheinend nicht im Repertoire. Im Tone einer gelangweilten Kindergärtnerin erklärt die SPD-Frau und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung den Deutschen in einem Rundfunk-Interview mit NDR-Info am Mittwochmorgen was jetzt zu tun sei – drei Tage, nachdem sich ein syrischer Asylbewerber in Ansbach in die Luft sprengte und zwölf Menschen verletzte, drei Tage, nachdem ein syrischer Asylbewerber in Reutlingen eine 45-jährige Frau, Mutter von vier Kindern, mit einem Dönermesser tötete, fünf Tage, nachdem der eingebürgerte Sohn iranischer Asylbewerber bei einem Amoklauf in München neun Menschen erschoss, neun Tage, nachdem ein afghanischer Asylbewerber fünf Menschen mit einem Axtangriff bei Würzburg schwer verletzte.

Die „Bild"-Zeitung spricht von einer Blutwoche, Aydan Özoguz redet von verstärkten Therapieangeboten für „traumatisierte Flüchtlinge". Da müsse man ansetzen, um das Leben bei uns wieder sicherer zu machen.

Es ist dieser enervierende Mix aus ideologischer Verblendung und purer Menschenverachtung, der den entsetzten Bürgern dieser Tage aus viel zu vielen Politikermündern entgegendröhnt. SPD-Justizminister Heiko Maas zieht in einer Stellungnahme einen absurden Vergleich zu Afghanistan. In Kabul hätte ein Bombenanschlag schließlich auch gerade 80 Menschen getötet. Das Blutbad erinnere daran, dass die Menschen vor dem gleichen Terror fliehen, der auch uns bedroht.

Aber macht das den Schmerz der Betroffenen und Hinterbliebenen in München, Reutlingen, Würzburg und Ansbach in irgendeiner Weise erträglicher? Im Gegenteil: Es verhöhnt sie. Deutschland ist eben nicht Afghanistan. Verhältnisse wie in Kabul oder im irakischen Bagdad herrschten bis vor Kurzem weder in München noch in irgendeiner anderen deutschen Stadt. Erst die unverantwortliche Einladungspolitik der Bundesregierung hat die verrohten Gewalttäter von jenseits des Bosporus ins Land gelassen.

Die Hauptverantwortliche präsentierte nun einen Neun-Punkte-Plan, der vor weiterem Terror schützen soll. Werden Angela Merkels Maßnahmen umgesetzt, hat sie Deutschland damit in einen waffenstarrenden Überwachungsstaat verwandelt. Kein Karnevalsumzug, ohne dass gepanzerte Fahrzeuge mitrollen. Kein Public Viewing, Open-Air-Konzert oder Volksfest, das nicht unter den Augen schussbereiter Polizisten oder Soldaten stattfindet. Dass es deswegen sicherer zugeht, ist allerdings fraglich. Beispiel Bundeswehr: Merkel möchte sie bei Gefahrensituationen auch im Inland einsetzen. Aber schon jetzt

IS-Gewaltvideos sind unter Asylbewerbern weit verbreitet

sind die Streitkräfte durch zahllose Missionen im Ausland bis an ihre Kapazitätsgrenzen beansprucht. Nicht einmal den Schutz ihrer eigenen Kasernen können sie übernehmen. Von insgesamt 455 bewachten Liegenschaften der Bundeswehr werden 361 durch beauftragte Dienstleister geschützt. Als „reine PR-Maßnahme" beurteilt daher nicht nur FDP-Vize Wolfgang Kubicki die Forderung, Soldaten bei der Terrorabwehr im Inland einzusetzen.

Auch die Ankündigung, verstärkt gegen den Waffenhandel im Internet vorzugehen, dürfte wenig bewirken. Zwar hat Ali David S., der 18-jährige Amokläufer aus München, seine Pistole im sogenannten Darknet, einem besonders verschlüsselten Teilbereich des Internets erworben, andere Menschen mit mörderischen Absichten aber wenden sich nach wie vor lieber an den Waffen-Dealer um die Ecke. In der realen Welt ist es leichter und sicherer sich aufzurüsten, als mittels einer zweifelhaften Bestellung im Internet, wissen Experten. Wer, wie der Zugattentäter von Würzburg, mit einer Axt in den Dschihad ziehen möchte, für den reicht ohnehin eine Shoppingtour im nächsten Baumarkt.

Solchen Einzeltätern möchte Angela Merkel schon im Vorfeld auf die Spur kommen. Helfen soll, so heißt es in der schriftlichen Fassung des Neun-Punkte-Planes, „ein Frühwarnsystem, das den Behörden ein frühes Tätigwerden ermöglicht, sobald es im Rahmen von Asylverfahren oder Integrationsmaßnahmen Hinweise auf eine Radikalisierung gibt". Nur, was bedeutet eigentlich radikal? Das Ansehen von islamistischen Gewaltvideos kann es jedenfalls nicht sein. Das sei unter jungen syrischen Asylbewerbern gang und gäbe, berichten viele ihrer Betreuer. Ähnlich weit verbreitet sind wohl auch seelische Störungen. Rund die Hälfte der Asylsuchenden sei psychisch krank, erklärte jüngst Dietrich Munz (64), Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer. Allerdings gäbe es keinen kausalen Zusammenhang zwischen einem Trauma und der Ausübung von Gewalt, beschwichtigte eilig die Psychologin Jenny Baron von der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer.



Einsatz in der „Blutwoche": Polizisten während des Amoklaufes in München Bild: action press

Mögen die Ursachen terroristischer und krimineller Taten von Asylbewerbern auch offen sein, wie verbreitet sie sind, zeigen erschreckende Zahlen aus Großbritannien. Das Vereinigte Königreich hat im Gegensatz zu Deutschland nur wenige tausend Syrer aufgenommen. Allein in England und Wales wurden fast 900 von ihnen im vergangenen Jahr wegen verschiedener schwerer Straftaten, darunter Tötungsdelikte, Vergewaltigungen und Kindesmissbrauch, verhaftet. Die Boulevard-Zeitung „The Sun" spekulierte bereits, ob es für diese Zuwanderer nicht einfach zu schwierig sei, sich im Land zu integrieren.

Derlei öffentliche Überlegungen sind in Deutschland nach wie vor tabu. Hinter verschlossenen Türen sieht es eventuell anders aus. Der „Spiegel" zitierte jüngst eine angebliche Äußerung der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. „Die Flüchtlinge müssen raus, raus, raus", soll sie in einer Ministerpräsidentenkonferenz erklärt haben. Ihre Forderung dürfte wohl die wirksamste Antiterrormaßnahme von allen sein. Die Politikerin dementierte allerdings umgehend. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Bundeswehr soll Syrer ausbilden

Berlin – Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen will in einem Pilotprojekt zunächst rund 100 syrische Flüchtlinge in der Bundeswehr ausbilden. Diese sollen allerdings nicht Soldaten werden, sondern in Handwerk, Technik, Medizin und Logistik „zivile Fähigkeiten" erhalten. Nach den Vorstellungen von der Leyens sollen sie eines Tages in ihr kriegszerstörtes Heimatland zurückgehen und dort beim Aufbau helfen. Sobald es in dem Land wieder eine „verantwortungsvolle" Regierung gebe, will die Verteidigungsministerin dort auch die Ausbildung von Sicherheitskräften unterstützen. *J.H.*

Islamisten rüsten auf

Wiesbaden – Nach Informationen des hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Ismail Tipi rüsten sich dschihadistische Islamisten in Deutschland mit Kriegswaffen aus. Die Recherchen des ehemaligen Journalisten ergaben, dass es kürzlich einen Geheimeinsatz des Spezialeinsatzkommandos der nordrhein-westfälischen Polizei gegeben hat, bei dem im Kühlraum eines Gemüsehändlers in der Nähe einer Moschee ein Waffenlager mit schweren Kriegswaffen ausgehoben wurde. Die Gefahr der Bewaffnung der fundamentalistischen gewaltbereiten Salafisten in Deutschland sei sehr groß, so der aus der Türkei stammende Politiker. Das mache dieser geheime Polizeieinsatz mehr als deutlich. Dem Extremismus-Experten zufolge ist die Befürchtung groß, „dass salafistische Schläfer, Dschihadisten und IS-Terroristen in Deutschland Unterstützung durch ausländische Geheimdienste finden, die uns nicht freundschaftlich gesinnt sind". Durch die Waffenarsenale könnten diese mit Waffen ausgestattet werden. *J.H.*

EKD greift Luther an

Der Reformator ist der Amtskirche nicht islamfreundlich genug

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich kurz vor Beginn des Lutherjahres von Martin Luthers Islambild distanziert. In einem Papier der EKD-Konferenz für Islamfragen mit dem Titel „Reformation und Islam" heißt es, das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Die reformatorische Sicht auf den Islam, besonders die des Reformators Luthers sei aus heutiger Sicht vielfach polemisch und einseitig. Sie stehe „in einer deutlichen Spannung zu gegenwärtigen dialogischen Ansätzen, die dem Selbstverständnis und der Eigenständigkeit des muslimischen Glaubenszeugnisses Respekt entgegenbringen möchten".

Dabei können Luthers Türkenschriften durchaus auch Perspektiven für unser heutiges Zeitalter des aufgedrängten Multikulturalismus aufzeigen. Wie damals gibt es heute keine freiwillige kulturelle Begegnung von Christentum und Islam, sondern eine auf Eroberung angelegte, feindliche und gewaltsame Landnahme. Der Antitoleranzvorwurf an Luther vonseiten seiner eigenen Kirche mutet deshalb absurd an. Weder Luther, noch der Kaiser oder gar der Papst waren Eindringlinge in Europa. Die Osmanen drangen gewaltsam in Europa ein, um Land zu rauben, Menschen zu unterwerfen und den Islam über das Christentums zu setzen, wie sie es bereits vorher in dem einst christlichen Kleinasien getan hatten. Luther wusste das, er wollte seine eigene Kultur und Religion verteidigen. Luther war ein aufrechter Streiter für das abendländische Christentum. Diese Rolle wollen heute weder evangelische Bischöfe noch Päpste wirklich ausfüllen. Luther erteilt uns so auch eine

Aktuelles EKD-Papier zum Thema Reformation und Islam

wichtige Lektion in Sachen Toleranz: Niemand, der sich nicht selbst abschaffen möchte, ist verpflichtet unerwünschte Eindringlinge zu tolerieren.

Dass Luther sich auch mit dem Islam auseinandergesetzt hat, wundert nicht, stellten die über den Balkan in Europa einfallenden Osmanen zu seinen Lebzeiten doch ein permanentes Problem dar. Der Fall Konstantinopels 1453, der größten Metropole der Christenheit, 30 Jahre vor Luthers Geburt 1483, war in lebendiger Erinnerung. Bereits 1529 standen die Türken erstmals vor Wien. Durch die politischen Umstände seiner Zeit sah Luther es als notwendig an, in mehreren sogenannten Türkenschriften gegen die politische und militärische Macht der Osmanen Stellung zu beziehen, indem er sich gegen den Islam wandte. Der „türkische Glaube ist nicht mit Predigen und Wunderwerk, sondern mit dem Schwert und Morden so weit gekommen", schrieb er zum Beispiel. Luthers „Türkenschriften", von 1529 bis 1541 verfasst, zeigen, dass er auf eine bis heute aktuelle Bedrohung reagierte.

Luthers persönliche Haltung zum Islam hat eine ähnliche Entwicklung genommen wie seine heute behauptete, angebliche Judenfeindlichkeit. Wie seine Zeitgenossen bezog er seine Kenntnisse über „Türken", „Tataren" und „Mahometisten" aus Sekundärquellen. In seinem heilsgeschichtlichen Verständnis wird der Türkeneinbruch als Strafe und Bußangebot Gottes gedeutet, heilsgeschichtliche und politische Motive werden vermischt. Einen Glaubenskrieg lehnte Luther ab, da „religiöse Argumente in den geistlichen Kampf gehörten, nicht aber in den weltlichen Bereich des Schwertes". *Bodo Bost*

Entschädigung gesichert

Ehemalige deutsche Zwangsarbeiter erhalten ab sofort Geldleistung

Ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt von einer ausländischen Macht zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, können auf Antrag einen einmaligen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2500 Euro erhalten.

Die Voraussetzungen zum Erhalt der Leistung sind in einer Richtlinie näher geregelt. Dort heißt es: „Wer wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit oder deutschen Volkszugehörigkeit zwischen dem 1. September 1939 und 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten musste, kann eine einmalige finanzielle Leistung nach Maßgabe dieser Richtlinie erhalten. Dabei wird vermutet, dass die Zwangsarbeit wegen der deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit abverlangt wurde. Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird. Es reicht aus, wenn die deutsche Volkzugehörigkeit durch eine amtliche Urkunde glaubhaft gemacht wird. Zwangsarbeit im Sinne dieser Richtlinie ist jede unfreiwillige, nicht bloß kurzzeitige Arbeit, die unter Androhung von Gewalt, einer Strafe oder eines sonstigen empfindlichen Übels angeordnet wurde. Kurzzeitig ist die Zwangsarbeit in der Regel auch bei einer regelmäßig täglichen Rückkehr zur Wohnung. Die Leistung erhalten kann nur, wer als Zivilperson zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde. Zwangsarbeit im Rahmen von Kriegsgefangenschaft berechtigt nicht zur Leistung. Die

Antragsformulare und Infos gibt es beim Bundesverwaltungsamt

Leistung erhalten kann nur, wer nicht nach einer anderen Regelung für diesen Lebenssachverhalt bereits eine Entschädigung erhalten hat."

Auf die Leistung besteht kein Rechtsanspruch, und sie wird nur auf Antrag gewährt. Das Vorliegen der Voraussetzungen für ihren Empfang ist vom Antragsteller grundsätzlich nachzuweisen. Wenn der Antragsteller vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben gemacht, veranlasst oder zugelassen hat, kann die Zahlung verweigert werden. Vom Empfang der Leistung ist ausgeschlossen, wer dieser Leistung unwürdig ist, ohne dass aus der Richtlinie hervorgeht, wie diese Unwürdigkeit definiert ist. Die Leistung ist grundsätzlich höchstpersönlicher Natur und daher nicht übertragbar. Hat der von Zwangsarbeit Betroffene selbst den Antrag gestellt, kann die Leistung nach seinem Tode seinem hinterbliebenen Ehegatten oder einem hinterbliebenen Kind ausgezahlt werden. Ist der von Zwangsarbeit Betroffene hingegen nach dem 27. November 2015 verstorben, können entweder der hinterbliebene Ehegatte oder hinterbliebene Kinder an seiner Stelle den Antrag stellen. Dies ist jedoch nur bis zum 31. Dezember 2017 möglich.

Mit der Bearbeitung der Anträge ist das Bundesverwaltungsamt beauftragt. Dieses ist wie folgt zu erreichen: Bundesverwaltungsamt – Außenstelle Hamm, Alter Uentroper Weg 2, 59071 Hamm. E-Mails können an folgende Adresse gerichtet werden: AdZ@bva.bund.de. Telefonische Beratung erhalten Betroffene unter (0228) 99358-9800. Antragsformulare können zudem unter www.bundesverwaltungsamt.de/zwangsarbeiter heruntergeladen werden. *J.H.*

Zeitzeugen


Bild: Twitter

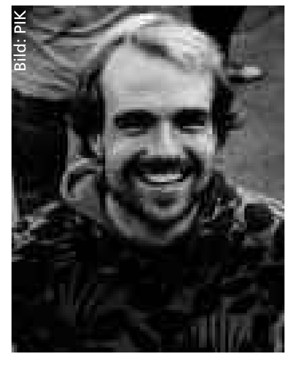
Benjamin Cook – Für den Klimaforscher vom Lamont-Doherty Earth Observatory der Columbia University in New York war die 2010 zu Ende gegangene Dürre in Syrien die schlimmste seit 500, ja vielleicht sogar 1000 Jahren. Dies schloss er aus den Jahresringen alter Bäume im Mittelmeer-Raum.

Hans Joachim Schellnhuber – Der Professor für Theoretische Physik und Gründungsdirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung ist einer der Verfasser der kürzlich erschienenen Studie über den angeblichen Zusammenhang zwischen Klimakatastrophen und bewaffneten Konflikten wie dem syrischen Bürgerkrieg. Er sitzt seit 1992 im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Neuerdings vertritt der Merkel-Berater die Ansicht, dass die Demokratie ein Hindernis beim Klimaschutz sei.


Bild: DWD

Paul Becker – Nach Ansicht des Vizepräsidenten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) und Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK) komme es jetzt tatsächlich recht häufig zu Dürre-Ereignissen – und zwar weltweit. Dies resultiere jedoch in erster Linie aus „der hohen natürlichen Schwankungsbreite des Niederschlags“.

Marwan Hadid – Als 1964 die ersten Unruhen und Streiks in der syrischen Stadt Hama ausbrachen, führte der diplomierte Agrar-Ingenieur eine Gruppe fanatischer Muslimbrüder an, die sich in der Sultan-Moschee verschanzten und so den Einsatz von Panzern und Artillerie auf Seiten des Bath-Regimes provozierten. Damit löste er faktisch den bis heute nicht beendeten Bürgerkrieg in Syrien aus. Er starb 1976 als Gefangener von Präsident Hafiz al-Assad im Gefängnis von Palmyra – angeblich an „akuter Atemnot“.


Bild: PIK

Carl-Friedrich Schleussner – Im Kampf gegen die „Klimaskeptiker“, welche die These von der „menschgemachten Erderwärmung“ ablehnen, agiert der Co-Autor der Schellnhuber-Studie an vorderster Front, was wenig verwundert. Denn Schleussner gehört nicht nur dem PIK an, sondern arbeitet auch für die Berliner Denkfabrik Climate Analytics, die unter anderem von Greenpeace finanziert wird.

Die Mär vom Zusammenhang

Die »Energiewende« soll alternativlos und der Islamismus harmlos erscheinen

Der Bürgerkrieg in Syrien gilt gemeinhin als politischer, ethnischer sowie vor allem auch religiöser Konflikt zwischen Sunniten, Schiiten, Alawiten und Christen. Jetzt allerdings treten einige Klimakundler mit der These an die Öffentlichkeit, es handele sich hier in Wahrheit um einen „Klimakrieg“ als Folge der Erderwärmung.

In der Juliausgabe des renommierten Wissenschaftsblattes „Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA“ veröffentlichten vier Angehörige des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) einen Artikel, in dem es heißt, dass der Klimawandel zu Klimakatastrophen führe, die dann wiederum Klimakonflikte auslösen können. Zu dieser Erkenntnis kamen die Autoren bei ihrer Analyse von 241 kriegerischen Auseinandersetzungen ab dem Jahre 1980. Immerhin 23 Prozent davon seien klimabedingt gewesen, wobei Wassermangel die größte Rolle spiele. Damit flankierten sie die Aussagen eines anderen PIK-Mitarbeiters, nämlich Stefan Rahmstorf, der zuvor bereits mehrfach behauptet hatte, der Bürgerkrieg in Syrien resultiere aus der gravierenden Dürre dort.

Allerdings ist bei solchen Aussagen Skepsis angebracht. Zwar litt der sogenannte Fruchtbare Halbmond, also die Region zwischen der syrischen Mittelmeerküste und Mesopotamien, tatsächlich vier Jahre lang unter Niederschlagsmangel, weswegen auch schon US-Wissenschaftler wie Colin Kelley von der University of California den Konflikt in Syrien als „Klimakrieg“ einstuften, doch riefen derartige Aussagen mittlerweile breiten Widerspruch hervor.

> Das PIK liefert der Politik für deren Geld Legitimationshilfe

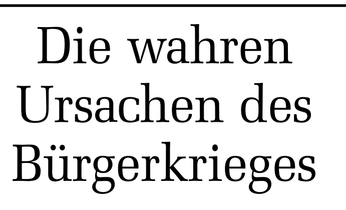
So stellte das Deutsche Klima-Konsortium (DKK), ein Zusammenschluss von 23 hochkarätigen Forschungseinrichtungen zum Thema Klimawandel, bereits Anfang dieses Jahres fest, dass die behaupteten Zusammenhänge zwischen globaler Erwärmung und der Entstehung von Dürren „statistisch nicht signifikant nachweisbar“ seien.

Darüber hinaus zeigte Christiane Fröhlich vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) während einer DKK-Tagung im Februar, dass auch der Bürgerkrieg in Syrien keinesfalls auf Klima-Anomalien zurückgehe. Ihre systematischen Befragungen ehemaliger syrischer Bauern in jordanischen Flüchtlingslagern hätten weder Belege für eine massiv verstärkte Binnenmigration infolge der andauernden Trockenheit noch für Rebellionen seitens der „Klimaopfer“ erbracht. Ihr Fazit lautete: Die „propagierte einfache Kausalität zwischen Dürre, Migration und Konfliktausbruch in Syrien lässt sich so nicht halten“.

Damit kann die aktuelle Wortmeldung aus dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung als neuerlicher Beleg dafür gesehen werden, wie sich gerade diese zu 100 Prozent staatlich finanzierte und sehr eng mit der Bundesregierung kooperierende Institution auf mehr oder weniger subtile Weise in die deutsche Tagespolitik einmischt. Nun will sie offenbar neben der Verbreitung von tendenziös-alarmistischen Informationen über den Klimawandel, die den Bürger nötigen sollen, die kostenintensive „Energiewende“ mitzutragen, auch noch eine Rehabilitierung des momentan so heftig in die Kritik geratenen politischen Islam bewerkstelligen. Wenn nämlich das Klima für den Bürgerkrieg in Syrien verantwortlich ist, dann verbietet es sich natürlich, dem religiösen Fanatismus der Menschen dort Bedeutung beizumessen. Oder anders ausgedrückt: Das Morden in Syrien hat ebenfalls nichts mit dem Islam zu tun – zumindest in der Welt des PIK.

Wolfgang Kaufmann


Einer der prominentesten Verfechter der These vom kausalen Zusammenhang zwischen Klimakatastrophen und bewaffneten Konflikten: Der Gründungsdirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber Bild: pa



Die wahren Ursachen des Bürgerkrieges

Der Bürgerkrieg in Syrien erwuchs keineswegs aus den friedlichen Protesten im Rahmen des Arabischen Frühlings, die dann durch die Kräfte von Präsident Baschar al-Assad niedergeschlagen wurden. Vielmehr reichen seine Wurzeln bis ins Jahr 1964 zurück. Damals rebellierten sunnitische Muslimbrüder gegen das „gottlose“ Regime der Arabisch-Sozialistischen Bath-Partei, die sich im März 1963 an die Macht geputscht hatte. Der Aufstand, dessen Schwerpunkt in der mittelsyrischen Stadt Hama lag, schlug zwar fehl, doch führte er zur Gründung einer islamistischen Untergrundmiliz, der Tanzim al-Talia al-Muqatila li-l-Ikhwan al-Muslimin (Organisation der Kämpfenden Avantgarde der Muslimbrüder). Diese verübte permanent Terroranschläge und Massaker an Alawiten, die für viele Sunniten wegen ihrer Nähe zu den Schiiten als „Ungläubige“ gelten. Daraufhin ließ der syrische Diktator Hafiz al-Assad, selbst ein Alawit, zwischen 1976 und 1980 die gesamte Führungsspitze der „Avantgarde“ liquidieren und schließlich 1982 deren Hochburg, nämlich Hama, vom Militär in Schutt und Asche legen, wobei bis zu 30000 Menschen ums Leben kamen.

> Ein »syrischer Dschihad«

Danach flohen viele syrische Muslimbrüder nach Europa. Später sah man sie vor allem auf den Kriegsschauplätzen in Afghanistan und dem Irak, wo sie sowohl Kampferfahrung sammelten als auch mannigfache Kontakte knüpften – so zum Beispiel zu Osama bin Ladens al-Kaida. Diese „Gotteskrieger“ der zweiten Generation entfachten dann im Schatten des Arabischen Frühlings einen neuerlichen „syrischen Dschihad“ gegen die alawitische Führung in Damaskus. Träger desselben war zunächst die Jabhat al-Nusra li-Ahl as Shaam (Unterstützungsfront für das syrische Volk) mit ihrem „Generalverantwortlichen“ Abu Muhammad al-Jaulani, bevor sich sukzessive weitere Gruppierungen wie der Islamische Staat einschalteten. Hierbei spielte das Klima jedoch nicht die geringste Rolle. *W.K.*

Die Dürre von 2006 bis 2010

Weder eine Folge der Erderwärmung noch eine Ursache des Krieges

Die Dürre, die 2006 über weite Gebiete am Oberlauf von Euphrat und Tigris in der Türkei, dem Irak und Syrien hereinbrach und bis 2010 anhielt, gehörte zu den periodischen Trockenphasen, wie sie im Nahen Osten regelmäßig auftreten – und zwar seit Menschengedenken. So kollabierte möglicherweise schon das Reich von Akkad um 2200 v. Chr. aufgrund fehlender Niederschläge. Im vorigen Jahrhundert kam es dann in den 50er, 80er und 90er Jahren zu längeren Dürreperioden. Ihre Ursache war jedes Mal eine Abnahme der Niederschläge im Winter, die daraus resultierte, dass die Winde im östlichen Mittelmeer-Raum schwächer wurden und hierdurch weniger feuchte Luftmassen in Richtung Vorderasien drängten. Dieser Effekt entstand immer dann, wenn sich der Indische Ozean stärker erwärmte als die Meere weiter nördlich und hierdurch die Zirkulation über dem Nahen Osten nachließ. Manche Klimatologen sehen darin bereits eine Folge der Erderwärmung, für andere sind das noch normale Variationen der atmosphärischen Verhältnisse.

> Die Trockenheit führte zu keinen Gewaltaktionen

Auf jeden Fall aber trug das Verhalten der Menschen im Fruchtbaren Halbmond dazu bei, dass der phasenweise winterliche Regenmangel zu Dürren führte. Beispielsweise betrieben die Bauern in den vergangenen Jahrzehnten oft keine Subsistenzwirtschaft mehr, sondern begannen mit dem Anbau von exportfähigen Produkten wie Baumwolle. Diese verbrauchten jedoch Unmengen von Wasser. Und deshalb begannen viele Landwirte, illegale Brunnen anzulegen, wodurch der Grundwasserspiegel sank. Das konnte inzwischen durch Satelliten-Messungen im Rahmen des Projektes „Gravity Recovery And Climate Experiment“ zweifelsfrei nachgewiesen werden. Die Folge waren ein Viehsterben aufgrund des Austrocknens der Wasserlöcher und Ertragsrückgänge in der syrischen Landwirtschaft von etwa 30 Prozent.

Das hatte natürlich erhebliche soziale Konsequenzen, doch bestanden diese nicht in Aufständen oder sonstigen Gewaltaktionen. Anderslautende Behauptungen sind schlichtweg falsch und Teil der Legendenbildung um den syrischen Bürgerkrieg. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Syrer setzen sich durch

Politik knickt vor Protest gegen Hallenunterbringung ein – Folgen könnten gravierend sein



Politik und Behörden gaben schnell nach: Syrische Protestler vor dem früheren Kongresszentrum in Berlin-Charlottenburg

Bild: action press

Der erfolgreiche Protest einer kleinen Gruppe von Asylbewerbern gegen ihre Unterbringung in Notquartieren könnte für die deutsche Hauptstadt noch sehr weitreichende Folgen haben. Die Anspruchshaltung der Neuankömmlinge erzürnt viele Berliner.

Es war ein erstaunlich schneller Erfolg, den eine Gruppe von etwa 40 zumeist syrischen Personen verbuchen kann. Am Donnerstag, den 21. Juli tauchten erste Berichte auf, wonach „demonstrierende Flüchtlinge“ vor dem früheren Internationalen Congress Centrum (ICC) in Charlottenburg ein provisorisches Protestlager eingerichtet hätten. Bereits am darauf folgenden Dienstag meldete die RBB-Abendschau: Für alle Familien sind akzeptable Lösungen gefunden worden.

Allem Anschein nach hatten sich die Demonstranten mit ihrer Forderung durchgesetzt, nicht weiter in Notunterkünften leben zu müssen. Wie berichtet wurde, hatten einige der Protestierenden bereits neun Monate lang in Hallen gelebt: Zuerst im Horst-Korber-Sportzentrum am Olympiapark, das im Mai als Notunterkunft geräumt wurde. Als nächste Station folgte die Messehalle 26, die wegen der anstehenden Internationalen Funkausstellung nun nicht länger als Notunterkunft dienen konnte.

Ein Umzug ins frühere ICC oder zum Ex-Flughafen Tempelhof war dann offenbar der Anlass für das mediendwirksame Protestlager der Gruppe. Ihr schneller Erfolg könnte brisante Folgen haben: Skeptiker fürchten, dass es nicht lange dauern wird, bis Nachahmer auf den Plan treten. Einwanderungs-Aktivisten und „Unterstützergruppen“ werden aufmerksam verfolgt haben, welchen Erfolg sie mit der Drohung eines dauerhaften Protestlagers im öffentlichen Raum erzielen können.

Noch vor wenigen Wochen war ein ähnlicher Vorstoß nämlich anders ausgegangen. Bereits am 10. Juli hatten etwa 30 Syrer versucht, vor der Neuköllner Jahn-Sporthalle ein Protestlager zu errichten. Auch in diesem Fall waren Bemühungen des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso), eine Notunterkunft in einer Sporthalle aufzulösen, der Anlass.

> Bürger fragen: Wo bleiben die Wohnungen für uns?

Doch hier hat die Polizei relativ schnell eingegriffen: Die Beamten rückten mit Verstärkung an und beschlagnahmten einige der bereits aufgestellten Feldbetten. Mit der Zusicherung, das Anliegen zu prüfen, war der Versuch, öffentlichkeitswirksam einen Dauerprotest zu inszenieren, dann bald beendet.

So unterschiedlich der Ausgang beider Aktionen war, eine Gemeinsamkeit ist erkennbar: Die Drohung mit einem „Protestcamp“ wird von der Berliner Politik sehr ernst genommen. Ganz offensichtlich geht die Angst vor einer Neuauflage des „Modells Oranienplatz“ um. Unvergessen ist anscheinend, dass es gut anderthalb Jahre gedauert hat, bis die unhaltbaren Zustände auf dem von Immigranten besetzten Kreuzberger Platz wieder abgestellt werden konnten.

Angefeuert von dem jüngsten Erfolg könnte es demnächst allerdings neue Versuche geben, über das Besetzen öffentlicher Räume Druck auf die Politik auszuüben. Quasi als Nebeneffekt der erfolgreichen Protestaktion vor dem ICC hat die Öffentlichkeit noch ein verblüffendes Detail zur Kenntnis nehmen müssen.

Wie eine Sprecherin der Senatssozialverwaltung bestätigte, besteht gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz nach sechs Monaten ein Anspruch darauf, in eine Wohnung oder Gemeinschaftsunterkunft zu ziehen. Davon inspiriert, erwägen angeblich bereits mehrere Asylbewerber, einstweilige Verfügungen anzustrengen, um sich gegen die weitere Unterbringung in Notunterkünften zu wehren.

Ein Blick in die Leserbriefspalten der Hauptstadtpresse zeigt indes, dass derartiges vielen Berlinern kaum noch zu vermitteln ist. Die Briefschreiber beklagen unter anderem ein Anspruchsdenken, das nur wenig zu Flüchtlingen passe, die angeblich unter Lebensgefahr aus Kriegsgebieten entkommen seien.

Obendrein herrscht in Berlin ein akuter Mangel an preiswertem Wohnraum, von dem nicht nur Asylbewerber und Flüchtlinge betroffen sind, sondern auch viele Studenten, Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger. Medienwirksame Aktionen wie der jüngste Versuch einer Einrichtung eines Protestlagers sind allerdings von keiner dieser Gruppen bekannt geworden.

Irritierend ist zudem noch eine andere Tatsache: Im Grundgesetz ist der deutschen Bevölkerung nämlich bislang kein Grundrecht auf Wohnen eingeräumt worden. Kein deutscher Obdachloser kann sich vor Gericht auf das Recht auf eine Wohnung berufen. Die bohrende Frage, die sich hier aufdrängt: Werden ausländische Neuankömmlinge etwa bevorzugt?

Welche finanziellen Belastungen der verbriefte Anspruch von Asylbewerbern auf Unterbringung allein für Berlin mit sich bringt, macht eine Studie deutlich, die das Maklerunternehmen Aengevelt vorgelegt hat. Auf der Grundlage von Zahlen des Bundes zur Zuwanderung kamen die Immobilienexperten zu dem Schluss, dass es knapp 2,2 Milliarden Euro kosten würde, Wohnungen für die rund 120 000 Asylanten, illegal Zugewanderten und Flüchtlinge bereitzustellen, die laut der prognostizierten Zahlen in Berlin bis zum Jahr 2017 leben werden.

Norman Hanert

Endspurt

Von Theo Maass

Seit Sonntag, Null Uhr, dürfen alle Parteien, die zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zugelassen sind, Werbeplakate an Laternenmasten und anderswo aufhängen. Und nicht früher, wie die Zulassungsbehörde mitteilen ließ.

Gehalten hat sich daran fast keine Partei. Sogar am Freitagabend wurden vereinzelt Kolonnen von Parteien beobachtet, die ihre Plakate aufhängten. Dass die ersten Plakate in der Stadt von der Piratenpartei aufgestellt wurden, überrascht nicht weiter. Deren Vertreter hatten in der vergangenen Legislaturperiode gezeigt, dass sie von Vorschriften und Konventionen wenig halten. Die Partei hat zwar wenig Aussicht, ins Parlament zurückzukehren (Umfragewerte zwischen null und drei Prozent), aber durch die staatlichen Zuwendungen für die Parlamentsfraktion ist Geld da, und das kann ausgegeben werden.

Die FDP erwartet ihre Rückkehr ins Parlament, nachdem die Partei in der vergangenen Legislaturperiode draußen war. Allerdings sagen nur die Meinungsforscher von Forsa den Liberalen einen entsprechenden Erfolg voraus. Deren Kollegen bei Infratest Dimap und INSA sehen die FDP abermals nicht im Parlament.

Auf den Plakaten steht die „Willkommenskultur“ im Mittelpunkt. Zwar hat die Partei damit zu kämpfen, dass ihr vor allem im Osten der Stadt Wähler in Richtung AfD davonlaufen dürften. Parteichef Klaus Lederer hat jedoch erklärt, dass er wegen einem oder zwei Prozent seine asylpolitischen Grundsätze nicht aufgeben wolle. Die Grünen haben diesmal keinen wirklich Prominenten gefunden, der ihre Liste anführen wollte. Statt einer Zweier- gibt es nun eine Viererspitze. Sie stehen mit der Linkspartei in Konkurrenz bei der Werbung um „Mitmenschlichkeit und Welcome, liebe Asylanten“.

Die SPD hat es im Konzert der „Großen“, die mit zweistelligen Ergebnissen rechnen können, schwer, sich abzusetzen. Immerhin hat der Regierende Bürgermeister Müller verkehrspolitische Entscheidungen (Autobahnbau) getroffen, die auch von einer andersfarbigen Koalition nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Das scheint der CDU zu schaden, denn sie galt in der Stadt bislang als die einzige Lobby der Autofahrer. Die SPD setzt bei ihrer Kampagne überwiegend auf Müller.

Die Christdemokraten kämpfen verzweifelt gegen ihr Abrutschen unter 20 Prozent. Sicherheit, Wirtschaft, Familie sind jedoch die Themen, die von ihrer bürgerlichen Konkurrenz, der AfD, vertreten werden. Die „Blauen“ greifen gezielt heikle Themen auf. Konkret nehmen sie Asylantenübergriffe gegen Homosexuelle, die Bildungsferne integrationsunwilliger Ausländer und sexuelle Belästigungen durch Asylbewerber gegen junge Partybesucherinnen ins Visier – das dürfte sicherlich für Kontroversen sorgen.

Erdogans Truppen in Berlin

Türkische Binnenkonflikte erfassen die deutsche Hauptstadt

Nicht nur die Kölner Großdemonstration hat bewiesen, dass die türkische Regierungspartei AKP in Deutschland problemlos Massen mobilisieren kann. Auch auf Berlins Straßen wird türkische Innenpolitik zunehmend über Demonstrationen ganz offen ausgetragen.

So folgten auch in der deutschen Hauptstadt 3000 Türken der Aufforderung von Staatspräsident Erdogan, gegen den Militärputsch in der Türkei zu demonstrieren. „Weder Militärputsch noch AKP-Diktatur!“ war wiederum das Motto einer Demo mit 1500 Teilnehmern, zu der türkische und kurdische Gruppen aufgerufen hatten. Medienberichten zufolge kam es dabei zu Provokationen durch Erdogan-Anhänger.

Bereits Anfang Juni war die Bundestagsresolution zum Völkermord an den Armeniern Anlass für türkische Verbände, zu einer Demo aufzurufen. Ein Bündel von Faktoren führt dazu, dass die türkische Innenpolitik in Berlin mittlerweile derart intensiv und offen ausgetragen wird. So leben laut Schätzungen mindestens 200 000 Menschen mit türkischen Wurzeln an der Spree, darunter 70 000 Aleviten. Allein das birgt Konfliktpotenzial: Die Aleviten werden als liberale Strömung im Islam von türkischen Nationalisten wie sunnitischen Fundamentalisten abgelehnt.

> Die nächste Eskalation zeichnet sich bereits ab

Fast jede Organisation und Partei der Türkei hat Ableger in Berlin, etwa die nationalistischen Grauen Wölfe, Kemalisten, die AKP, Kurden-Gruppen oder die Gülen-Bewegung. Einflussreicher Auslandsarm von Erdogans AKP ist die „Union Türkisch-Europäischer Demokraten“, die in der Lage ist, bundesweit Massen zu mobilisieren. Über die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (Ditib) hat Ankara wiederum direkten Einfluss auf Moscheen in Deutschland. Sicherheitsexperten gehen zudem davon aus, dass auch der türkische Geheimdienst unter den Auslandstürken sehr präsent ist.

Künftiges Konfliktpotenzial für Berlin ist bereits absehbar: Kurz nach der Armenierresolution des Bundestages hat ein AKP-naher türkischer Unternehmer in Berlin angekündigt, eine eigene Partei gründen zu wollen. Unter den Aleviten gibt es wiederum Pläne, in Kreuzberg ein Denkmal zu errichten, das an die Massaker erinnern soll, die in den 30er Jahren in der Türkei an Aleviten verübt wurden. Ein türkischer Verband hat bereits angekündigt, man werde „Teile der Bevölkerung“ gegen die geplante Denkmalsetzung mobilisieren.

N.H.

Harte Worte

Wahlkampf: Berlins CDU verschärft den Ton

Nachdem Berlins CDU-Chef und Innensenator Frank Henkel in den vergangenen Wochen spektakuläre Aktivitäten entfaltet hatte, rüstet er nun auch verbal auf. Henkel hatte vor Wochen einige ausländische Rotlichtakteure verhaften lassen. Später machte die Polizei eine Hausdurchsuchung im linken Zentrum an der Rigaer Straße.

> Zu den Taten klafft jedoch eine Lücke

Angesichts der islamischen Terroranschläge in Süddeutschland befand Henkel, „dass wir offenbar einige völlig verrohte Personen importiert haben, die zu barbarischen Verbrechen fähig sind“ und sprach von „tickenden Zeitbomben“. Allerdings ist nicht erkennbar, ob den Verlautbarungen Taten folgen sollen.

Während der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer die Abschiebung straffällig gewordener Ausländer ankündigte, zeigte sich Henkels Innenverwaltung kleinlaut. Es erscheine derzeit kaum vorstellbar, dass ein syrischer Asylbewerber keinen Schutzstatus erhalte, hieß es von dort. Es klingt wie unbedingtes Bleiberecht. Da es jedoch fast unmöglich ist, Deutschland zu erreichen, ohne zuvor ein anderes Schengen-Land zu durchreisen, wäre eine Überstellung in jenes Land gemäß Dublin-Verfahren jederzeit möglich.

Zwar steigt auch in Berlin die Zahl von Abschiebungen, aber im Verhältnis zu dem Zugangszahlen ist sie weiter verschwindend gering. Da scheint selbst der Koalitionspartner SPD die verbalen Attacken des Innensenators kaum ernstzunehmen. Nur die SPD-Arbeitsgruppe „Migration und Vielfalt“ schimpft, dass Henkel „an niedere Instinkte appelliert“ und eine Brücke zur AfD schlage.

Hans Lody

Ulmens Flaggen-Phobie

Der in Potsdam wohnende Schauspieler Christian Ulmen meinte offenbar, einem Skandal auf der Spur zu sein. Wie die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ (PNN) berichten, hat er per Internet-Kurznachrichtendienst Twitter folgende Nachricht abgesetzt: „Menschen Potsdams, in der City direkt vor Karstadt: weht eine Reichsdienstflagge“. Illustriert war die Nachricht mit dem Foto eines Hauses samt Fahnenmast und einer schwarz-weiß-roten Flagge mit Adler. Angesprochen war damit die Beflaggung auf dem Haus in der Gutenbergstaße 90. Aufklärung brachten weitergehende Recherchen der „PNN“: Demzufolge ist die Flagge auf dem einst von einem Hoflieferanten des Kaisers erbauten Gebäude nach dem Kauf im Jahr 1996 anlässlich der Sanierung sogar mit der Denkmalpflegebehörde abgestimmt worden. Wie weiter berichtet wurde, überlegt der Hauseigentümer nun, eine erklärende Tafel am Haus anzubringen.

N.H.

MELDUNGEN

Strafe für IS-Profilbild

Graz – Ein Richter am Grazer Straflandesgericht hat einen 28-jährigen Tschetschenen wegen „Gutheißung terroristischer Straftaten“ zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der Mann hatte als Profilbild bei WhatsApp einen Kämpfer mit IS-Flagge verwendet. Er rechtfertigte sich, dass die Auswahl des Bildes Zufall gewesen sei. Das nahm ihm der Richter nicht ab und hielt ihm entgegen: „Wenn ich ein Bild von Adolf Hitler als Profilbild nehme, glaubt mir niemand, dass ich einfach eine Person, die mir optisch gefällt, ausgewählt habe.“ Ein Profilbild sei immer etwas, „womit ich mich identifiziere“, so der Vorsitzende. *J.H.*

Paris verlängert Grenzkontrollen

Paris – Nach den jüngsten Anschlägen verlängert Frankreich die Kontrollen an seinen Grenzen zu Deutschland und anderen Nachbarstaaten um ein halbes Jahr. Der Anschlag von Nizza habe „die anhaltende terroristische Bedrohung tragisch bestätigt“, begründet die Regierung ihr Vorgehen. „Die Risikoanalyse durch die zuständigen Dienststellen lässt die Vorbereitung weiterer Anschläge auf nationalem Gebiet befürchten“, heißt es weiter. Schon die Anschläge von Paris im vergangenen Jahr hätten gezeigt, dass es zur Strategie terroristischer Gruppen gehöre, Gewalttaten grenzüberschreitend vorzubereiten. Die Grenzkontrollen der vergangenen Monate hätten darüber hinaus „ihre Zweckmäßigkeit bewiesen, um Terrorismus zu verhindern“. Abgesehen von ihrem abschreckenden Charakter hätten sie „zur Festnahme zahlreicher Personen geführt, die in europäischen oder nationalen Datenbanken wegen der von ihnen ausgehenden Bedrohung standen“. *J.H.*

Wie ein Krieg ums Baltikum aussähe

Die baltischen Staaten wären von der Nato gegen einen russischen Angriff nur schwer zu verteidigen

Am Baltikum misst sich zugleich die Glaubwürdigkeit der Nato und der USA. Insofern könnte ein russischer Angriff auf einen baltischen Staat eine furchtbare Eskalation auslösen.

In der Nato-Russland-Grundakte von 1997 war Russland versprochen worden, dass in den östlichen Bündnisgebieten keine größeren Verbände aufgestellt würden. So entschied sich der Nato-Gipfel in Warschau im Juli dieses Jahres, ständig in Estland 1000 britische, in Lettland 1000 kanadische und in Litauen 1000 deutsche Soldaten „für Manöver“ zu stationieren, die nach gewisser Zeit durch neue Truppen ersetzt werden. Sie sind viel zu schwach, um eine Bedrohung für Moskau darzustellen. Sie sollen auch lediglich in einem etwaigen Kriegsfall eine „Bremsschwelle“ sein, bis Nato-Einheiten zur Verstärkung eintreffen.

Die russische Minderheit in den baltischen Staaten macht zwischen sechs und 35 Prozent aus. Insgesamt leben dort gegenwärtig rund 1726000 Russen, die allerdings keineswegs alle Putinhänger sind. „Doch wo ein Russe ist, ist Russland“, besagt ein häufiges Putin-Wort. Es gibt neben starker Propaganda verdeckte Finanzierungen bestimmter Kreise, Cyber-Angriffe und Handelssanktionen. Während der letzten Monate verletzten russische Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe wiederholt die Grenze. Die diversen Manöver direkt an den baltischen Grenzen umfassten offiziell 20000 Soldaten, in Wahrheit waren es jeweils 70000. Putins Nahziel ist es ganz offenbar, in der Region ständige Unruhe zu schaffen. Der nächste Schritt bestünde dann nach dem Vorbild der Krim-Okkupation und dem Vorgehen Moskaus in der Ostukraine im Einsickern von jenen „kleinen grünen Männchen“, also russischen Soldaten ohne offizielle Uniformen und Hoheitsabzeichen. Derartiges würden die baltischen Staaten heute als russische Aggression und Kriegsgrund werten. Eine sehr wichtige Frage ist, ob der russische Präsident wirklich auch reguläre Truppen zu ihrer Eroberung einsetzen würde.

> Die Balten hätten gegen eine fünf- bis sechsfache Übermacht zu kämpfen. Eine atomare Eskalation wäre nicht auszuschließen

Estlands Präsident Toomas Hendrik Ilves äußerte dazu unlängst: „Innerhalb von vier Stunden wäre alles vorbei.“ Er vermisse die Entschlossenheit des Westens, die gegen Adolf Hitler vorhanden gewesen sei. Die einstige „moralische Klarheit“ drohe heutzutage auseinanderzufallen. Andere Stimmen glauben, die ganze Region sei in 30 bis 60 Stunden einzunehmen. Nach Riga etwa benötigen russische Flugzeuge lediglich 15 Minuten. Tatsache ist, dass sich Mitte Juli, getarnt in den russischen Wäldern, an der Grenze zu Estland 600 russische Panzer befanden. Zutreffend dürfte sein, dass die baltischen Militäreinheiten gegen eine fünf- bis sechsfache Übermacht zu kämpfen hätten. Nach Erkenntnissen westlicher Stellen liegen die Zuständigkeiten für einen derartigen militärischen Einmarsch einmal beim St. Petersburger Militär-Distrikt mit dem Schwerpunkt Oblast Pleskau [Pskow]. Weiterhin würde die Baltische Flotte betroffen sein, während das heute massiv militärisch ausgebaute Königsberg nach dem Charakter seiner Truppen primär alle Kommunikationswege zu zerstören hätte – notfalls bis nach Berlin. Nicht zuletzt muss mit Luftlande-Divisionen zu rechnen sein, die nach dem Vorbild der Besetzung Prags 1968 als erste im Hinterland operieren würden. Jede zählt 6000 bis 8000 Soldaten. Man darf dabei sehr sicher sein, dass im Nato-Hauptquartier jede einzelne dieser Einheiten mit ihrem Standort bekannt ist.



Sie kann Flugzeuge in einer Höhe von zehn Kilometern und einer Entfernung von 1000 Kilometern erfassen: Russische Radar- und Frühwarnanlage nördlich von Königsberg Bild: privat

Im September 2014 garantierte der US-Präsident den Balten die volle Unterstützung im Fall einer Bedrohung durch Moskau. Sie könnten sich „100-prozentig“ auf die Hilfe des Nordatlantikpaktes verlassen. Am 10. Juli dieses Jahres auf dem Treffen in Warschau erklärte er ähnlich: „In guten und in schlechten Zeiten, Europa kann auf die USA zählen – stets!“ Eine direkte, schriftliche Sicherheitsgarantie existiert nicht, doch dürften seine Worte den nahezu gleichen Wert haben.

Bei einem Angriff Russlands auf die baltischen Staaten steht der Westen letztlich vor dem Dilemma, einen vielleicht eskalierenden Nuklear-Krieg zu riskieren oder „im Interesse des Friedens“ nachzugeben, wobei die USA nicht nur das Vertrauen der westeuropäische Bevölkerung verlieren könnten. Denn am Baltikum misst sich zugleich die Glaubwürdigkeit der Nato und der USA. Die ganz entscheidende Frage dabei ist, wie lange in Brüssel die zuständigen Gremien der Nato-Stäbe zu einer Entscheidung benötigen – hier geht es dann buchstäblich um Stunden.

Bislang konnte man nicht selten den Eindruck einer zähen Bürokratie gewinnen, welche die Übernahme von Verantwortung eher scheut. Die ersten Nato-Truppenverbände – es handelt sich um Flugzeuge mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen – wären jedenfalls innerhalb von 48 Stunden einsatzbereit. Weitere Einheiten stünden in weniger als einer Woche im Baltikum, wobei ungeklärt ist, ob diese noch rechtzeitig kämen. Für den Fall einer Rückeroberung bereits besetzter Gebiete drohte Putin mit einem nuklearen Krieg. Als er dies sagte, ging es allerdings um die damalige Okkupation der Krim, während die baltischen Staaten Mitglieder des Nordatlantikpaktes sind. Sollte Putin wirklich einen Atomkrieg mit dem Westen riskieren, würde dieser auch sein und Russlands Ende bedeuten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Unblutiges Ende

Armeniens Vizepolizeichef als Geisel genommen

Zwei Wochen lang hat eine politische Geiselnahme in der armenischen Hauptstadt Eriwan zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anhängern der Opposition geführt, bei denen mehrere Menschen getötet und Dutzende – die Hälfte davon Polizisten – verletzt wurden. Unter den Geiseln befanden sich der Vizechef der armenischen Polizei und der Vizechef der Polizei in Eriwan.

Etwa 20 bewaffnete Männer von einem Kommando, das sich selbst „Sassun-Kämpfer“ nannte, hatten mit der Geiselnahme die Freilassung des Anführers der radikalen oppositionellen „Front für gesellschaftliche Rettung ‚Neues Armenien‘“, Schirajr Sefiljan, erpressen wollen. Die Behörden waren jedoch nicht bereit, Sefiljan, der wegen illegalen Waffenbesitzes eine Gefängnisstrafe absitzt, in die Verhandlungen mit den Geiselnehmern einzubeziehen. Nach zwei Wochen ergaben sich die Geiselnehmer, die sich als patriotische Armenier verstanden wissen wollen, der Polizei. Ein von vielen befürchtetes Blutbad blieb so aus.

Sefiljan, dessen Freilassung die Geiselnehmer hatten erzwingen wollen, hat in den 1980er Jahren im libanesischen Bürgerkrieg an der Verteidigung des armenischen Viertels von Beirut teilgenommen. In den 1990er Jahren kämpfte er in der mehrheitlich armenischen Region Berg-Karabach für die Abspaltung von Aserbaidschan. 2006 wurde er festgenommen, nachdem er zum gewaltsamen Umsturz aufgerufen hatte. Nach eineinhalb Jahren kam er wieder frei. 2015 wurde er erneut unter Umsturzverdacht vorübergehend inhaftiert.

Ministerpräsident Aram Sarkissjan stammt wie die Mehrheit der armenischen Regierung, aus der Region Berg Karabach, die offiziell 1994 ihre Unabhängigkeit erklärt hat, aber von keinem Land anerkannt wurde. Ein großer Teil der armenischen Bevölkerung bezeichnet die Regierung als Karabach-Mafia, derart offensichtlich wurden in den letzten Jahren Personen aus dieser umkämpften Region in Armenien in vielen Bereichen begünstigt.

> Nach zwei Wochen ergaben sich die Geiselnehmer

Bewaffnete Angriffe von Vertretern marginaler Oppositionsgruppen sind Teil der Tradition der armenischen politischen Gewalt, angefangen von armenischen Selbstverteidigungsaktionen im Zarenund im Osmanischen Reich über die Aktivitäten der armenisch-terroristischen Organisation Asala, die in den 1970er und 1980er Jahren viele türkische Diplomaten ermordete, um Öffentlichkeit für den von der Türkei nicht anerkannten Völkermord an den Armeniern herzustellen, bis hin zur Erstürmung der Nationalversammlung Armeniens und der anschließenden Erschießung führender Politiker am 27. Oktober 1999. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden mehrmals Oppositionelle in Armenien verhaftet wegen des Verdachts, einen bewaffneten Putsch zu planen.

Die Hoffnungslosigkeit im Land wurde vertieft durch die Niederlage im sogenannten Vier-Tage-Krieg im April dieses Jahres gegen Aserbaidschan, als Armenien Dutzende Soldaten und 800 Hektar Territorium verlor. Damals erlangte die armenische Gesellschaft die Erkenntnis, dass man sich nicht auf die Sicherheitsgarantien aus Moskau und anderer Mitglieder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verlassen kann. Der Konflikt hatte auch das große Ausmaß der Korruption in der Armee offenbart, das für die Niederlage in diesem Krieg verantwortlich war.

Bodo Bost

Erdogans stärkster Gegner

Was die Gülen-Bewegung ist und was sie so erfolgreich macht

Recep Tayyip Erdogan hat viele Feinde, angefangen von den Kurden über die Aleviten bis zu den Kemalisten, alle haben sie jedoch ein Alibi für den gescheiterten Staatsstreich. Deshalb vermuten viele Gegner der Regierungspartei AKP und Fethullah Gülen selbst, der Staatsstreich sei vom türkischen Präsidenten selbst inszeniert worden, um die Gülen-Bewegung zu erledigen. Sie ist sein ärgster Gegner, weil sie dieselbe religiös-konservative, sunnitische Klientel bedient.

Der intellektuell und ideologisch nach westlichem Vorbild agierende „Parallelstaat“ der Gülen-Bewegung war Erdogan genehm, als er Ende der 1990er Jahre Seite an Seite mit Gülen den Marsch durch die Instanzen antrat, um die abgehalfterte, ebenfalls nach westlichen Denkmustern agierende kemalistische Elite von der Macht zu vertreiben. Zum Bruch kam es erst, als die Kemalisten und die Militärs ihre Macht eingebüßt hatten und Erdogans Steinzeit-Islam ab 2013 von den Anhängern Gülens immer mehr kritisiert wurde.

Man sollte sich jedoch von dem eher westlich auftretenden Gülen und seiner Bewegung nicht blenden lassen. Gülen und seine Anhänger sind zwar keine Terroristen, als die sie Erdogan jetzt darstellt, aber es handelt sich auch nicht um eine friedliebende, religiöse oder gar demokratisch gesinnte Bewegung, die nur die Bildung der Menschen im Sinn hat. Die Bewegung nennt sich selbst gar nicht „Gülen-Bewegung“, sondern „Hizmet“ (der Dienst). Sie stellt, ähnlich wie die Muslimbruderschaft, ein Programm des Dienstes in die Mitte. Dazu gehörten Ausbildungshäuser, Dialogzentren, Schulen und Universitäten, eine Bank, eine Hilfsorganisation und bis vor Kurzem auch eine Zeitung. In Deutschland gibt es zwischen 20 und 30 Schulen, die sich in irgendeiner Weise auf Hizmet berufen, aber hunderte von Dialogvereinen und Nachhilfezentren.

> Die Bewegung ist nicht so harmlos, wie sie erscheinen mag

Hizmet ist eine Art islamische Scientology mit einer starken Bindung an die Person des Predigers Fethullah Gülen. Geistige Grundlage der Bewegung ist eine Art „konservativer Modernismus“. Wie Erdogan oder die Muslimbruderschaft zielt auch Hizmet auf den konservativen Mainstream des sunnitischen Islam, allerdings mit moderneren Methoden. Anders als Erdogan oder die Muslimbruderschaft baut Hizmet nicht auf die alten Moscheengemeinden, sondern auf Zirkel von Netzwerken, ähnlich wie die ehemals in der Türkei sehr starken mystischen Bruderschaften, die zusammen ein geistliches Leben führen. In diesen Zirkeln wird sogar Seelsorge angeboten. Dies macht die eigentliche Stärke der Bewegung aus. Für Salafisten oder Muslimbrüder ist Seelsorge ein Fremdwort.

Gerade angesichts der heutigen Konjunktur des Salafismus und Steinzeit-Islams scheint die Gülen-Bewegung nicht zuletzt für den Westen ein positives Alternativmodell des Islams darzustellen. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei ihr um eine ideologisch-religiöse Bewegung mit einem fragwürdigen Islam- und Menschenbild. Sie gibt ihren Mitgliedern das nebulöse Gefühl, zu den Auserwählten zu gehören, die in einem zukünftigen „Goldenen Zeitalter“ des türkisch geprägten Islam ihre Erfüllung finden werden. Die Gülen-Sekte hat in der Stadt Bethlehem in Pennsylvania ihr Weltzentrum und ihre Elite-Universität errichtet. So also kann der islamische Retter auch aus Bethlehem kommen. *B.B.*

Versicherer kündigen Bausparverträge

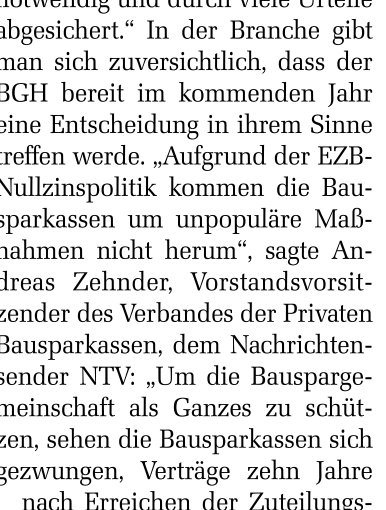
Ursache sind die angesichts der Niedrigzinspolitik der EZB vergleichsweise hohen Zinsen

„Auf diese Steine können Sie bauen." So lautete ein Werbespot einer großen deutschen Bausparkasse. Doch um viele Verträge gibt es mittlerweile richtig Ärger. Am Ende muss der Bundesgerichtshof BGH) in Karlsruhe entscheiden.

Bausparverträge sind in Deutschland seit Jahrzehnten eine beliebte Form des Sparens. Im Jahr 2015 waren es 30 Millionen Verträge mit einer Bausparsumme von insgesamt über 870 Milliarden Euro. „Alte Bausparverträge sind für Sparer kleine Schätze", schreibt die Stiftung Warentest in einer ihrer jüngsten Veröffentlichungen. Sie seien absolut sicher bei lukrativen Guthabenzinsen von zwei bis fünf Prozent im Jahr. Angesichts der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist dies ein echtes Problem für viele Anbieter. Millionen von Bausparern verzichten mittlerweile darauf, ihre zuteilungsreifen Verträge auszahlen zu lassen, sondern lassen das Geld „stehen", wie es im Jargon der Kassen heißt. Die versuchen sich seit einiger Zeit mit einer regelrechten Kündigungswelle zu wehren. Wie viele Bausparverträge die Bausparkassen seit dem Jahr 2008 gekündigt haben, ist statistisch nicht erfasst. Die Branche spricht allerdings von 200000 Vertragskündigungen allein im Jahr 2015. Im laufenden Jahr könnten es noch einmal rund 60000 werden.

Bausparen funktioniert folgendermaßen. Zunächst spart der Kunde Geld an, beim Erreichen einer bestimmten Guthabensumme, in aller Regel nach fünf oder zehn Jahren, hat er Recht auf ein Darlehen in Höhe des Guthabens, bekommt folglich die doppelte Summe ausgezahlt. Das angesparte Guthaben wird zudem nach einem vertraglich festgelegten Wert verzinst. Im Laufe der Zeit haben immer mehr Bausparer auf die sogenannte Zuteilung verzichtet und das Geld auf der hohen Kante liegen lassen. Die Kassen zahlten zwar kein Darlehen aus, müssen aber dafür den vereinbarten Zinssatz einhalten. „Es gibt Verträge aus den 90er Jahren, da wurden Zinsen in einer Höhe von bis zu acht Prozent festgeschrieben", erklärt die Stiftung Warentest. Die Versicherer berufen sich heute darauf, das Bausparen wörtlich zu nehmen sei. Es sei von Anfang an nur als Anschubfinanzierung für den Eigentumserwerb gedacht gewesen und nicht als eine Art Zusatz-Rente.

Im laufenden Jahr werden nun Verträge behandelt, die seit zehn Jahren in ein Darlehen hätten umgewandelt werden können, also 2006 zuteilungsreif wurden. 2015 ging es hingegen um Verträge, deren Zuteilungsreife mindestens zehn Jahre zurücklag. Doch an diesen Punkt beginnt das juristische Gezerre. „Bausparkassen dürfen frühestens kündigen, wenn das Guthaben des Kunden so hoch ist wie die vereinbarte Bausparsumme", teilt die Stiftung Warentest mit und führt weiter aus: „Eventuell können sie auch Verträge auflösen, die seit mehr als zehn Jahren zuteilungsreif sind. Aber dies ist eine Entscheidung, die der Bundesgerichtshof treffen muss." Die Bausparkassen begründen ihre Maßnahmen mit einer Art Sonderkündigungsrecht. Es gibt Urteile, die dieser Ansicht folgen. Einige Richter gaben hingegen Sparern Recht, die geklagt hatten. Wüstenrot, einer der größten deutschen Bausparer, geht offen mit dem Thema um. „Es zählt der Gleichbehandlungsgrundsatz", sagt Wüstenrot-Chef Bernd Hertweck. „Wir können nicht der einen Bauspargeneration kündigen und der anderen nicht." Er nannte die Kündigungen gegenüber dem „Handelsblatt" einen bedauerlichen „Sonderzustand". „Doch die Kündigungen sind wirtschaftlich notwendig und durch viele Urteile abgesichert." In der Branche gibt man sich zuversichtlich, dass der BGH bereit im kommenden Jahr eine Entscheidung in ihrem Sinne treffen werde. „Aufgrund der EZB-Nullzinspolitik kommen die Bausparkassen um unpopuläre Maßnahmen nicht herum", sagte Andreas Zehnder, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Bausparkassen, dem Nachrichtensender NTV: „Um die Bauspargemeinschaft als Ganzes zu schützen, sehen die Bausparkassen sich gezwungen, Verträge zehn Jahre nach Erreichen der Zuteilungsreife zu kündigen."



Was können Sparer tun bei einer Vertragskündigung?

Die Rechtsanwaltskanzlei von Buttlar in Stuttgart empfiehlt betroffenen Bausparern, der Kündigung zu widersprechen, wenn ihr Vertrag noch nicht voll angespart ist. Wer dagegen die Kündigung akzeptiere, verliere die Chance auf eine weiterhin attraktive Verzinsung des Bausparguthabens, die eine mögliche verbraucherfreundliche Grundsatzentscheidung bietet. „Solange Verbraucher aus dem Vertrag noch das Recht auf ein Bauspardarlehen ableiten können, kann die Bausparkasse unseres Erachtens nicht kündigen", teilt auch die Verbraucherschutzzentrale mit. Einer ihrer Sprecher warnt vor einer Masche der Kassen. Vereinzelt hätten Bausparkassen unaufgefordert einen Verrechnungsscheck an Kunden gesandt. Es sei dabei nicht ausreichend, den Scheck einfach nicht einzulösen. Vielmehr solle der Scheck dringend zurückgeschickt werden. Ansonsten könnte es als stillschweigendes Einverständnis in die Kündigung gewertet werden. Egal wie der BGH am Ende entscheidet, die Bausparkassen stehen ohnehin vor schweren Zeiten, sollte keine „Zinswende" eintreten. Die 26 Kassen hatten in den vergangenen fünf Jahren Gewinneinbußen zwischen fünf und 40 Prozent zu verbuchen.

Peter Entinger



Für viele ist es attraktiver, Bausparverträge als Geldanlage zu nutzen als für den eigentlichen Zweck: Erfüllung des Wunsches von den eigenen vier Wänden Bild: Mauritius

MELDUNGEN

Vergleichsportale meist zu teuer

Berlin – Flugtickets sind nach Angaben der Stiftung Warentest bei vielen Vergleichsportalen im Internet teurer als bei der Fluggesellschaft selbst. Da die Gesellschaften keine Provisionen zahlten, müssten die Portale mit Versicherungen und Gebühren „anderweitig Geld verdienen". Zudem biete keines der geprüften Flugportale eine „gängige und zumutbare unentgeltliche Zahlungsmöglichkeit". Auch die Stornierungsbedingungen seien schlechter. Die Stiftung Warentest rät deshalb, zunächst über Flugbuchungsportale nach Fluggesellschaften und Preisen für die gewünschte Strecke zu suchen und dann direkt bei der Fluggesellschaft zu buchen. *J.H.*

Charterflüge in Türkei gestoppt

Moskau – Türkische und russische Touristikunternehmern haben bei einem Treffen beschlossen, in diesem Jahr keine Charterreisen aus Russland in die Türkei mehr anzubieten. Die Gefahr terroristischer Übergriffe sowohl an den Flughäfen als auch in den Hotels und bei Ausflügen sei zu groß. Russische Urlauber könnten ihre Buchungen kostenfrei stornieren. Die türkische Seite will jetzt eine Liste der für Reisende gefährlichen Gebiete ihres Landes erstellen. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.033.122.793.782 €

Vorwoche: 2.033.054.037.542 €

Verschuldung pro Kopf:
24.959 €

Vorwoche: 24.958 €

(Dienstag, 2. August 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Krisenstimmung beim IWF

Anklage gegen Chefin – Interne Kritik an Griechenlandpolitik

Schwierige Zeiten stehen dem Internationale Währungsfonds (IWF) bevor. Nachdem Frankreichs Gerichtshof der Republik entschieden hat, einen Prozess gegen die frühere Wirtschaftsministerin Christine Lagarde zu eröffnen, wird sich die nunmehrige Chefin des Währungsfonds vor Gericht verantworten müssen. Verhandelt werden soll eine umstrittene Entschädigungszahlung an den Geschäftsmann Bernard Tapie. Dieser hatte in den 1990er Jahren Aktien an die staatliche Großbank Crédit Lyonnais verkauft und dafür offenbar zu wenig Geld erhalten. Als Wirtschaftsministerin hatte Lagarde im Jahr 2008 eine Zahlung in Höhe von 400 Millionen Euro an Tapie ermöglicht. Im Zusammenhang mit der Entschädigungszahlung wird Lagarde vorgeworfen, nachlässig mit öffentlichen Mitteln umgegangen zu sein.

Wie die Zeitschrift „Le Canard enchaîné" berichtete, hält man im Élysée-Palast eine Verurteilung von Lagarde für möglich und entwirft bereits Notfallpläne. Demzufolge soll versucht werden, Tidjane Thiam, den derzeitigen Chef der Schweizer Großbank Crédit Suisse, als Ersatz für Lagarde beim IWF zu installieren. Thiam ist Staatsbürger sowohl der Elfenbeinküste als auch Frankreichs. Als Kandidat würde er die Unterstützung von Schwellenländern erhalten, gleichzeitig aber den Einfluss Frankreichs beim IWF sichern, so das Pariser Kalkül laut der französischen, satirischen Wochenzeitung „Le Canard enchaîné".

Den in Washington ansässigen Fonds trifft die Entwicklung um Christine Lagarde in einer ohnehin schwierigen Phase. Zunehmend wird nämlich Kritik am IWF laut. Hart ins Gericht mit den Rettungseinsätzen des IWF zwischen 2010 und 2013 in der Euro-Zone geht ein Bericht des Independent Evaluation Office (IEO). Das IEO ist eine weisungsfreie Abteilung bei dem Währungsfonds, der die Arbeit der Organisation prüft. Der öffentlich gewordene interne Bericht kommt zu dem Schluss, der IWF sei bei Ausbruch der Eurokrise völlig unvorbereitet gewesen. Kritisiert wird zudem, dass bis zum Beginn der Gespräche über ein Hilfspaket für Griechenland kein einziges Mal in der Führungsebene des IWF über Probleme in der Eurozone auch nur geredet wurde. Als bedeutenden analytische Fehler bezeichnet der IEO-Bericht, dass die IWF-Experten vor der Krise davon überzeugt waren, in einer Währungszone würden die internen Ungleichgewichte, etwa bei den Leistungsbilanzen, keine Rolle spielen. Nach Ausbruch der Krise setzten sich die Fehler fort: Weil das Darlehen an Athen eigentlich zu hoch war, wurden interne Richtlinien geändert, um trotzdem den Kredit geben zu können.

»Daily Mail« geißelt gravierende Fehlprognose

Scharfe Kritik an den Prognosen des IWF war unlängst in der britischen Zeitung „Daily Mail" zu lesen. Erinnert wurde in einem Beitrag daran, dass es nicht lange her ist, dass vom IWF die Warnung zu hören war, eine Entscheidung der Briten für einen Brexit könnte eine wirtschaftliche Rezession auslösen. Nun, nach dem positiv verlaufenen Referendum prognostiziert der Währungsfonds jedoch für Großbritannien ein stärkeres Wachstum als für Deutschland und Frankreich. So geht der Währungsfonds für dieses Jahr von einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent für Großbritannien aus. Wie die „Daily Mail" schreibt, würde die britischen Wirtschaft damit in der Gruppe der sieben wichtigsten Industriestaaten (G7) das zweithöchste Wirtschaftswachstum aufweisen. *Norman Hanert*

Lügen und Lücken

Von Frank Horns

Neulich im Fernsehen: RTL Aktuell berichtet über das erste Urteil im Prozess zum Bombenanschlag auf ein Gebetshaus der indischen Glaubensgemeinschaft der Sikhs. Das Attentat fand im April dieses Jahres in Essen statt. Als Täter konnten zwei 16-jährige Salafisten festgenommen werden. Nun steht ein 20-jähriger Unterstützer vor Gericht. Seine Mutter hat ihn der Polizei gemeldet, weil sie Angst hatte, dass er sich nach Syrien absetzt. Der RTL-Beitrag ist nur wenige Sekunden lang, dennoch reicht die Zeit für eine atemberaubende Lüge. Der islamistische Hintergrund der Tat wird ausgeblendet. Der Angeklagte habe aus fremdenfeindlichen Motiven gehandelt, behauptet die Sprecherin aus dem Off.

Angesichts solcher Beiträge reicht es nicht, verharmlosend von Lückenpresse zu reden. Viele Mainstreammedien verschweigen nicht nur wichtige Fakten, sondern belügen ihre Leser, Zuschauer und Zuhörer. Wer aber seiner journalistischen Pflicht zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung nicht nachkommt, macht sich mitschuldig am Terror. Er schafft ein Meinungsklima, in dem wirklich wirksame Maßnahmen zu seiner Bekämpfung kaum durchgesetzt werden können.

Religionsideologie

Von Bodo Bost

Islamisten haben ein einfaches Weltbild, sie trennen die Welt in Gläubige (Muslime) und Ungläubige (Nichtmuslime), die sie als „kuffar“ diffamieren. Deshalb sollen bei Terrorattacken auch hauptsächlich Nichtmuslime getroffen werden. Bei den Terrorangriffen der letzten Monate waren immer viele Muslime unter den Opfern, so dass sogar unter Islamisten Kritik an dieser Willkür aufkam. Das Attentat in einer französischen Kirche sollte wohl sicherstellen, dass keine muslimischen Kollateralschäden zu erwarten waren. Dass es neben den Ungläubigen auch Andersgläubige gibt, die einen gleichwertigen religiösen oder auch humanitären Glauben in sich tragen, wie etwa die vielen „Flüchtlingshelfer“, wollen Islamisten nicht akzeptieren, auch wenn sie von diesen Andersgläubigen profitieren.

Es wird jetzt auf die Reaktion und das Handeln des offiziellen Islam in Frankreich ankommen. Der Islam kennt ja, anders als die christlichen Kirchen, keine Priester. Seelsorge wie sie die Geistlichen in der Kirche als ihre Hauptaufgabe verstehen, gibt es in diesem Sinne im Islam gar nicht. Es gibt lediglich die Vorbeter in den Moscheen, die Teile des Korans auswendig gelernt haben. Die Freitagspredigten, die diese Vorbeter halten, bieten nur in den wenigsten Fällen konkrete Seelsorge oder Lebenshilfe für die Menschen, in den allermeisten Fällen, auch wenn es sich nicht um Hasspredigten handelt, behandeln diese Predigten den politische Machtanspruch des Islam. Deshalb ist die Frage allzu berechtigt, ob es sich beim Islam überhaupt um eine Religion oder eigentlich mehr um eine Ideologie handelt.

Rache als Modell

Von Hermann Paul Winter

Der Ruf nach Rache und das Racheüben symbolisieren die Unversöhnbarkeit der islamischen Traditionen und der europäischen Kultur. Die Rachetradition ist ein Wesensmerkmal orthodox-islamischer Gesellschaften. Sie steht für die tiefe Kluft zwischen der im Islamismus versinkenden Türkei und dem freiheitlichen Europa. Das europäische Nein und das islamische Ja zur Rache sind unvereinbar und bewirken den ultimativen und irreparablen Dissens zwischen zwei Welten, die nicht zusammenkommen werden.

Nach dem gescheiterten Putsch findet die Türkei nicht zur Ruhe. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan stachelt sein Volk auf, dreht an der Hassspirale gegen die Putschisten und fordert ihnen gegenüber unerbittlich hartes Durchgreifen. Dabei meint er das Racheüben und seine Worte fallen auf fruchtbaren Boden. „Wir verlangen die Todesstrafe!“ ruft das Volk. Und Erdogan kokettiert mit der Idee, dem Volk diesen Wunsch nicht zu verwehren. Neu ist das nicht: Anders als im freiheitlichen Europa wird in muslimischen Ländern nach blutigen Anschlägen regelmäßig gellend Rache verlangt. Der Rachegedanke scheint dort eine gewisse Faszination auszuüben.

> Erdogans Diktatur versinnbildlicht die islamische Rachekultur

Die Europäische Rechtskultur geht auf das römische Recht zurück, fußt auf christlichen und griechischen Wurzeln. Das „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ wurde im Neuen Testament entkräftet. Sokrates sieht das Racheüben als unrechtes Tun. In Platons Dialog „Kriton“ entgegnet Sokrates seinem Gesprächspartner Kriton: „Man darf also auch nicht erlittenes Unrecht mit Unrecht vergelten, wie die Menge glaubt“.

Dem folgend, wird die Rache in der aufgeklärten westlichen Welt abgelehnt, während sie in den islamischen Gesellschaften der Eigenmacht, häufig der Wiederherstellung einer vermeintlichen Ehre dient. Vor allem gilt die Tötung eines Menschen im freiheitlich-europäischen Wertekanon als schwerwiegendes Delikt, die Tötungshemmung ist tief verankert. In der Wahrnehmung der orthodox-islamischen Tradition ist die Tötung eines Menschen hingegen eine Option. Lynchjustiz wird in Europa als barbarisch bewertet, in islamischen Gesellschaften ist sie ein Modell. So ist etwa eine Steinigung als vorgeblich gerechte Strafe für einen Ehebruch für Europäer völlig abwegig.

Auch sogenannte Ehrenmorde zählen zur Kategorie Rache. Mit dieser Sitte wird die Rache aus islamischen Ländern in alle Welt exportiert. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden in Deutschland über 20 „Ehrenmorde“ begangen.

Die Diktatur Erdogans versinnbildlicht die Rachekultur. An ihr als Zünglein an der Waage muss sich die Türkei in der Diskussion um die Aufnahme in die EU messen lassen. Bereits mit dem Liebäugeln mit der Todesstrafe hat Erdogan endgültig alle Türen zu Europa zugeschlagen.



Verordneter Hass: Erdogan-Anhänger auf dem Taksimplatz in Istanbul schwören den gescheiterten Putschisten blutige Rache

Bild: action press

Frei gedacht



Merkel und der Blitzkrieg

Von Eva Herman

Wie schafft sie das eigentlich, die deutsche Kanzlerin? Beruft eine Pressekonferenz ein, um zu den Terroranschlägen in Deutschland dem Volke etwas kundtun zu wollen. Und was kommt? Nichts! Nichts als hilflose Worthülsen, gedrechselter Unsinn, haufenweise Vorsätze zum Missverständnis. „Sie ist nicht einmal rhetorisch mehr imstande, ihrem Land oder gar Europa irgendwelche hoffnungsgebenden Signale zu vermitteln, als sie sich jetzt nach langem Schweigen dazu aufgerafft hat, ihren Urlaub kurz zu unterbrechen und sich der Öffentlichkeit zu stellen“, schreibt der ehemalige Chefredakteur der österreichischen Zeitung „Die Presse“, Andreas Unterberger, mit ungeduldiger Haltung. Der ehemalige Mainstream-Chef rechnet in seinem Blog mit der deutschen Kanzlerin ab angesichts der inzwischen hochgefährlichen Lage und ihrer unerträglichen Ignoranz: „Das ist Europas mächtigste Politikerin. Ihre Performance zeigt, wie schwach, wie lächerlich Europa heute dasteht. Angela Merkel ist die Hilfslosigkeit in Person. Sie kann zu allen – großteils von ihr selbst verschuldeten – Katastrophen und deren Folgen nur noch peinliche Luftblasen von sich geben.“

Zugegeben, harte Worte. Doch wer spricht sie sonst aus? Wieviel Zeit für Mahnungen und Warnungen bleibt noch? Nicht viel, sagen Eingeweihte. Und die Medien verhelfen uns auch nicht mehr zur Wahrheit. Der Kessel steht kurz vor der Explosion, Deutschland wird möglicherweise schneller in einen Blitzkrieg gezogen, als man denkt. Da berichtet ein IS-Aussteiger der Bremer Polizei ausführlich von einem geplanten, großangelegten Terrorangriff auf Deutschland. Es sei der Daesh (IS), welcher in der Bundesrepublik mehrere Angriffe gleichzeitig durchzuführen plane, ein Blitzkrieg solle es werden, wird der Mann im Interview zitiert. Seine Aussagen werden von den Behörden als glaubwürdig eingestuft. Dieser Bericht wurde im Dezember 2015, vor etwa einem halben Jahr, in der englischen Ausgabe des „Spiegel“ veröffentlicht. Die deutschen Mainstream-Medien schweigen sich erstaunlicherweise bis heute über diesen bedeutsamen Vorgang aus, auch der deutsche „Spiegel“. Irgendwie komisch, oder? Nach der blutigen Juli-Woche in Deutschland und Frankreich kam auch niemand auf die Idee, sich die hochbrisante Aussage des ehemaligen IS-Terroristen näher anzusehen, auch nicht die Kollegen der deutschen Ausgabe des „Spiegel“.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Deutschland geht es wohl an den Kragen, der bösartige Terror gehört inzwischen zur Tradition, die Angst der Menschen auch. Absurd, wie die Politiker, vor allem aber die Massenmedien, mit dieser Lage umgehen: Sie verschweigen, vertuschen, verschwurbeln und beschönigen fortwährend, obwohl diesen Umstand doch schon jeder letzte Hinterwäldler bemerkt hat. Wer dies übrigens immer noch nicht gecheckt hat, sind die Meinungsmacher selbst, selbstherrlich regieren sie hinter den hohen Redaktionsmauern, empört weisen sie berechtigte Kritik an ihrer „Arbeit“ von sich, selbstzufrieden erwarten sie, dass ihr Leben immer so schön weitergehen möge. Zum Glück ist das Ende dieser unseligen Ära abzusehen.

Doch zurück zu dem angekündigten Terror-Rundumschlag in Deutschland. War die Blutwoche im Juli ein Versuchsballon für den geplanten Blitzkrieg? Eigentlich kann man sich die Antwort selbst geben bei nur kleinstem Aufklärungswillen: Europa, allen voran Deutschland, soll zum Kalifat erklärt werden, ganz einfach. „Sie bereiten etwas vor, das überall, zur gleichen Zeit, passiert,“ sagt Ex-IS-Mann Harry S. Es soll eine Art islamistischer Blitzkrieg werden. Er nennt als Hilfe das Handbuch für Terroristen und wie man zu einem solchen wird. Titel: „Wie man im Westen überlebt: Ein Handbuch für Mujahideen“. Hierin lernt der Terror-Willige, wie man sich im Westen, auch in Deutschland, unauffällig zum „Gotteskrieger“ entwickelt: Möglichst westliches Aussehen, möglichst auch westliche Eigenschaften annehmen, wer keinen Bart hat, soll sich auch keinen wachsen lassen. Die eigene Identität darf nicht erkennbar werden. Des Weiteren lernt man das Bombenbauen, wie man Waffen schmuggelt und unauffällig weitere tötungswillige Kämpfer rekrutiert. Die Anleitung für die Terroristen beginnt mit der Drohung: „Im Herzen Europas beginnt ein Krieg“.

Er hat doch schon längst begonnen, dieser Krieg, gegen die Menschen im Land, die einmal das Volk waren und nun zur Bevölkerung gemacht wurden: Die Zahl der Vergewaltigungs- und Kriminalitäts-Opfer in Deutschland ist grauenhaft angestiegen, Tendenz weiter und weiter steigend. Und da sagt Angela Merkel ohne Mitleid und Empathie zu ihren Landsleuten, dass sich Frauen mit sexuellen Übergriffen „natürlich nicht abfinden“ müssten. Mehr nicht, klang fast wie die berühmte Kölner Armlänge. Triefender Hohn gegenüber tausenden Opfern. Nicht besser klang Merkels Geistesblitz, sie sei nicht überrascht, dass auch „Flüchtlinge“ unter den Urhebern der aktuellen Terrorakte gewesen seien. Das sei doch „klar gewesen.“ Wer bisher vor diesem augenscheinlichen Zusammenhang gewarnt hatte, erhielt ganz schnell einen Maulkorb, wie ich es selbst erlebte.

Die Warnungen für einen Blitzkrieg gibt es schon seit Längerem, und wir haben Anlass genug, aufs Äußerste alarmiert zu sein. So schrieb ich für die Wissensmanufaktur vor genau einem Jahr den Aufsatz: „Einwanderungschaos – ein merkwürdiger Plan“. Darin heißt es:

Merkwürdig, dass es immer wieder Deutschland ist, das in den besonderen Fokus der „Bösen“ gerät: In einem kürzlich erschienen Propagandavideo des IS wurden für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich ebenfalls Terroranschläge angekündigt. Speziell Bundeskanzlerin Merkel wurde persönliche Rache angedroht für das „Blut von Muslimen, das in Afghanistan vergossen wurde“. In dem fünfminütigen Video sind zwei deutschsprachige IS-Kämpfer zu sehen, die europäische Muslime auffordern, sich dem selbsternannten Islamischen Staat in Syrien und Irak anzuschließen, um in Deutschland und Österreich „den Dschihad zu führen“ sowie „jeden Ungläubigen abzuschlachten.“ Wörtliches Zitat: „Du brauchst nicht viel. Nimm ein großes Messer und schlachte jeden Kafir (Ungläubigen)! Sie sind wie Hunde!“ An Merkel gerichtet, hieß es weiter: „Oh Merkel, du schmutzige Hündin: Wir werden uns rächen für die Beschimpfung des Propheten“, warnt der österreichische Dschihadist. „Wir werden uns rächen für die Waffenlieferung an die Abtrünnigen hier im Islamischen Staat. Unsere Rache wird bei euch vor Ort sein!“

Als Merkel die überraschende Pressekonferenz zu den blutigen Anschlägen in Deutschland ankündigte, zuckte noch Hoffnung auf. Als sie mit bleichem Gesicht und toter Miene jedoch auch noch die Türkei als „wichtigen Partner“ auszeichnete, ungeachtet der gerade erfolgten tausenden Verhaftungen von Richtern und Journalisten dort, wurde auch das letzte Vertrauen weggeweht. Die Kanzlerin scheint unbeirrbar einem geheimnisvollen Plan mächtiger Leute zu folgen, die Sache bis zum Ende durchzuziehen: „Germany is our problem“, betitelte schon der ehemalige US-Politiker Henry Morgenthau jr. ein bemerkenswertes Buch. Und Probleme – richtig – beseitigt man in aller Regel.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Gottesfürchtiger Teufelsmaler

Vor 500 Jahren starb Hieronymus Bosch – Sein feuriges Werk bewegt die Menschen bis heute

Am 9. August 1516 richtete die Liebfrauenbruderschaft der Stadt s-Hertogenbosch ihrem für seine Höllendarstellungen geschätzten Mitbruder Hieronymus Bosch die Begräbnismesse aus. Der um 1450 geborene Maler fiel vermutlich einer Epidemie zum Opfer. Im 500. Todesjahr finden zu seinen Ehren bedeutende Ausstellungen statt. Zudem ist sein Werkverzeichnis erschienen. Aus ihm geht hervor, dass uns Bosch 20 Zeichnungen sowie 25 Gemälde und Triptychen (mehrteilige Werke) hinterlassen hat.

Bosch war Spross einer Malerfamilie. Sein eigentlicher Name war Hieronymus van Aken, denn seine Vorfahren stammten aus Aachen (Aken). Eines seiner frühesten Gemälde ist die „Ecce Homo“-Tafel (um 1475–1485) im Frankfurter Städel-Museum. Pontius Pilatus führt den von der Geißelung schwer gezeichneten Christus der hasserfüllten Menschenmenge vor. Ins Bild sind Worte gesetzt. Nur noch schemenhaft erkennbar ist die 15-köpfige Stifterfamilie des Gemäldes. Zu ihr gehört ein Dominikanermönch, dem die Bitte zugeordnet ist: „Rette uns, Christus, Erlöser.“

Die Worte sind in gotischer Buchschrift ins Bild gemalt. Mit diesem Schrifttyp signierte Bosch auch Gemälde. Die Signatur lautet mit Bezug auf seine in den heutigen Niederlanden gelegene Heimatstadt „Jheronimus bosch“.

Das älteste erhaltene Tafelbild mit Signatur ist sein „Johannes auf Patmos“ (1490–1495). Über der Signatur tritt ein bebrilltes Teufelchen auf, das mit dem Tintenfass des Evangelisten auf dem Kopf fortläuft. Es gibt Kunsthistoriker, die in den Gesichtszügen des Teufelchens ein Selbstbildnis des Künstlers vermuten. Das der Gemäldegalerie der Staatlichen Museen zu Berlin gehörende Werk war ursprünglich Teil des Marienretabels der in der St.-Johannes-Kathedrale von ’s-Hertogenbosch eingerichteten Kapelle der Liebfrauenbruderschaft.

Die vielköpfige Liebfrauenbruderschaft verfügte über einen inneren Zirkel „geschworener“ Mitglieder. Diesem etwa 60 Personen umfassenden elitären Kreis gehörte Hieronymus Bosch seit 1488 an. Hatte er das seinen Fähigkeiten als Maler zu verdanken – oder nicht vielmehr seiner ihm an Wohlstand und Ansehen der Familie überlegenen Gattin? Um 1480 hatte er Alheid van de Meervenne geheiratet. Sie bezogen ein Haus an der Nordseite des Marktes, das Alheid von ihrem Großvater geerbt hatte. Die Ehe blieb kinderlos. Aus Steuerveranlagungen wissen wir, dass Hieronymus gut verdiente, aber keineswegs reich war. Bosch verfügte über drei Gruppen von Auftraggebern: kirchliche, bürgerliche und den burgundisch-habsburgischen Hof mitsamt seines Umkreises. Herzog Philipp der Schöne von Burgund etwa schenkte seinem Vater Maximilian, dem späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, 1505 ein von Bosch gemaltes Triptychon mit der Versuchung des heiligen Antonius.

Die am burgundischen Hof mit hohen Ämtern betrauten Grafen von Nassau waren sehr wahrscheinlich Auftraggeber des größten und zugleich merkwürdigsten Werkes des Meisters. Es ist heute als „Der Garten der Lüste“ (um 1495–1505) berühmt und befindet sich im Besitz des Museo Nacional del Prado in Madrid. Überwältigenden Detailreichtum entfaltet Bosch auf der Mitteltafel, die unzählige nackte Männer und Frauen paarweise und in größeren Gruppen zeigt. Sie baden, reiten, essen Früchte oder liebkosen einander. Das sieht nach unschuldiger Lebensfreude aus. Aber offenbar wirft ihnen der Maler mangelnde Gottesfurcht vor.

Deren Bestrafung zeigt die auf dem rechten Flügel ausgemalte Hölle. Besonders auffällig ist dort der riesige „Baummensch“, in dessen Antlitz ein Selbstporträt Boschs vermutet wird. In seinem hohlen, aufgebrochenen Rumpf ist eine Herberge eingerichtet, deren zechende Gäste auf Kröten sitzen. Ebenso spektakulär ist das auf einem Klostuhl thronende Vogelmonster. Es schiebt sich eine arme Seele, deren Hinterteil Feuer, Rauch und ein Vogelschwarm entfleuchen, in den aufgesperrten Schnabel.

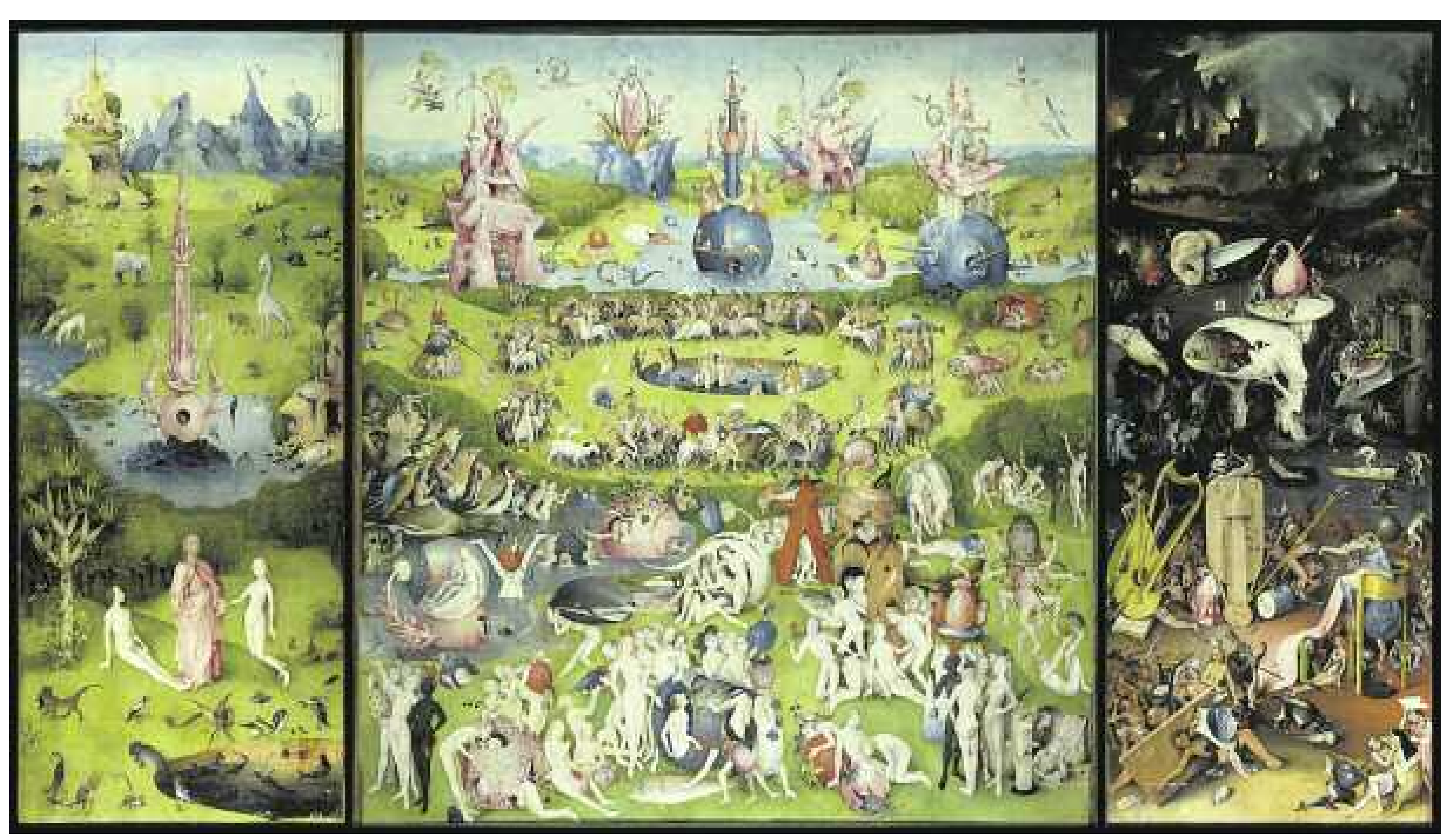
Die Krönung von Boschs Spätwerk ist „Der Heuwagen“ (1510–1516) im Prado. Auf dem die Mitteltafel beherrschenden Wagen ist als Symbol der Gaben Gottes, über die alle Menschen verfügen sollen, eine riesige Menge Heu aufgetürmt. Dem Heuwagen folgen Kaiser und Papst. Auf Höhe des Wagens sind raffgierige Menschen bemüht, einen möglichst großen Anteil des Heus zu ergattern, einige kommen dabei unter die Räder, andere fallen übereinander her. Gezogen wird der Wagen von Dämonen, die Sünden wie Hochmut, Habgier und Wollust verkörpern. Auf dem Heu bahnen sich Liebesabenteuer an. Rechts macht dazu ein blauer Teufel Musik. Links kniet ein Engel. Er betet zum am Himmel erscheinenden Christus.

Doch keiner der Menschen achtet seiner. Ihr Weg führt daher in die auf dem rechten Flügel dargestellte Hölle. Dort präsentiert Bosch ein Novum: In der Hölle wird gebaut. Und zwar an einem Turm, der gleichsam aus den Sünden der Menschen errichtet wird.

Der auf seine Erfindungskraft stolze Bosch versah seine in Berlin aufbewahrte Zeichnung „Das Feld hat Augen und der Wald hat Ohren“ mit der lateinischen Überschrift: „Armselig ist der Geist, der immer von den Funden anderer Gebrauch macht und sich selbst nichts ausdenkt.“

Zwar fanden seine Monster und Höllendarstellungen viele Nachahmer. Doch treffend urteilt der Bosch-Forscher Stefan Fischer, dass Hieronymus mehr als ein bloß auf Skandal und Anstößigkeit abzielender Phantast und Teufelsmaler war. Sein Schaffen entstand unter dem starken Einfluss der „Devotio moderna“.

Diese religiöse Erneuerungsbewegung propagierte, dass es nicht damit getan sei, regelmäßig in die Kirche zu gehen, sondern dass der eigentliche Gottesdienst sich in der alltäglichen moralischen Lebensführung nach dem Vorbild Christi vollziehe. Mit seiner packenden Kunst verfolgte der gottesfürchtige Maler also die Absicht, die Menschen auf den „rechten Weg“ zu bringen – und so vor den künftigen Schrecken der Hölle zu bewahren. *Veit-Mario Thiede*


Bekanntestes Bosch-Werk: Altar-Triptychon „Garten der Lüste“ im Madrider Prado-Museum Bild: C.F.

Ausstellungstipp: „Hieronymus Bosch und seine Bildwelt im 16. und 17. Jahrhundert“, 10. November bis 19. Februar 2017 im Kulturforum, Matthäikirchplatz, Berlin. Internet: www.smb.museum

Eine Brücke aus Musik

Das Sudetendeutsche Musikinstitut: Erfolgsbilanz nach 25 Jahren

Im November 1989 fegte in der damaligen Tschechoslowakei die „samtene Revolution“ das kommunistische Regime hinweg, der Eiserne Vorhang fiel und Begegnungen, ja Zusammenarbeit wurden möglich – auch im sudetendeutschen Bereich. Eine Einrichtung, die sehr bald nach diesen Ereignissen ihre Gründung erfuhr, ist das Sudetendeutsche Musikinstitut, das in diesem Jahr 25 Jahre alt wird.

Aber auch andere Gründe führten dazu. Der aus Elbogen bei Karlsbad stammende Komponist, Musikerzieher, Chor- und Orchesterleiter Widmar Hader (geb. 1941) hatte privat viele Dokumente sudetendeutscher Musik gesammelt und brachte die Idee ins Spiel, diese in ein Institut einzubringen.

Zudem bedurften die von Hader begründeten Sudetendeutschen Musiktage angesichts der positiven Entwicklung einer professionelleren Organisation. So dachte man bei der sudetendeutschen Kulturpflege darüber nach, Haders Idee zu unterstützen, musste aber den organisatorischen (und finanziellen) Rahmen dafür finden. Letztlich kristallisierte sich die bis heute bestehende Konstellation heraus: Der Bezirk Oberpfalz ist Träger. Darüber hinaus sind die Stadt Regensburg (seit 1951 Patenschaft über die Sudetendeutschen) und die Sudetendeutsche Stiftung in die Arbeit eingebunden. Mit im Boot sitzt auch das für dieses Thema zuständige Bayerische Sozialministerium.

Mit dem Beschluss des Bezirkstags der Oberpfalz zur Übernahme der Trägerschaft konnte das Institut 1991 errichtet werden. In den ersten Jahren war es in Räumen der Stadt Regensburg untergebracht, dann siedelte es ins Gebäude des Bezirks Oberpfalz um. Neben dem Institutsleiter Andreas Wehrmeyer sind drei Halbtagskräfte hier tätig.

„Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter wäre gut“, stellt Andreas Wehrmeyer, der seit 2007 das Institut leitet, fest. War doch die Herausgabe des im Jahr 2000 erschienenen zweibändigen „Lexikons zur deutschen Musikkultur. Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien“ ein Meilenstein. Doch Wissenschaft und Forschung sind auch heute zwei der Hauptaufgaben: Buch- und Noteneditionen, Quellenstudien, Sammelbände mit wissenschaftlichen Beiträgen aus Tagungen, Übersetzung wissenschaftlicher Texte aus dem Tschechischen, Studien von Forschern, die über die böhmische Musik arbeiten. Hierzu bietet das Institut auch eine umfangreiche Bibliothek und ein ebensolches Archiv.


Sudetendeutsches Musikinstitut Bild: Bauer

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Öffentlichkeitsarbeit, das heißt, das Angebot vor allem von Kammerkonzerten in kleiner Besetzung. „Wir verstehen uns auch als Kulturbrücke – um ein wechselseitiges Informationsbedürfnis und das Interesse am Nachbarn zusammenzubringen“, erläutert Wehrmeyer. So ist es sein Ziel, tschechische Musiker und Komponisten in Deutschland und (sudeten)deutsche in Tschechien zu präsentieren und bekannt zu machen. *Markus Bauer*

Kubins zahllose Facetten

Regensburger Ausstellung zeigt, was den Künstler inspiriert hat

Durch seine unverwechselbare und phantasiereiche Bildsprache ist der aus dem nordböhmischen Leitmeritz stammende Alfred Kubin (1877–1959) als Zeichner bestens bekannt und alleine eine Ausstellung wert. Doch das Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg zeigt bis zum 18. September bedeutend mehr.

Unter dem Titel „Alfred Kubin und seine Sammlung“ präsentiert die Einrichtung zirka 225 Werke – gut die Hälfte von Kubin selbst, der Rest aus seinem Besitz. Darunter Druckgrafiken und Zeichnungen von Albrecht Dürer, Rembrandt, Pieter Bruegel d. Ä., Wilhelm Leibl, Paul Gauguin, James Ensor, Edvard Munch und Egon Schiele, um nur ein paar Namen zu nennen. Wann hat man so eine Wucht an über 50 namhaften Malern und Künstlern unterschiedlicher Epochen schon mal in einer Ausstellung?

Möglich gemacht hat dies die Kooperation mit der Landesgalerie Linz des Oberösterreichischen Landesmuseums, wo ein Großteil des Nachlasses Kubins aufbewahrt ist. Eine frühere Ausstellung dort hat für Regensburg die Kuratorin Nina Schleif, Leiterin der Grafischen Sammlung des Kunstforums, adaptiert.

„Mit dieser Ausstellung wollen wir eine neue Facette im Schaffen Kubins offenlegen“, erläutert die Kunstforum-Direktorin Agnes Tieze. Konkret bedeutet dies, dass neben Werken Kubins in etwa gleicher Anzahl Artefakte von Weggefährten, Freunden und Inspirationsquellen (weitere Künstler oder auch aus Büchern, Literatur, Medien) zu sehen sind. Der größte Teil stammt aus Kubins Vermächtnis, einige wenige sind Leihgaben beziehungsweise auch aus Beständen des Kunstforums. „Bis 18. September zeigen wir das ‚Who is who‘ der Kunstgeschichte“, fasst Tieze beim Pressegespräch zusammen.



Foto: Oberösterreichisches Landesmuseum

„Der Baum im Paradies“ (1935)

Die Ausstellung gliedert sich in sechs Themenbereiche, wobei zu einzelnen Motiven die Gegenüberstellungen interessant sind – also die Inspirationsquelle und die Bearbeitung durch Kubin. Im ersten Raum geht es um Tierdarstellungen, auch unter dem Aspekt von Allegorien, wobei die Schlange einen Schwerpunkt bildet. Weiter geht es unter „Gesichter und Geschichte“ mit Porträts realer und literarischer oder symbolischer Gestalten. Bei „Groteske Köpfe und Figuren“ finden sich die für Kubin charakteristischen Mischwesen oder auch Monster. Speziell der Damenwelt gewidmet ist das Kapitel „Idol und Schlangendame“ – die Frau als begehrenswertes und auch Furcht einflößendes Wesen. Da Kubin von der japanischen und chinesischen Kunst fasziniert war, gibt es auch die Abteilung „Kimono und Lotusblüte“. Den Abschluss bildet das Thema „Dämonen und Gespenster“ mit allerlei Drachen, Teufeln, Hexen und Höllenfiguren beziehungsweise -szenen.

Es finden sich also Bilder, Zeichnungen und Druckgrafiken aus mehreren Jahrhunderten in der Ausstellung. Und wie es bei Ausstellungen des Kunstforums Ostdeutsche Galerie üblich ist, gibt es ein reichhaltiges Begleitprogramm. So einen Fotowettbewerb zum Thema „Schön schauerlich“ – die Fotos werden dann im Donau-Einkaufszentrum präsentiert – und eine Filmreihe, in denen Vampire, Monster, Insekten oder andere Fabelwesen im Vordergrund stehen. Genannt sei exemplarisch „Nosferatu“. Und selbstverständlich gibt es ein separates Kinderprogramm. *M.B.*

Kriegssignal, auf Schalmei geblasen

Vor 75 Jahren vereinbarten Roosevelt und Churchill auf dem britischen Schlachtschiff »Prince of Wales« die Atlantik-Charta

Wer Krieg will, der spricht vom Frieden. Vor allem dann, wenn ein großer Teil des Volkes den Krieg nicht will. Vor 75 Jahren, am 14. August 1941, wurde die zwischen Franklin D. Roosevelt und Winston S. Churchill vereinbarte Atlantik-Charta veröffentlicht. Die beiden Staatsmänner hatten sich unter höchster Geheimhaltung vom 9. bis 12. August auf dem britischen Schlachtschiff „Prince of Wales" vor Neufundland getroffen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Krieg. Nebenher – gewissermaßen im Windschatten der Atlantik-Charta – sagten die USA größere Waffenlieferungen an Großbritannien und die Sowjetunion zu.

In der Präambel der Charta heißt es: „Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und der Premierminister Churchill, der die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich vertritt, sind zusammengetroffen und halten es für richtig, gewisse Grundsätze der nationalen Politik ihrer Länder bekanntzugeben, auf die sie die Hoffnung für eine bessere Zukunft der Welt gründen."

Die UN entstanden als Bündnis gegen Adolf Hitler

In der Charta bekunden die Unterzeichner, keine territoriale Bereicherung anzustreben. Die Völker sollen ihre Regierungsform frei wählen, die Souveränität soll „jenen zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entrissen wurde". Alle sollen „gleichermaßen Zutritt zum Handel und den Rohstoffen der Welt erhalten". Durch „größtmögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit" werden bessere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit angestrebt.

Und dann erst folgt unter Punkt sechs der Absatz, der Anlass und Zielrichtung der scheinbar allgemeinen Vereinbarung deutlich macht: „Nach der endgültigen Zerstörung der Nazi-Herrschaft erhoffen sie die Gestaltung eines Friedens, der es allen Völkern ermöglicht, innerhalb ihrer Grenzen in Frieden zu leben und der allen Menschen in allen Ländern ein Leben frei von Not gewährleistet."

Anschließend werden die Aussagen der Charta wieder allgemein, der künftige Frieden solle es „allen Menschen ermöglichen, ohne Hindernisse die Meere und Ozeane zu bereisen". Auf Gewalt müsse künftig verzichtet werden. Mit Nationen, die ihre Grenzen überschreiten oder damit drohen, weiter aufzurüsten, könne es keinen Frieden geben. Daher glaubten die Unterzeichner, „dass die Abrüstung dieser Nationen nötig ist, solange nicht ein umfassendes und dauerhaftes System allgemeiner Sicherheit besteht".

Auch mit einer Schalmei lässt sich ein Kriegssignal blasen. Der Eintritt in den Krieg, auf den Franklin D. Roosevelt schon lange hin arbeitete, stand unmittelbar bevor. Über Jahre hatte Roosevelt bereits den Kampf gegen die Diktatur Adolf Hitlers vorbereitet, allerdings gegen den Widerstand der Mehrheit der US-Amerikaner. Bereits 1935 notierte Thomas Mann nach einem Gespräch mit Roosevelt: „Als ich das Weiße Haus verließ, wusste ich, dass Hitler verloren war." Unauffällig, mit leisen Tönen, strategischem Kalkül und psychologisch raffiniert hatte Roosevelt sein Vorhaben weiterverfolgt. Mit „Kaminreden" versuchte er in Abständen, die Bürger der USA auf den Krieg vorzubereiten. In seiner „Quarantäne-Rede" forderte er 1937 die internationale Isolation Deutschlands, Italiens und Japans – wie bei Seuchenkranken.

Nach seiner Wiederwahl verschärfte Roosevelt 1941 die Tonlage. In seiner „Vier-Freiheiten-Rede" beschwor er die Verteidigung der Freiheit und Demokratie gegen Aggression und Tyrannei der Achsenmächte. Roosevelt setzte sich zugleich für deutlich verstärkte Mittel für die Rüstung ein. Die US Army wuchs 1941 auf 1,6 Millionen Soldaten an, für die Rüstung wurden 4,5 Milliarden Dollar im Jahr ausgegeben. Mit dem Leih- und Pachtgesetz zur Unterstützung der „Demokratien" – zu denen Roosevelt auch die Sowjetunion zählte – wurde es möglich, Kriegsgerät an Staaten zu „verleihen", die für die Verteidigung der Vereinigten Staaten als wichtig eingestuft wurden. Auf Basis dieses Gesetzes stellten die USA bis Ende des Krieges Großbritannien Kriegsmaterial im Wert von 30 Milliarden Dollar zur Verfügung, der UdSSR für zwölf Milliarden Dollar. Konkret bedeutete dies: 427 000 Lastwagen, 15 000 Flugzeuge, 13 000 Panzer. Die Rüstungsindustrie florierte.


An Bord der „Prince of Wales" von Militärs umgeben: Winston S. Churchill und Franklin D. Roosevelt (v.l.) Bild: CF

Der Kurs der Regierung – allen voran Roosevelt – entsprach lange Zeit nicht der Stimmung in der Bevölkerung. Die lehnte eine Beteiligung der USA am Krieg ab. Noch im Herbst 1939 sprachen sich bei einer Meinungsumfrage 95 Prozent der US-Bürger gegen eine Kriegserklärung an Deutschland aus. Sie hofften zwar, so das Ergebnis einer anderen Umfrage, zu 84 Prozent auf einen Sieg der Westmächte, aber eine direkte Beteiligung wollten sie nicht.

Die Situation änderte sich erst nach dem japanischen Angriff am 7. Dezember 1941 auf Pearl Harbor. Dabei starben in der Marinebasis auf Hawaii zweieinhalbtausend US-Soldaten, ein über 100 Flugzeuge und ein Dutzend Schiffe wurden zerstört. Die USA standen unter Schock.

So vollkommen unerwartet, wie von der US-Regierung dargestellt, kam dieser Überfall wohl allerdings nicht. Den US-Amerikanern war es gelungen, den Geheimcode japanischer Funksprüche zu knacken, sie hätten nach Überzeugung von Historikern wissen müssen, dass eine japanische Flotte auf dem Weg nach Pearl Harbour war.

Jetzt hatten die USA ihren Krieg, auf den der Präsident so lange zielstrebig hingearbeitet hatte, aber es war der Krieg am falschen Ende der Welt. Dennoch: Franklin D. Roosevelt traf die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung, als er vor dem Kongress ankündigte, das US-amerikanische Volk werde bis zum vollständigen Sieg über das Kaiserreich Japan kämpfen.

Wenige Tage später, ab 11. Dezember 1941, befanden sich die USA auch im Krieg gegen Deutschland und Italien, nachdem Berlin und Rom den Krieg erklärt hatten. Nur drei Kriegswochen waren vergangen, als am 1. Januar 1942 die Deklaration vereinter Nationen erfolgte, basierend auf der von Churchill und Roosevelt beschlossenen Atlantik-Charta. 26 Staaten der Anti-Hitler-Koalition gehörten zu den Erstunterzeichnern, allen voran die USA, Großbritannien und die Sowjetunion. *Klaus J. Groth*

Der »Simplicius Simplicissimus« ist sein Werk

Mit Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen starb vor 340 Jahren der Verfasser des ersten deutschen Prosaromans von Weltrang

Oh Welt, du unreine Welt! Darum beschwöre ich dich, bitt ich dich, ich ersuche dich, ich erhebe meine Stimme wider dich: du wolltest keinen Teil mehr an mir haben! Hingegen begehre auch ich nichts mehr von dir, ich sage dir ab, ade mit deinen Sorgen, deinen Hoffnungen und deinem zweifelhaften Glück!"

Das war der Aufschrei eines Menschen, der als Soldat der kaiserlichen und auch der schwedischen Armee die schreckliche Zeit des Dreißigjährigen Krieges mit all seinem Elend und der menschlichen Unzulänglichkeit erlebt hatte. Diese Worte aus dem 1668 erstmals erschienenen Roman „Der Abentheuerliche Simplicissimus Teutsch", heute meist „Simplicius Simplicissimus", schrieb der Schultheiß der badischen Marktgemeinde Renchen, Christoffel von Grimmelshausen, der mit seinem großen autobiografischen Zeit- und Kriegsroman weltberühmt wurde.


Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen Bild: CF

Als Sohn eines evangelischen Gastwirts und Bäckers um das Jahr 1622 in Gelnhausen geboren, geriet er 1635 in den Strudel des Krieges. Er erlebte die Plünderung der Stadt. Von hessischen Soldaten gefangen und nach Kassel verschleppt, wurde er zuerst Troßbub und später Soldat der kaiserlichen Armee. Von 1636 bis 1638 diente Grimmelshausen bei der schwedischen Armee in Westfalen, ab 1638 in der Armee des Grafen von Götz am Oberrhein. Von 1639 bis 1648 war er im kaiserlichen Regiment des Freiherrn Hans Reinhard von Schauenburg im badischen Offenburg, etwa ab 1643 übernahm er das Amt eines Regimentsschreibers. Von 1648 bis 1649 war er Regimentssekretär des bayerischen Oberst Johann Burkard von Elter in Wasserburg am Inn. Am 30. August 1649 heiratete Grimmelshausen Katharina Henninger in Offenburg. In diese Zeit fällt auch seine Konversion zur katholischen Kirche. Seither war er Verwalter der Schauenburgischen Güter in Gaisbach im Renchtal.

Von 1662 bis 1665 Burgvogt des Straßburger Arztes Johannes Küffer der Jüngere auf Schloss Ullenburg bei Gaisbach, beginnt er in dieser Zeit wahrscheinlich seine schriftstellerische Tätigkeit. Später findet man ihn zunächst als Gastwirt im „Silbernen Stern" zu Gaisbach; dann wird er 1667 bischöflich-straßburgischer Schultheiß im badischen Renchen. Als Henri de La Tour d'Auvergne, Vicomte de Turenne im Jahre 1675 Renchen besetzt, soll Grimmelshausen noch einmal in den Krieg gezogen sein, diesmal nach Frankreich. Kurz danach stirbt er am 17. August 1676.

Seine schriftstellerische Laufbahn hatte Grimmelshausen als beinah 40-Jähriger mit „Traum-Geschicht" (1660) begonnen. Es folgten das Buch der Betrachtung „Der Satyrische Pilgram" (1666), der erbauliche Roman „Der keusche Joseph" (1667) sowie satyrische und legendarische Schriften. Seine große Leistung wurde jedoch „Der Abenteuerliche Simplicissimus Teutsch", den er in Anlehnung an das Muster volkstümlicher spanischer Schelmenromane verfasste.

Der Spross einer verarmten Adelsfamilie gilt als der größte deutsche Erzähler des 17. Jahrhunderts

Grimmelshausen schilderte darin, 20 Jahre nach Kriegsende, mit dichterischer Freiheit und Ausdruckskraft seine eigenen Kriegserlebnisse, ließ sich aber dabei von vielen Quellen anregen und übernahm sie manchmal sogar wörtlich. Dieser erste deutsche Prosaroman von Weltrang ist eine psychologisch meisterhafte und kultur-historisch wichtige Darstellung eines Menschen aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

Grimmelshausens Hauptwerk hebt sich als einer der großen Abenteuerromane deutlich von der Flut niederer Werke gleicher Gattung ab, denen ein tieferer ethischer Gehalt fehlt. Neben genauen Abbildern der Wirklichkeit fehlt nicht das Märchenhafte und Wunderbare, wie etwa der Aberglaube der Zeit, Schatzgräberei und Hexenwesen, Prophezeiungen und die Volkssage, dass man durch den Mummelsee im Schwarzwald den Mittelpunkt der Erde erreichen könne. Phantastische Motive verwebt Grimmelshausen mit derb-realistischen Schilderungen. Um Simplicissimus entfaltet sich das Soldatenleben des Dreißigjährigen Krieges. Rücksichtslos beschreibt der Verfasser die grauenhafte sittliche Verderbnis, wo die Unsicherheit der Person und des Eigentums den höchsten Grad erreicht hat. Diebstahl, Raub, Mord und Brandstiftung sind an der Tagesordnung. Zwischen Soldaten und Bauern herrscht Todfeindschaft. Nur im Schutz der festen Mauern der Städte können noch ruhige Geselligkeit, Kunst und Familienleben gedeihen. Die allgemeine Bildung ist auf dem niedrigsten Stand. Zuweilen finden wir uns in den Grobianismus und in die rohe Zeit des 16. Jahrhunderts zurückversetzt. Nie schwankt dagegen das sittliche Urteil des Erzählers, und auch als Künstler bewährt sich im Allgemeinen seine sichere Hand. Ganz nebenbei verbraucht Grimmelshausen ein Motiv der Weltliteratur, nämlich die Idee von Robinson, die schon in William Shakespeares „Sturm" hineinspielte und 50 Jahre später von Daniel Defoe in den Mittelpunkt einer Dichtung gestellt wurde.

Vom Erfolg seines großen Kriegsromanes angespornt, verfasste Grimmelshausen eine Reihe weiterer Abenteuer-Bücher und sonstige Schriften („Simplizianische Schriften"), die aber nicht mehr Gehalt und Bedeutung seines ersten Romans aus dem Dreißigjährigen Krieg erreichten.

Lange Zeit vergessen, sind Grimmelshausens Werke erst in der Romantik wiederentdeckt worden. Der Literaturgeschichte ist sein wahrer Name erst seit 1837 bekannt, weil seine Werke unter verschiedenen Pseudonymen wie German Schleifheim von Sulsfort oder Samuel Greifson von Hirschfeld erschienen sind. Seitdem gilt Grimmelshausen als der größte deutsche Erzähler des 17. Jahrhunderts, als Volksschriftsteller von realistischer Anschaulichkeit, hintergründigem Humor und urwüchsiger Volkssprache. *E.B.*

Ein letzter Versuch

Vor 25 Jahren scheiterte der Augustputsch zum Erhalt der Sowjetunion

Vor 25 Jahren fand in Moskau der sogenannte Augustputsch statt, mit dem orthodoxe Altkommunisten den Niedergang und Zerfall der Sowjetunion stoppen wollten. Letztendlich bewirkten sie aber genau das Gegenteil, weil der Umsturzversuch die zentrifugalen Kräfte im Lande stärkte.

Im Sommer 1991 erreichte der strukturkonservative Widerstand gegen die Reformpolitik des KPdSU-Generalsekretärs und UdSSR-Staatspräsidenten Michail Gorbatschow seinen absoluten Höhepunkt. Grund hierfür war der neue Unionsvertrag, der am 20. August 1991 unterzeichnet werden sollte und eine deutlich größere Autonomie für die einzelnen Teilrepubliken des Sowjetimperiums vorsah. Hierin wähnten kommunistische Betonköpfe den Anfang vom Ende der UdSSR, weil nun bestimmt viele Mitgliedsstaaten auf vollkommene Unabhängigkeit bestehen würden. Deshalb versuchten sie, Gorbatschow zu stürzen, um so den Abschluss der Übereinkunft zu verhindern.

Als treibende Kraft fungierte dabei das „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ (GKTschP), dem acht hochrangige Persönlichkeiten angehörten, darunter Vizepräsident Gennadi Janajew, Marschall der Sowjetunion Dmitri Jasow (Verteidigungsminister), Armeegeneral Wladimir Krjutschkow (Chef des Geheimdienstes KGB), Ministerpräsident Walentin Pawlow und Innenminister Boris Pugo. Außerdem standen unter anderem noch der Oberkommandierende der UdSSR-Landstreitkräfte Armeegeneral Walentin Warennikow und der Vorsitzende des Obersten Sowjets Antatoli Lukjanow aufseiten der Putschisten.

Angesichts der Beteiligung so vieler Inhaber von Schlüsselpositionen innerhalb der Kremlhierarchie und Militärführung hätte der Umsturz eigentlich gelingen müssen – und tatsächlich lief auch zunächst alles nach Plan. Während in den frühen Morgenstunden des 19. August 1991 um die 400 Panzer und mehrere tausend Rotarmisten und KGB-Leute in Moskau einrückten, um dort die Kontrolle zu übernehmen, wurde Gorbatschow in seiner Datscha auf der Krim festgesetzt. Anschließend verkündeten die Verschwörer im sowjetischen Staatsfernsehen den Ausnahmezustand und die Ablösung des Präsidenten „aus gesundheitlichen Gründen“. Nun rächte es sich, dass dieser die Warnungen seines vormaligen Außenministers Eduard Schewardnadse in den Wind geschlagen hatte und trotz der brisanten Lage in den Urlaub gefahren war, weil er meinte, seine altkommunistischen Widersacher müssten doch „Idioten sein, wenn sie gerade in diesem Moment va banque spielen“.

Aber genau das taten die Putschisten. Dabei erwiesen sie sich als Dilettanten und typische Vertreter einer höchst mittelmäßigen Funktionärskaste und bekamen ganz schnell Angst vor der eigenen Courage. Dies zeigte besonders die Pressekonferenz des neuen „Staatsoberhauptes“ Janajew am Nachmittag des 19. August, in der dieser auf peinliche Weise zitterte und herumstammelte. Was für ein Kontrast zum Auftreten des energischen Präsidenten der Russischen Sozialistischen Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), Boris Jelzin, der den Umsturzversuch sofort verurteilte und kurz darauf die Panzerkolonne stoppte, die auf das sogenannte Weiße Haus, also den Sitz des Parlaments der RSFSR, zurollte. Dies tat er, indem er auf einen der T-80 kletterte und die jungen Soldaten per Megaphon aufforderte, „nicht zur blinden Waffe des verbrecherischen Willens von Abenteurern“ zu werden.

Das GKTschP unterließ es zunächst, hierauf hin Härte zu demonstrieren und Schießbefehle zu erteilen, und das war wohl seine klügste Entscheidung während dieser Tage. Denn inzwischen standen die Moskauer fast geschlossen hinter Jelzin und strömten in Massen auf die Straßen, um gegen das „Staatskomitee“ zu protestieren beziehungsweise Barrikaden zu errichten. Zudem ließ die Loyalität der von den Putschisten aufgebotenen Truppen deutlich zu wünschen übrig. So lief eine Panzereinheit des GKTschP auf die Seite der russischen Regierung über und schützte das Weiße Haus, in dem sich Jelzin mit seinen Anhängern verschanzt hatte.

Andererseits blieb die Lage auch am 20. und 21. August verworren. Zwar beanspruchte Jelzin nun die Kommandogewalt über sämtliche Truppen auf dem Gebiet der RSFSR und somit auch in Moskau, doch folgten einige Einheiten immer noch den Anweisungen des „Notstandskomitees“. Deshalb setzte Jasow schließlich alles auf eine Karte und befahl der KGB-Sondereinheit ALFA, das Weiße Haus „um jeden Preis“ zu stürmen. Das jedoch verweigerten die Elitesoldaten unisono. Damit war der Putsch de facto gescheitert. Trotzdem aber floss zum Schluss noch Blut. Während des Rückzugs einer Schützenpanzergruppe des KGB stieß diese am Kalinin-Prospekt auf Demonstranten, die glaubten, nun beginne der Angriff. Deshalb versuchten sie, die Fahrzeuge zu blockieren, wobei der Afghanistan-Veteran Dmitri Komar sowie der Architekt Ilja Kritschewski und ein Arbeiter namens Wladimir Usow ums Leben kamen.



Forderte seines Landsleute zum Widerstand auf: Boris Jelzin auf einem Panzer vor dem Weißen Haus Bild: pa

Wenige Stunden später, am 21. August im 16.30 Uhr, meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass die Auflösung des GKTschP. Dessen Mitglieder wurden sämtlich festgenommen und später zu Haftstrafen verurteilt. Eine Ausnahme bildete Innenminister Pugo, der sich eine Kugel in den Kopf schoss.

Damit konnte Gorbatschow nach Moskau zurückkehren und wieder die Regierungsgeschäfte übernehmen. Allerdings stand er dabei völlig im Schatten von Jelzin, dessen Berufung in höhere Ämter der Staats- und Parteichef nun bitter bereute: „Man hätte Jelzin als Botschafter in eine Bananenrepublik abschieben sollen, dort hätte er in aller Ruhe Wasserpfeife rauchen können.“ Denn der ehemalige Sekretär eines Provinzparteikomitees im Ural entmachtete und demütigte Gorbatschow bald derart, dass diesem am Ende nur noch der Rücktritt blieb. So verbot Jelzin kurzerhand die KPdSU in Russland – und verkündete dies justament während einer Ansprache ihres Generalsekretärs vor dem Parlament in Moskau.

Darüber hinaus beschleunigte der Putsch aber auch den Zerfall der UdSSR, den er eigentlich hatte verhindern sollen. Zunächst nutzten zahlreiche nichtrussische Teilrepubliken die Gunst der Stunde und erklärten ihren Austritt aus der Union. Anschließend besiegelten dann Jelzin sowie der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk und der weißrussische Parlamentschef Stanislau Schuschkewitsch das formelle Ende des Staatenbundes, indem sie am 8. Dezember 1991 beschlossen, den Unionsvertrag von 1922 aufzukündigen und das Sowjetreich in eine Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umzuwandeln. *Wolfgang Kaufmann*

Eröffnung ohne Quadriga

Vor 225 Jahren wurde das Brandenburger Tor seiner Bestimmung übergeben

Gerne jagten die Hausherren des Berliner Schlosses und ihr Gefolge im Tiergarten, der Spandauer Heide und dem Jagdgebiet um das Dorf Lietzow, der späteren Stadt Charlottenburg. 1573 wurde der Seekanal durch die nach den begleitenden Jagdhunden benannte Hundebrücke, einen Vorgänger der heutigen Schlossbrücke, überbrückt und die Strecke zu den Jagdgebieten ausgebaut. Der Teil der Strecke auf städtischem Grund bis zur Stadtgrenze wurde zur Prachtstraße Unter den Linden. Zusätzliche Bedeutung gewann diese Strecke nach dem Bau des Schlosses Charlottenburg, das 1699 eingeweiht wurde. Die erste Hausherrin und Namensgeberin, die erste preußische Königin Sophie Charlotte, nutzte ihre Residenz ausgiebig, was für zusätzlichen Verkehr auf der Strecke und ihren entsprechenden Ausbau sorgte.

Berlin wuchs über die Stadtmauern hinaus und Sophie Charlottes zweiter Sohn aus ihrer Ehe mit Friedrich I., der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm II., ließ 1734 bis 1736 um die erweiterte Stadt eine neue Mauer bauen. Diese sogenannte Akzisemauer sollte nun nicht mehr militärische Feinde abhalten, sondern die Handelswege in die Stadt und aus ihr heraus zwecks Zoll- und sonstiger Abgaben kontrollieren sowie die in der Stadt stationierten Soldaten am Desertieren hindern. Dort, wo die Straße Unter den Linden auf die neue Mauer stieß, ließ der Landesherr 1738 ein Tor errichten. Da es auf dem Weg nach Brandenburg an der Havel lag, erhielt es den Namen „Brandenburger Tor“.

Klassizismus statt friderizianischen Barocks

Dem wohl unbedeutendsten preußischen König, den die Hohenzollern hervorgebracht haben, Friedrich Wilhelms I. Enkel Friedrich Wilhelm II., war das Tor jedoch nicht mehr schmuck genug und er ließ es durch einen repräsentativen Neubau ersetzen. Im selben Jahr, in dem er Carl Gotthard Langhans zum Direktor des neu gegründeten Oberhofbauamtes in Berlin ernannte, beauftragte er den gebürtigen Schlesier mit diesem Projekt.

Langhans' Werke gehören zu den frühesten Bauten des Klassizismus in Deutschland, und er machte keinen Hehl daraus, dass ihn die Aufgabe ansporne und in welcher Tradition er sich sah: „Die Lage des Brandenburger Thores ist in ihrer Art ohnstreitig die schönste von der ganzen Welt, um hiervon gehörig Vortheile zu ziehen, und dem Thore so viel Oefnung zu geben, als möglich ist, habe ich bey dem Bau des Neuen Thores, das Stadt-Thor von Athen zum, Modelle genommen, so wie solches von le Roy und Stuart et Revett nach denen noch gegenwärtig in Griechen-Land befindlichen Ruinen, umständlich beschrieben wird.“

Langhans verwechselte zwar hier das Stadttor von Athen mit den Propyläen der Akropolis, aber seine Offenheit ehrt ihn. Die Ähnlichkeit ist in der Tat frappierend, doch ist sein Brandenburger Tor kein Abklatsch. Vielmehr mischte er griechische mit späteren römischen Stilelementen, wie beispielsweise die Quadriga auf dem Tor zeigt, die Johann Gottfried Schadow beisteuerte.

Baugeschichtlich ist das Brandenburger Tor vor allem deshalb von Bedeutung, weil Langhans mit seinem Werk für das Ende des friderizianischen Barock steht und mit dem Tor das Tor zum Klassizismus aufstieß. Die Bedeutung des Tores als Nationalsymbol liegt bei aller Wertschätzung Langhans' jedoch weniger in seiner Architektur als in seiner von ihm selber richtig erkannten Lage am Ende der Prachtstraße der Hauptstadt Preußens und mittlerweile auch Deutschlands sowie an seinem symbolbeladenen Schicksal. Abgesehen von den diversen Einund Auszügen durch dieses Tor sind hier der Raub und die spätere Heimholung der Quadriga sowie natürlich die Schließung des Tores während der deutschen Teilung zu nennen.

Die Eröffnung des Bauwerkes war preußisch schlicht

Im krassen Gegensatz zu seiner Bedeutung steht das Eröffnungszeremoniell, das so unspektakulär war wie sein Bauherr Friedrich Wilhelm II. Obwohl noch ohne Quadriga meldete Langhans vor 225 Jahren dem König die Fertigstellung seines Baues. Auf seine Frage, ob der Monarch das Bauwerk eröffnen wolle, winkte dieser ab mit dem Hinweis, dass er so bald nicht nach Berlin komme. Nachdem Langhans die Information erreicht hatte, wurde noch am selben Tag das Tor preußisch unprätenziös seiner Bestimmung übergeben. Im Protokoll heißt es hierzu schlicht: „Actum, Berlin, den 6. August 1791. Nachdem auf Befehl Sr. Königl. Majestät die Passage in dem neu erbauten Brandenburger Thor heute eröffnet wurde, so bezog das daselbst wachhabende Militair, die an diesem Thor neu erbaute Wache ...“ *Manuel Ruoff*

Exit des Baltikums

Wenige Woche nach der Willensbekundung der Briten zum Austritt aus der Europäischen Union jährt sich am 20. beziehungsweise 21. August zum 25. Mal das Ausscheiden Lettlands und Estlands aus der UdSSR. Litauen war bereits am 11. März 1990 ausgeschieden. Somit waren vor 25 Jahren alle drei baltischen Staaten wieder unabhängig.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Sowjetrepubliken traten sie auch nicht der am 8. Dezember 1991 durch die Staatsoberhäupter Russlands, Weißrusslands und der Ukraine gegründeten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei, obwohl diese im Gegensatz zu UdSSR und EU erklärtermaßen keinen Integrationsprozess, keine Institutionen mit Entscheidungskompetenz und keine Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf supranationale Gremien vorsah. Laut Wladimir Putin entstand die GUS, „um den zivilisierten Zerfall der früheren Sowjetunion zu unterstützen und die daraus resultierenden Verluste zu minimieren“. Das klang für baltische Patrioten zu schön, um wahr zu sein. Und die Skepsis war berechtigt. Bitter bemerkte Abulfas Echibej, 1992/93 Präsident Aserbaidschans, die GUS sei ein „Groß-Kolchos ohne Rechte“ gewesen, wo Moskau kommandiert und mit eigenen Truppen ethnische Konflikte und lokale Kriege geschürt habe. Aserbaidschan ist zwar immer noch Mitglied, aber Georgien erklärte 2008 seinen Austritt und die Ukraine beschloss 2014 den Austritt.

Am rigorosesten verfuhren die Baltenstaaten. Nach schlechtesten Erfahrungen mit Russen und Sowjets lehnten sie jede Gemeinschaft mit diesen ab. Schon lange vor dem Ende der UdSSR proklamierten sie ihre Souveränität – Estland am 16. November 1988, Litauen am 11. März 1990 und Lettland am 4. Mai 1990 – und ließen von da ab Moskau und dessen Politik möglichst links liegen. Das kleine Baltikum zeigte, obwohl es mit 190000 Quadratkilometern nicht einmal dreimal so groß ist wie Bayern und mit 7,3 Millionen gerade die Hälfte der Einwohner des Großraums Moskau hat, nie Furcht, da sogar die dort lebenden Russen – 2010/11 in Lettland immerhin 27,4 Prozent, in Estland 25,6 und in Litauen 5,8 Prozent – die Desintegration mittrugen.

Ausscheiden Estlands und Lettlands 1991 aus der UdSSR

Hat Russland aus dem Ausscheiden der baltischen Staaten aus der UdSSR gelernt? Die Moskauer Fachzeitschrift „Russland in der Globalpolitik“ (RGP) und ihr Herausgeber Fedor Lukjanow bezweifeln es. Sie sehen nur Moskauer Bemühungen, mit neuen Benennungen alte Ziele zu verfolgen: „Nahes Ausland“ stehe für russische Einflusszone; mit „kontrollierter Instabilität“ seien russische Sezessionen in Moldawien und Georgien gemeint; und auf den Spuren des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) sehen sie die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft beziehungsweise die aus ihr mit Datum vom 1. Januar 2015 hervorgegangene Eurasische Wirtschaftsunion (EEU) wandeln. Allerdings handelt es sich bei der EEU im Gegensatz zum Comecon nicht um eine Organisation sozialistischer Staaten, sondern um eine Wirtschaftsunion kapitalistischer Staaten mit gemeinsamem Binnenmarkt, so dass sich insofern eher der Vergleich mit der EU aufdrängt. *Wolf Oschlies*

»Cool am Pool«

Zu: „Pack die Badehose ein" (Nr. 29)

Über den historischen Überblick der Geschichte des Strandbades Wannsee in Berlin habe ich mich gefreut. Leider hört die Aufmerksamkeit der Verfasserin mit dem Jahr 2007 auf und vernachlässigt die Gegenwart. Dabei wäre für den Leser sicherlich ein Hinweis auf die aktuelle Situation in den Berlinern Freibädern nützlich, um der Meinung der Verfasserin „Am Berliner Wannsee gibt es ein Riviera-Gefühl mitten in der Großstadt" zustimmen zu können.

Bei bis zu 19000 Badbesuchern an heißen Tagen und Polizeipatrouillen in Badehose, aber bewaffnet mit Pfefferspray gemäß des polizeiamtlich verordneten Badegefühls „Cool am Pool", und dem Erleben von ständigem Schlichten von Streitereien und Massenschlägereien durch Personal, Sicherheitsdienst oder Polizei sind dem Riviera-Gefühl durch die „Willkommenskultur" doch enge Grenzen gesetzt. Aber auch ein Badevergnügen an der französischen Riviera ist ja seit „Nizza" nicht mehr das, was es einmal war. Tempora mutantur oder auf Neudeutsch: „The times they are a changin'."

Karl Krugmann, Erfurt

Nichts untertuscht?

Zu: Deutschland in Angst: Fürchtet Euch nicht! (Nr. 29)

In ihrem letzten Beitrag geht Autorin Eva Herman unter anderem noch einmal auf die Unterschlagung von nicht politisch korrekten Meldungen in unseren Medien ein. Dazu möchte ich noch bemerken, dass gerade die Vorkommnisse auf der Kölner Domplatte mal eben einen Steinwurf von der Zentrale des Westdeutschen Rundfunks (WDR) entfernt stattfanden, dieser Sender aber vier Tage benötigte, um überhaupt eine erste Meldung hierüber zu verbreiten. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft beteuert dann vor dem Untersuchungsausschuss zu diesen Vorkommnissen: „Warum sollte ich etwas vertuschen wollen?" Hätten an diesem Tag irgendwo im Land 20 Rechtsextremisten Silvester gefeiert, wäre mit Sicherheit ein Kamera-Team vor Ort gewesen und hätte deren Treffen mit bissigen Kommentaren dokumentiert.

Herbert Schmidt, Schauenburg

Die meisten Türken werden sich nie integrieren

Zu: Hinsehen! (Nr. 29)

Wenn in Deutschland Anhänger der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) unverhohlen und zunehmend die faschistoiden Willkür-Allüren „ihres Ministerpräsidenten" verteidigen und dabei Allah loben, müsste das bei deutschen Funktionseliten endlich zu äußerster Besorgnis führen.

Bereits 47 Prozent der hier lebenden Türken stellen die Gebote ihrer Religion über das Gesetz des Staates. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen und sich auch aus dem sogenannten gemäßigten Anteil rekrutieren. Die demokratiefeindliche Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) als verlängerter Arm der türkischen Religionsbehörde Dyanet hat deshalb bereits schariakonforme Privilegien zur schleichenden Islamisierung durchgesetzt (zum Beispiel im Straf-, Arbeits-, Schul-, Pass- und Tierrecht).

Da die meisten Türken sich nur ihrem Koran verpflichtet fühlen, erkennen sie unser Grundgesetz nicht vollinhaltlich an. Sie wählen gezielt nur die Artikel aus, die ihrem Islamverständnis nützen und mit denen sie ihren Einfluss auf die Mehrheitsgesellschaft stärken können. Sie werden sich nie integrieren.

Noch bilden sie „nur" einen Fremdkörper in unserer Gesellschaft, aber wenn sie nicht endlich in „Erdogans gelobtes Land" zurückkehren, werden sie sich zu einer bedrohlichen Pestbeule entwickeln.

Wen wundert es, wenn die Vorbehalte gegenüber Türken stetig zunehmen. Auf ihre Art der „Bereicherung" legen wir keinen Wert.

Gisela Recki, Troisdorf



Erkennen sie das Grundgesetz vollinhaltlich an oder fühlen sie sich nur dem Koran verpflichtet? Türkische Demonstranten bei dem Pro-Erdogan-Aufmarsch in Köln am 31. Juli Bild: Oschlies

Mitteleuropäische Union aus Deutschland und Österreich?

Zu: Horror für Brüssel (Nr. 26)

Die Bürger der Europäischen Union haben die Signale vernommen, doch nicht alle konnten die Nachricht vom Freitag, den 24. Juni, begreifen. Für die Finanzwelt und die Wirtschaft war es zunächst ein schwarzer Freitag. Es gab Menschen, die haben gejubelt, andere wiederum waren fassungslos, gelähmt und in Schockstarre. Die britische Bevölkerung hat es gewagt, und sie hat sich mit Mehrheit für einen Austritt aus der EU entschieden. Das nennt man allgemein Demokratie.

Nun aber wird vielfach behauptet, es war eine Fehlentscheidung. Die weniger Gebildeten und die Alten waren sich über die Folgen nicht im Klaren. Das Referendum müsse wiederholt werden, und die Grünen verlangten gar eine zweite Chance für die EU. Natürlich wird es beträchtliche Konsequenzen haben. So oder so, eines steht aber fest: Großbritannien ist wieder frei und kann über sein eigenes Schicksal bestimmen, und dies war wohl auch das erklärte Ziel.

Für Deutschland gilt: abwarten und beobachten. Unsere Nachbarn werden früher oder später dem Beispiel Großbritanniens folgen. Da es in Deutschland zu dieser so wichtigen Frage kein Referendum geben wird, ist man auf die Entwicklung in den übrigen EU-Staaten angewiesen. Sollte es der Zufall wollen, blieben Deutschland und Österreich übrig und könnten eine mitteleuropäische Union bilden. Wenn sich dann die Schweiz noch anschließt, wäre der deutschsprachige Raum so ziemlich unter einem Dach vereint. Luxemburg, die Niederlande, die skandinavischen Länder, die baltischen Staaten und einige östliche Länder können sich dem anschließen.

Nach dem Modell der Hanse wäre dann ein Wirtschaftsraum mit Gleichgesinnten entstanden, und ich bin davon überzeugt, dass Großbritannien unter diesen Bedingungen wieder dabei sein wird.

Wilhelm Jäkel, Damme

Umkehr tut not

Zu: Die Ruhe ist trügerisch (Nr. 28)

Das Vertrauen in diese Regierung und in die Politiker der herrschenden Parteien ist weg! Eine Kanzlerin, die mit Antidemokraten und Europaverächtern wie Erdogan paktiert, ein Präsident, der uns Deutschen bescheinigt, die „Eliten" (die gutbezahlten Politbürokraten) seien nicht das Problem (mithin also wir, die nichtprivilegierten Bürger), Minister, welche Bürger je nach Laune als „Pack" ansprechen oder als Menschen, die nicht in der Lage seien, Probleme intelligent anzugehen („für Volksabstimmungen nicht geeignet") – wie arrogant und abgehoben ist die Politikerkaste in Berlin geworden?

Das systematische Abkassieren bei Autofahrern, übermäßiges bürokratisches Drangsalieren der fleißigen Menschen des Mittelstandes – das alles vertieft die Kluft zwischen Bürgern und etablierten „Alt"-Politikern. Dazu kommen die stetige Internationalisierung und die Wandlung einer bisher friedlichen, im kulturellen Aufbau und im Wirtschaftsleben erfolgreichen Nation hin zu einer in Städten verfremdeten und anwachsender Gewalt ausgesetzten Gesellschaft.

Sicher hängt die Verlotterung und das Geschehenlassen multikultureller Kulturzerstörung mit der Verachtung des Eigenen zusammen: Wo türkische Politiker ohne Widerrede unser demokratisches Land beleidigen dürfen, ja ohne Folgen hiesige Politiker der Gewalt anheimgegeben können, wo auf die millionenfache Ausspionierung mit Floskeln verbal reagiert wird, da offenbart sich, dass Internationalisierung und der Marsch der 68er durch die Institutionen Staatsverachtung und Deutschfeindlichkeit erzielten. Umkehr tut not – sonst zerbricht das Gemeinwesen.

Wolf-Dieter Jacobi, Bamberg

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 31 – 5. August 2016

MELDUNGEN

125 Jahre Steenke

Buchwalde – Vor 125 Jahren wurde in Königsberg Georg Jakob Steenke geboren, Erbauer des längsten schiffbaren Kanals im heutigen Polen, des Oberländischen Kanals. Aus diesem Anlass wurde im historischen Zimmer an der Geneigten Ebene in Buchwalde eine Ausstellung eröffnet, die dem Ingenieur des 19. Jahrhunderts gewidmet ist. „Das Leben Steenkes und der Bau des Kanals, das sind ausgesuchte Exponate für die Betrachtung durch die Besucher", sagte Slawomir Dylewski, der Vorsitzende des Vereins der Freunde des Oberländischen Kanals „Navicula". Der Königsberger Ingenieur holte die Idee für den Bau der Geneigten Ebenen aus den Vereinigten Staaten und verbesserte diese bedeutend. „Navicula" hat beantragt, den Oberländischen Kanal in die Liste des Weltkulturerbes der Unesco aufzunehmen. *PAZ*

Goldaper See ohne Algen

Goldap – Ab sofort kann man wieder im Goldaper See baden. Das Badeverbot galt wegen der Algenblüte von Anfang letzten Monats an. Unlängst nahm die Gesundheitsaufsicht eine Wasserprobe. Das Ergebnis erlaubt das Aufheben des Badeverbotes. Die Gesundheitsbehörde hat auf dem Gebiet des südlichen Ostpreußens zwölf Badestellen untersucht. In ihre Zuständigkeit fallen insgesamt 116 Badestellen. Der aktuelle Zustand der Badestellen ist im Internet unter www.wsse.olsztyn.pl nachzulesen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Warweiden [Wirwajdy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Alt Jablonken – Buttenhof [Zawady Małe], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Spiegelberg [Sprecowo] – Hochwalde [Lugwałd], Baustelle; Allenstein – Pagelshof, Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein, Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen, Brückenumbau. Straße Nr. 63: Arys – Johannisburg, Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap – Treuburg, Brükkenbau; Stradaunen – Oratzen, Baustelle; Lyck – Stradaunen, Baustelle; Sdunken – Wiesengrund, Baustelle. Straße Nr. 65c: Treuburg, Umgehungsstraße, Baustelle. *PAZ*

Kneiphof wird »Kant-Insel«

Königsberger Stadtverwaltung setzte einen Bürgerwunsch um – Auch die Lomse war im Gespräch

Lange bevor die Stadtverwaltung aktiv wurde, haben die Bürger Königsbergs dem Kneiphof den Namen „Kant-Insel" gegeben. Nun wurde auf einer ordentlichen Sitzung des Stadtrats die Bezeichnung offiziell eingeführt.

Auf einer turnusmäßigen Sitzung des Stadtrates haben die Abgeordneten den Kneiphof, auf dem der Königsberger Dom steht, umbenannt. Die offizielle Bezeichnung lautet nun: „Insel des Immanuel Kant". Für die Umbenennung waren keine Mittel aus dem Haushalt der Stadt erforderlich. Die Entscheidung hatten die Gesetzgeber der Stadt bereits anlässlich des 292. Geburtstags des Philosophen am 24. April getroffen. Die Initiative zur Umbenennung kam von der Regierung des Königsberger Gebiets. Zuvor hatten Studenten der staatlichen Kant-Universität während einer TV-Sendung mit Gouverneur Nikolaj Zukanow eine Na-

Gouverneur Zukanow unterstützte Antrag

mensänderung angeregt. Bis dahin hatte die Insel offiziell einfach nur den Zusatz „zentral", aber wenige Menschen wussten davon. Im Alltag sprachen sie von der „Kant-Insel". Nun wurde der Name, den sie schon lange benutzt haben, offiziell.

Eine Namensänderung hatte vor anderthalb Jahren auch schon der Verband „Nachkommen der russischen Soldaten – Teilnehmer des Sturms auf Königsberg" vorgeschlagen. Allerdings wollte der Verband die Lomse in „Kant-Insel" umbenennen. Dann hätte es in der Stadt zwei „Kant-Inseln" gegeben, den Kneiphof und die Lomse. Zur Begründung seiner Initiative führte der Verband an, dass Immanuel Kant von 1175 bis 1783 im Bezirk Ochsenmarkt gelebt hat, der sich auf der Lomse befand. Darüber hinaus könne man aus ihrer Sicht im Rahmen der Feier anlässlich des 300. Geburtags Kants im Jahr 2024 das Projekt „Herz der Stadt" auf die Lomse verlegen.



Blick auf den Dom: Zu Ehren des großen deutschen Philosophen steht er nun auf der „Kant-Insel" Bild: J.T.

Derzeit befindet sich auf dem Kneiphof neben dem Dom ein Skulpturenpark, der eine Filiale des regionalen kunsthistorischen Museums ist. Der Park wurde 1984 gegründet, und seine Sammlung besteht aus Skulpturen, darunter Denkmäler berühmter Schriftsteller und Dichter. 2007 erteilte die Gebietsregierung dem Park den Status eines „Objekts des kulturellen Erbes von lokaler Bedeutung". Außerdem ist dieser Bereich interessant wegen seiner Sammlung an Bäumen und Sträuchern, die in den 1970er Jahren angepflanzt wurden, als die Hochbrücke gebaut wurde, die sich über die Insel erstreckt. Hier gibt es Tausende Pflanzen aus Europa, Amerika, Japan, der Mongolei und aus den Balkanländern.

In den 1990er Jahren wurde die Insel ein beliebter Ort für Festivals und internationale kulturelle Veranstaltungen. Diese Tradition setzt sich bis heute fort. *Jurij Tschernyschew*

Geld aus EU-Topf

Südliches Ostpreußen plant Innovationen

In den Jahren 2014 bis 2020 soll das südliche Ostpreußen von der Europäischen Union mehr als 1,728 Milliarden Euro erhalten. Das Geld aus dem Regionalen Entwicklungs-Programm soll laut Woiwodschaftsmarschall Marek Brzezin die Lebensqualität fördern, da diese wesentlich von den Unternehmen abhänge, die die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Sie seien die Intelligenz-Achse der Wirtschaft im südlichen Ostpreußen.

Das Regionale Entwicklungs-Programm stellt für die Entwicklung der Unternehmen 320 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist nicht wenig Geld für Innovationen, für neue Technologien, für eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt. Bevorzugt werden sogenannte intelligente Lösungen. Das sind die für die Entwicklung der Region wichtige Wasserwirtschaft, die Lebensmittelproduktion sowie die Holz- und Möbel-Industrie. Es geht um den Bau und die Entwicklung einer modernen Forschungs-Infrastruktur, um die Stärkung innovativer Firmen, um die Förderung der Unternehmen und damit um die Verbesserung der Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in der Woiwodschaft.

Strategisch wichtige Unternehmen fördern

An dem Geld dieser Fonds besteht ein hohes Interesse. Bis jetzt wurden drei Ausschreibungen ausgelobt, woraufhin 43 Anträge eingegangen sind. Davon waren nur zwei formell ordnungsgemäß gestellt. Brzezin rechnet damit, dass bei den weiteren Wettbewerben mehr richtig ausgefüllte Anträge eingehen werden. Im September werden zwei Wettbewerbe für die Innovation der Dienstleistungszentren und für Unternehmen in der ersten Phase ihrer Entwicklung ausgeschrieben, zum Beispiel für das Anmieten von Büros, Rechts- und buchhalterische Dienste. Im Oktober wird eine Ausschreibung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region folgen. Hierfür sind 24 Millionen Zloty (rund 5,5 Millionen Euro) vorgesehen. *PAZ*

Neue Festung Königsberg

Wladimir Putin besetzt Gouverneursposten mit Geheimdienstlern

Für die Menschen im Königsberger Gebiet war es ein Schock, als sie erfuhren, dass der Präsident Wladimir Putin ihren Gouverneur Nikolaj Zukanow am Donnerstag, dem 28. Juli, vorzeitig aus seinem Amt entassen hatte. Zukanow ist zwar offiziell auf eigenen Wunsch aus dem Amt geschieden, wie es in Russland übliche Praxis ist, wenn der Präsident Personaländerungen vornimmt. Doch anscheinend hat Zukanow selber nicht mit seiner Abberufung gerechnet, denn am Donnerstagmorgen standen noch der Besuch einer Arbeitsgruppe und die feierliche Einweihung eines Kindergartens in Insterburg auf seiner Tagesordnung. Der erste Termin wurde abgesagt, den zweiten nahm Bildungsministerin Swetlana Trusenjowa wahr.

Zum Interims-Gouverneur ernannte Putin Jewgenij Sinitschew, dem bisherigen Chef des Geheimdienstes FSB in der Königsberger Exklave. Über Sinitschews Biografie ist so gut wie nichts bekannt, außer dass er schon lange für den Geheimdienst arbeitet. 2015 übernahm er den Chefposten im nördlichen Ostpreußen. Die reguläre Wahl des Gouverneurs im Königsberger Gebiet wird 2017 stattfinden.



Bild: Nowyj Kaliningrad

Wenig ist über ihn bekannt: Jewgenij Sinitschew

Zukanow, der beim Volk beliebt ist, soll nun der Sonderbevollmächtige des Präsidenten in der nordwestlichen Region werden. Sein Vorgänger auf diesem Posten, Wladimir Bulawin, wird Leiter der Zollbehörde. Vor Kurzem wurde eine Säuberung in der Baltischen Flotte durchgeführt, der neben dem Kommandeur Viktor Krawtschuk 50 weitere Offiziere der Marine wegen Schlamperei zum Opfer fielen.

Über die Motive für das Personalroulette rätseln selbst die Politiker der Region. Kremlanhänger sehen die Gründe in der angespannten außenpolitischen Situation, die es notwendig mache, „neue Kompetenzen" in die Exklave zu holen, um die Sicherheit der Region zu garantieren. Oppositionelle glauben dagegen, dass die Installation eines FSB-Mannes an der Spitze der Region mit der bevorstehenden Parlamentswahl im September in Zusammenhang stehe. Putin wolle sich gegen alle Unwägbarkeiten absichern. Denkbar ist auch, dass Putin gegen die Nato-Manöver ein Signal der Stärke senden will.

Bezeichnend für Putins Angst vor Opposition ist die Tatsache, dass der Gouverneur im Jaroslawsker Gebiet ebenfalls durch einen „Silowik" (Geheimdienstler) ausgetauscht wurde. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist bemerkenswert, dass in der letzten Zeit die meisten an uns gerichteten Zuschriften von Lesern kommen, die erst spät vom „Ostpreußen-Virus“ befallen wurden, aber dann umso heftiger. Und eine weitere Eigenart der Schreiber ist, dass sie Nachgeborene der Erlebnisgeneration sind, mit dieser zumeist nur durch einen Elternteil verbunden, und manchmal ist es sogar eine „entfernte Verwandtschaft“ aus einer Seitenlinie, die den Stein ins Rollen bringt. Andere stellen erst im späteren Alter fest, dass ihre leiblichen Eltern aus einem der Vertriebenengebiete stammen, weil ihnen dieses durch die Adoptionseltern verschwiegen wurde, und dann ist der Wunsch groß, zu den eigenen Wurzeln zu finden. Bei den Jüngeren zwingt oft erst die Sichtung der Hinterlassenschaft ihrer Eltern oder Großeltern, sich mit der Herkunft zu beschäftigen, und dann ist das Bedauern groß, dass man als Kind nicht besser zugehört hat, wenn Opa oder Oma von ihrer Heimat erzählten. Manchmal hatten sich allerdings die Großeltern lieber in Schweigen gehüllt, weil sie selber von dem nicht verarbeiteten, bei der Flucht oder in Gefangenschaft Erlebten und Erlittenen blockiert waren, oder weil ihre Erzählungen auf taube Ohren stießen. Diese und noch weitere Gründe zusammengebündelt sind ein Beweis dafür, dass die Ostpreußische Familie auch über 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung ein breit gefächertes Aufgabengebiet zu erfüllen hat, wobei sie mehr denn je ihre Mitdenker und Mithelfer angewiesen ist.

Und dazu gehört nun einmal unser Landsmann **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt, der von sich selber sagt, er habe als Letzter seines Stammes eine gehörige Portion ostpreußischen Blutes in den Adern und das mache sich in seinem Denken und Handeln immer wieder bemerkbar. Deshalb können wir ihn ruhig „Landsmann“ nennen, obgleich sein Großvater bereits im Jahr 1890 „ins Reich“ ging, weil der Hof im Memelland ja nicht für alle Nachkommen Platz hatte und im Westen Arbeit und Brot warteten. So blieb er dort und heiratete ein rheinländisches Mädchen. Sein Sohn **Heinrich**, Vater von Bernd, nahm eine Niedersächsin zur Frau. Aber nicht die Verbindung zu dem Stammhof im Memelland gab für den Nachkommen den Ausschlag, sich so intensiv mit seiner Ahnenheimat zu beschäftigen, sondern ein Foto aus dem Kriegsjahr 1944. Es zeigt auf Streife gehende Soldaten auf einem Bahngeleise vor Insterburg, darunter auch – links im Bild – den Gefreiten Heinrich Dauskardt, der damals als Flak-Soldat zur Flugabwehr nach Ostpreußen abkommandiert worden war. Dieses Foto bestimmte immer stärker den Wunsch des Sohnes, selber den Spuren seines Vaters zu folgen, ihn bis zu seinem Grab nachzugehen, das sich jetzt auf dem Soldatenfriedhof in Königsberg befindet. Dass es noch weitaus mehr werden würde als eine Spurensuche, ahnte Bernd Dauskardt wohl nicht, als er zum ersten Mal in Ostpreußen weilte. Doch das soll er selber erzählen:

„Jetzt im Hochsommer vor 72 Jahren wirkte das alte Ordensland Ostpreußen noch wie eine Oase des Friedens und der Ruhe. Man ahnte noch nicht, welch ein Sturm bald in wenigen Monaten mit Tod und Verbrechen hereinbrechen sollte. So auch die auf diesem Bild Streife gehenden Soldaten auf einem Bahngeleise. Links geht mein Vater Heinrich Dauskardt. Im Oktober sollten dann diese Soldaten das quasi aus dem Boden gestampfte Fallschirmpanzergrenadier-Regiment 3 HG auffüllen. Den Grundstock bildete das Fallschirmjäger-Regiment 16-Ost. Diese Einheit ging im Januar 1945 im Endkampf um Ostpreußen unter.

Vor Jahren entdeckte ich im Hotel ‚Zum Bären‘ in Insterburg eine Groß-Skizze des Stadtgebietes, auf der auch die im Bild erkennbaren Geleise zu sehen waren. Sofort habe ich mich an Ort und Stelle davon überzeugt. Dabei kamen in mir wehmütige Gedanken auf. Ich erinnerte mich plötzlich an einen Brief des Vaters an meine Mutter aus dem Hochsommer 1944, in dem er schrieb: „Nach dem Krieg siedele ich wieder im Land meiner Väter!“ Der Sommer 1944 muss dort sehr schön gewesen sein, das haben mir viele Ostpreußen bestätigt. Auch mein Vater war in dem Brief von der Schönheit der Landschaft überwältigt, vor allem von den endlos scheinenden Getreidefeldern. Es kam alles anders. Die Wehrmacht war dem Ansturm der Roten Armee nicht gewachsen. Mein Vater wurde am 16. Januar 1945 bei den Kämpfen südlich von Gumbinnen schwer verwundet, er erreichte noch in einem Sanka (Sanitätskraftwagen) Königsberg, wo er verstarb. Seine Gebeine ruhen heute auf dem Soldatenfriedhof in Königsberg.“



Streifegehen auf den Geleisen vor Insterburg im Hochsommer 1944 Bild: privat

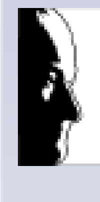
Auch **Reinhold Kalisch** hat mit großer Wahrscheinlichkeit das Grab seines Vaters gefunden und beendet damit eine lange Suche nach seinen Wurzeln, die nicht immer von Erfolg gekrönt war. Das muss man leider in Betracht ziehen, wenn man nach so langer Zeit auf die Suche nach möglichen Angehörigen geht, und Herr Kalisch gab sich auch keinen Illusionen hin, als er uns sein Anliegen vortrug. So war er nicht allzu enttäuscht, als kein Echo auf die Veröffentlichung kam: „... außer einem etwas seltsamen Anruf tat sich da nichts.“ Dafür war dann die Reaktion auf seinen Bericht über eine Reise durch Ostpreußen umso lebhafter. „Mittlerweile ist das Thema eigentlich für mich erledigt, ich habe halt meine Wurzeln in Ostpreußen und bin auch stolz darauf“, ist das Fazit seiner Bemühungen um die Erforschung seiner Herkunft. Was aber viel mehr zählt: Reinhold Kalisch kann nun glauben, das Grab seines Vaters gefunden zu haben. „Zumindest liegt auf dem Friedhof von Palmnicken ein gewisser **Rolf** Kalisch, der im Alter von 27 Jahren sein Leben in einem sinnlosen Krieg lassen musste“. Wenn er auch seine Suchbemühungen damit belassen will, wird er weiterhin ein treuer Leser unserer Zeitung bleiben. Dafür und für Ihre anerkennenden Worte für unsere Arbeit einen herzlichen Dank, lieber Herr Kalisch.

In der Erinnerung bleiben oft Redensarten aus der Kinderzeit haften, die sich im späteren Leben verlieren und dann plötzlich wieder da sind, weil sie durch irgendeine Situation geweckt werden. Das geschieht in meinem Fall recht oft, denn so manch ein Leserbrief enthält ein Wort, das nur in Ostpreußen gebräuchlich war – für den Schreiber aber unverständlich ist, weil diejenigen, die es sprachen, nicht mehr befragt werden können. Und so wendet sich auch Herr **Jürgen G.** an uns, weil dessen aus Elbing stammender Vater seine Kinder mit bestimmten Ausdrücken zu „schichern“ pflegte, an die er sich nur zu gut erinnert. So drohte er mit einem Wald, in dem es „Schlangen und Biskreten“ gab. Mit Letzteren wird er allerdings eher seine Sprösslinge gemeint haben, wenn die wieder was angestellt hatten, denn einer der gebräuchlichsten ostpreußischen Ausdrücke für freche Lorbasse ist „Beestkrät“, zumeist in der Mehrzahl „Beestkreeten“. Wenn zum Beispiel einige Bowkes beim Äpfel klauen erwischt wurden, drohte man ihnen: „Ihr verdammten Beestkreeten!“ Eines der gebräuchlichsten ostpreußischen Schimpfworte ist und bleibt „Kreet“, wobei je nach Alter und Geschlecht der betreffenden Person der passende Artikel verwendet wird. Es gab also „der, die oder das Kreet“. Die nächste Steigerung auf der Schimpfwortskala ist dann schon „Beestkreet“. In dem heiteren, in Reimen gehaltenen „Ostpreußischen ABC“ von **Siegfried Saßnick** – Vater von **Roswitha Kulikowski** – habe ich folgende Erklärung gefunden: „Ein Kreet ist giftig, Beest gemein, Beestkreet muss dann wohl beides sein.“ Ist es auch, und wird nur noch übertroffen von der Höchstform „Aaskreet“ – aber das ist dann schon eine schwere Beleidigung. Übrigens wurden nicht nur Menschen so beschimpft – der Ausruf „diese verdammten Beestkreeten“ konnte auch einer ausgebüxten Viehherde oder Hühnerschar gelten.

Im Falle von Herrn G. hat der Vater wohl seine Kinder vor dem Wald gewarnt, in dem es giftige Schlangen und Kröten gab – wobei man im Altpreußischen eher von „Nattern“ sprach. Soweit hätten wir seine erste Frage geklärt, aber es gibt da eben noch eine weitere, die sehr viel schwieriger ist. Der Vater pflegte seinen Sohn mitunter als „du alter Pendrollik“ anzureden. Diese Bezeichnung habe ich noch nie gehört, konnte sie auch trotz emsiger Suche in meinem reichhaltigen ostpreußischen Vokabular nicht finden. So muss ich also unsere Leserinnen und Leser befragen, ob sie diese Personenbezeichnung kennen. Sie könnte sich auf einen Menschen beziehen, der durch seine Originalität bekannt wurde und dadurch Eingang in den altpreußischen Sprachschatz fand. Es wäre auch möglich, dass der Ursprung im Namen eines der alten Prussengötter liegt – das P deutet darauf hin. Aber was soll's: Die Ostpreußische Familie wird es schon richten!

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Bild: Pawlik

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Klage in Krakau gegen ZDF-Autoren

Der dreiteilige deutsche Fernsehfilm »Unsere Mütter, unsere Väter« ist manchen Polen zu deutschfreundlich und zu polenkritisch

Mitte vergangenen Monats hat vor dem Krakauer Bezirksgericht in Abwesenheit der Angeklagten ein Zivilprozess gegen die Autoren des ZDF-Dreiteilers „Unsere Mütter, unsere Väter“ begonnen. Geklagt haben der 92-jährige Ex-Soldat der Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) und des regulären polnischen Heeres sowie Insasse des KZ Auschwitz Zbigniew Radłowski und Vertreter des „Weltverbandes der Heimatarmeesoldaten“. Sie werfen den ZDF-Autoren vor, die Kämpfer der polnischen Heimatarmee als Mitverantwortliche für den Holocaust und die Deutschen als Opfer des Krieges dargestellt zu haben. Für Radłowski sei der Film eine Lüge und eine bewusste deutsche Agitation, die einzig dem Ziele diene, einen Teil der Schuld für den Holocaust auf die Polen abzuwälzen, berichtete das Nachrichtenportal tvn24.pl nach dem ersten Prozesstag.

Dabei hatten die deutschen Filmproduzenten längst kleinlaut ihr Bedauern geäußert, dass der Film in Polen auf diese Weise von den Zuschauern aufgenommen werde. Der 2013 produzierte Fernsehfilm war am 17., 18. und 20. März jenes Jahres erstmals vom ZDF und ein viertel Jahr später vom polnischen Fernsehen ausgestrahlt worden. Damals erregte der Film in Polen die Gemüter vieler. Der damalige Intendant des polnischen Fernsehens, Juliusz Braun, wandte sich in einem Schreiben an den ZDF-Chef. Darin bemängelte Braun, der Film zeige fälschliche und ungerechte Vereinfachungen der polnischen Geschichte und der AK-Soldaten und die „polnischen“ Episoden hätten nichts mit der historischen Wahrheit zu tun. Auch Polens Botschafter in Deutschland, Jerzy Marganski, hatte sich beklagt, der Film stelle lediglich einen „schmerzhaften Rand des polnischen Widerstands“ dar, wenn ein jüdischer Hauptakteur im Film den Antisemitismus polnischer Partisanen der Heimatarmee zu spüren bekomme.

2013 hatte die Warschauer Bezirksstaatsanwaltschaft jedoch ein Ermittlungsverfahren wegen öffentlichen Brüskierens der polnischen Nation durch die Veröffentlichung des ZDF-Films im polnischen Fernsehen abgelehnt. Doch AK-Kombattanten blieben hartnäckig. Tadeusz Filipowski, der Sprecher des „Weltverbandes der Soldaten der Heimatarmee“, betonte gegenüber dem Nachrichtenportal tvn24.pl, die Protagonisten im Film würden Sympathien wecken. Der Streifen zeichne ein sympathisches Bild der deutschen Gesellschaft und die Film-Antisemiten wären eben die primitiven Polen.

Das Bild eines sympathischen Deutschen in einem „Kriegsfilm“ scheint für polnische Kombattanten eben noch nicht denkbar zu sein, genauso wenig wie Flecke auf der weißen Weste der Heimatarmee oder Deutsche, die eben auch Opfer waren. „Jeder Mensch erlebt, erinnert sich und gibt seine Geschichte anders weiter als die gemeinschaftliche Geschichte, die man durch Schulbücher und Sejmbeschlüsse bestimmen möchte. Man kann zwar über Inhalte in den Geschichtsbüchern streiten, aber über die geschichtliche Erinnerung der jeweiligen Menschen kann man nicht diskutieren“, sagte der Präsident des Dachverbandes der deutschen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, im Juli 2013.

„Unsere Mütter, unsere Väter“ wurde auch in Deutschland nach der Erstausstrahlung breit diskutiert – allerdings weitgehend als Reaktion auf polnische Befindlichkeiten, denn die Deutschen selber hatten keine. Auch nicht, als im Film, der wohl gemerkt im Zweiten Weltkrieg spielt, Einblendungen mit polnischen Ortsbezeichnungen der Gegenwart wie „Gliwice“, „Klodzko“ und „Raciborz“ erfolgten. Gleiwitz oder Glatz wurden so quasi schon im Krieg zu polnischen Städten. Auch, dass nahe von „Raciborz“ ärmlichste Holzhäuser mit Strohdächern gezeigt wurden, ließ nur die wenigsten Zuschauer an die Decke gehen und wurde von den Feuilletons der deutschen Einheitspresse erst gar nicht aufgegriffen.

Während also die unbestrittenen Skandale um den Film völlig verpufft sind, liefert der Prozessbeginn in Krakau einigen neuen Diskussionsstoff, auf den sich nun auch wieder die deutsche Diskussion voll einstellen dürfte. Die Kläger fordern eine Entschuldigung in allen TV-Anstalten, die den Film gezeigt haben. Sender, die den Streifen erst zeigen wollen, sollten vor dem Film eine historische Richtigstellung einblenden. Diese müsse beinhalten, dass für den Holocaust ausschließlich Deutsche schuldig seien, zitiert Onet.wiadomosci.pl Monika Brzozowska, die Anwältin der Kläger.

Den Prozess in Krakau begleitet medial die Stiftung „Schanze des Guten Namens – Polnische Liga gegen Verleumdungen“ (Fundacja Reduta Dobrego Imienia – Polska Liga przeciw Znieslawieniom, RDI). Eine Liga, die sich für die Interessen der Schlesier, Pommern, Ost- oder Westpreußen im Kontext des Filmes einsetzt, gibt es hingegen nicht.

Chris W. Wagner



ZUM 102. GEBURTSTAG

Marek, Maria, geb. **Rettkowski**, aus Ohmswalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hungerecker, Rudi, aus Dammfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borchardt, Grete, geb. **Huck**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 6. August
Flemming, Helmut, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 9. August
Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August
Rimek, Erich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 11. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bülte, Käthe, geb. **Wessel**, aus Elchdorf, Kreis Samland, am 7. August
Draasch, Käte, aus Pillau, Kreis Samland, am 9. August
Gehrau, Alfred, aus Elchtal, Kreis Labiau, am 6. August
Glinka, Gerhard, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Goetzke, Werner, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 6. August
Hartmann, Elli, geb. **Rudat**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. August
Hartmann, Luci, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. August
Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 9. August
Koropp, Sönnlin, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 11. August
Mutz, Erna, geb. **Meyer**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 6. August
Nerreter, Waltraut, geb. **Gallin**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 7. August
Rudas, Elisabeth, geb. **Weber**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. August
Vogel, Hilde, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 7. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buch, Emilie, geb. **Broska**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Pehrs, Hildegard, geb. **Gudducsh**, aus Tilsit, am 10. August
Ramuschat, Elfriede, geb. **Wrobel**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 8. August
Voss, Else, geb. **Matheuszik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August
Zornig, Edith, geb. **Fuhrmann**, aus Wehlau, am 8. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Esing, Elfriede, geb. **Bembennek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Fischer, Gerhard, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. August
Gäßler, Gerda, geb. **Bomke**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August
Judjohn, Erika, geb. **Schröder**, aus Watzum, Kreis Samland, am 3. August
Klemme, Erna, geb. **Zitzewitz**, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 1. August
Klimaschewski, Ursula, geb. **Zielinski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August
Noetzel, Bruno, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 11. August
Senkbeil, Otto, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 5. August
Steinbacher, Margarete, aus Stärken, Kreis Ebenrode, am 11. August
von Treuenfels, Ruth, aus Schönfeld, Kreis Preußisch Holland, am 10. August
Zywietz, Hildegard, geb. **Amenda**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. August
Burchard, Hans-Georg, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 5. August
Döge, Elisabeth, geb. **Kühnemann**, aus Königsberg, am 8. August
Dombrowski, Helmut, aus Bobern, Kreis Lyck, am 8. August
Drippe, Waltraud, geb. **Wieczorek**, aus Ortelsburg, am 5. August
Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August
Grunewald, Kläre, geb. **Gutzeit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 7. August
Hoffmeister, Edith, geb. **Naguschewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. August
Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August
Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August
Stullich, Susanne, geb. **Zans**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 7. August
Ulke, Elisabeth, geb. **Kühne**, aus Stullichen, Kreis Angerburg, am 5. August
Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August
Zwaschka, Friedel, geb. **Thomas**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brünjes, Ruth, geb. **Wisbar**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 7. August
Froh, Elli, aus Lyck, am 9. August
Gonschorrek, Liselotte, geb. **Taetz**, aus Pillau, Kreis Samland, am 9. August
Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August
Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 6. August
Marek, Emma, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Reuther, Elfriede, geb. **Kreuzenstein**, aus Groß Hubnicken, Kreis Samland, am 2. August
Rosenfeld, Werner, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, am 5. August
Sawatzki, Paul, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 9. August
Schlittke, Willi, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. August
Schmidtke, Elisabeth, geb. **Kaulbars**, aus Mülsen, Kreis Samland, am 8. August
Waida, Ida, aus Sentken, Kreis Lyck, am 7. August
Wutz, Herta, geb. **Josun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahlbrecht, Hildegard, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. August
Czybulka, Emmy, aus Treuburg, am 9. August
Droischt, Erika, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, am 11. August
Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August
Neumann, Fritz, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. August
Poltermann, Eleonore, geb. **Steinau**, aus Zinten, Wilhelmstraße, Kreis Heiligenbeil, am 7. August
Waldner, Otto, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Acker, Irmgard, geb. **Sdorra**, aus Lyck, am 7. August
Altenberend, Gerda, geb. **Dunkel**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 11. August
Bischoff, Hildegard, geb. **Köppe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 9. August
Bohne, Ursula, am 10. August
Eixmann, Irene, geb. **Stahl**, aus Schuckeln, Kreis Ebenrode, am 8. August
Gall, Renate, geb. **Regehr**, aus Schreitlacken, Kreis Samland, am 8. August
Hechler, Eva, geb. **Barnowski**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Hoeft, Margot, aus Borowitz Mühle, Kreis Neidenburg, am 6. August
Hoyer, Wilfried, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 5. August
Jerosch, Magdalene, geb. **Elian**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. August
Kerstan, Gerhard, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 7. August
König, Gerda, geb. **Preuss**, aus Laptau, Kreis Samland, am 9. August
Koske, Heinz-Dietrich, aus Pillau, Kreis Samland, am 8. August
Kostrewa, Lothar, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. August
Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. August
Lewandrowski, Heinz, aus Neidenburg, am 9. August
Neitsch, Hildegard, geb. **Bloch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Newetzki, Gerhard, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August
Patz, Alfred, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Petzold, Helga, geb. **Dömke**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 10. August
Prus, Johannes, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. August
Rosowski, Anneliese, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Scharfenort, Georg, aus Salza, Kreis Lötzen, am 7. August
Schelp, Eva, geb. **Ogeit**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 7. August
Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 10. August
Schroll, Maria, geb. **Gwisda**, aus Laurentenhof/Rummau, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Seidel, Rudolf, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 9. August
Seidler, Klara, geb. **Wosing**, aus Wehlau, am 8. August
Switalski, Johanna, geb. **Gertulla**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Wolff, Günther, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 8. August
Wrobel, Kurt, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 5. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arlinck, Wolf-Dieter, aus Lyck, am 11. August
Barsties, Bernhard, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. August
Born, Inge, aus Rastenburg, am 7. August
Bosch, Erika, geb. **Gurklies**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 11. August
Conradt, Siegfried, aus Conradswalde, Kreis Samland, am 2. August
Gierschner, Helga, geb. **Schuhmacher**, aus Powayen, Kreis Samland, am 10. August
Klingelhöfer, Edeltraut, geb. **Klahr**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. August
Koyro, Dr. Hans Georg, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 10. August
Lüth, Edeltraud, aus Neidenburg, am 10. August
Milewski, Horst, aus Lyck, am 11. August
Moyzyczyk, Ursula, geb. **Aschendorf**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. August
Piasta, Oskar, aus Lyck, am 5. August
Rosteck, Horst, aus Lyck, am 8. August
Ruttkowski, Werner, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 5. August
Schekelmann, Evelyn, geb. **Bordasch**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. August
Schimmelpfennig, Gerd, aus Königsberg, am 6. August
Schmidtmann, Ruth, geb. **Grube**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 9. August
Stelter, Leni, geb. **Rogalski**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 10. August
Toffel, Hildegard, geb. **Kaminski**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. August
Willutzki, Kurt, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 8. August
Zielasek, Dr. Adelbert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Ziener, Irmgard, geb. **Laws**, aus Schönwiese und Radau, Kreis Heiligenbeil, am 10. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Auler, Brigitte, geb. **Schadwill**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 8. August
Behringer, Brigitte, geb. **Dobat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. August
Karstens, Renate, geb. **Preuß**, aus Wolfsberg, Kreis Elchniederung, am 6. August
Kindt, Erika, geb. **Hundertmark**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. August
Masuhr, Erika, geb. **Schröter**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. August
Osygus, Kurt, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Patz, Günter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Rabitz, Erna, geb. **Walter**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 10. August
Schumacher, Doris, geb. **Arndt**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 9. August
Seibt, Hannilore, geb. **Kurschat**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. August



Kruschinski, Erhard, und Ehefrau Sigrid, geb. **Podufal**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 6. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Feier im Volkshaus

Landesweiter Tag der der Heimat in Anklam

Am Sonnabend, 3. September, wird in Anklam der 25. landesweite Tag der Heimat festlich begangen. Beginn ist um 10 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt). Aus Oberschlesien werden der Trachtenchor „Heimatklang“ Cosel-Klodnitz und das Blasorchester Radoschau in Anklam auftreten. Die Festansprache hält Bruno Kossak, langjähriger Sejm-Abgeordneter für die Deutsche Minderheit in Polen. Auch das Mecklenburger und Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten hat für diesen Tag traditionsreiche Volkstänze aus der Heimat einstudiert. Zu diesem Jubiläum sind alle Landsleute und Heimatfreunde von nah und fern nebst Angehörigen und Interessenten herzlich nach Anklam eingeladen. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze ist gesorgt. Alle Heimatgebiete sind ausgeschildert. Erwartet werden über 600 Besucher.

Über 600 Besucher in Anklam erwartet

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 6. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 225 Jahren: Das Brandenburger Tor wird eingeweiht.
SONNABEND, 6. August, 17.30 Uhr, Tagesschau24: Der Kampf um die Windräder.
SONNABEND, 6. August, 22.20 Uhr, Sixx: Böseckendorf – Die Nacht, in der ein Dorf verschwand. TV-Dokudrama, D 2009.
SONNTAG, 7. August, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Aufgedeckt: Mysterien der Geschichte (5): Das Bernsteinzimmer. Dokumentation, USA 2010.
SONNTAG, 7. August, 21.12 Uhr, Tagesschau24: Prof. Dr. Joseph Leo Koerner: Hieronymus Boschs Feindschaft.
MONTAG, 8. August, 23 Uhr, ARD-alpha: Vieler Herren Häuser (1): Das Bundeskanzleramt. Dokumentation, A 2016.
DIENSTAG, 9. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 500 Jahren: Der niederländische Maler Hieronymus Bosch wird begraben.
DONNERSTAG, 11. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 210 Jahren: Friedrich Wilhelm III. verfügt die Gründung einer Preußisch-Königlichen Blindenanstalt.
DONNERSTAG, 11. August, 9.30 Uhr, HR: Das Lied der Deutschen – Geschichte einer Hymne.
DONNERSTAG, 11. August, 20.15 Uhr, NDR: Die Memel – Stiller Fluß mit bewegter Geschichte.
DONNERSTAG, 11. August, 20.15 Uhr, Pro Sieben: The Social Network: Satiredrama über Mark Zuckerberg, USA 2010.
DONNERSTAG, 11. August, 23.30 Uhr, HR: Der Banker – Master of the Universe. Finanzmarktdokumentation, D/A 2013.
FREITAG, 12. August, 12.30 Uhr, Einsfestival: Käthe Kruse. TV-Drama, D/A 2015.
FREITAG, 12. August, 14.15 Uhr, BR: Lintum – Grünes Land am Ostseestrand.
FREITAG, 12. August, 22 Uhr, 3sat: Der große Gatsby. Literaturverfilmung, USA 1974.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg laden recht herzlich zu den 62. Angerburger Tagen am 17./18. September in die liebenswerte Kreisstadt Rotenburg (Wümme) ein. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 62. Angerburger Tage am Sonnabend, 17. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in öffentlicher Sitzung die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung). Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2017 und die Wahl eines Kassenprüfers. Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die Ernennung eines Kreisältesten stehen.

Um 13 Uhr starten wir vom Kreishaus aus zu einer Kaffeefahrt. Es ist ein Kostenbeitrag von unverändert zehn Euro pro Person für Kaffee/Tee und Kuchen einschließlich Busfahrt zu entrichten. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 7. September nötig.

Ab 15.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen und sich mit Freunden und Bekannten treffen wollen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird uns die Präsidentin des Löns-Verbandes, Monika Seidel aus Walsrode, den am 29. August 1866 in Culm geborenen Dichter Hermann Löns, vorstellen. Anschließend lassen wir den Tag in geselliger Runde ausklingen.

Die Angerburger Tage werden am Sonntag, den 18. September fortgesetzt. Ab 9.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule geöffnet. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr in der Aula der Schule. Oberstudiendirektorin Iris Rehder vom Ratsgymnasium in Rotenburg (Wümme) wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde treffen sich alle Heimatfreunde in der Mensa der Schule. Dort besteht Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kuchen sowie Kaffee, Tee und andere Getränke angeboten.

Am Sonnabend und Sonntag ist das Angerburger Zimmer (Heimatstube) mit Archiv und Geschäftsstelle am Standort, Weicheler Damm 11 von 13 bis 16 Uhr für interessierte Besucher geöffnet. An anderen Tagen ist ein Besuch nach vorheriger Absprache möglich. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 157 (Juni 2016) auf den Seiten 46/47 veröffentlicht. Dort sind auch die Übernachtungsmöglichkeiten aufgeführt. Es empfiehlt sich, die Zimmerbestellung möglichst umgehend vorzunehmen.

Die Angerburger Tage bieten Raum für Begegnungen und gute Gespräche. Durch Ihren Besuch der 62. Angerburger Tage am 17./18. September tragen Sie dazu bei, dass die 800-jährige Geschichte und Kultur unserer Heimat Ostpreußen nicht in Vergessenheit gerät. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer und eine angenehme Anreise.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Kreistagssitzung und Treffen der Ostpreußen

Am Freitag, 12. August, findet um 17 Uhr im Hotel am Schloßplatz in Winsen (Luhe) die öffentliche Kreistagssitzung statt. Am Sonnabend lädt die Kreisgemeinschaft Schlossberg dann zusammen mit der Kreisgemeinschaft Schlossberg sowie den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg zum Ostpreußentreffen nach Winsen. Das Programm finden Sie auf Seite 18 unter Schlossberg.

Versammlung der Mitglieder

Am Sonnabend, 13. August, findet im Rahmen des Ostpreußentreffens auch die ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft statt. Die Mitglieder treffen sich um 14 Uhr im Clubzimmer der Stadthalle Winsen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf auf Elsa Landmann

Die Landsleute aus der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – und besonders die gebürtigen Zintener - trauern um Elsa Landmann, geborene Lenz. Sie verstarb am 2. Juni in Überlingen am Bodensee. Elsa Landmann wurde am 2. April 1920 in Zinten als Tochter des Lehrers Heinrich Lenz und seiner Ehefrau Martha, auch eine Lehrerin in Zinten, geboren. Nach ihrer Eheschließung mit dem Diplomlandwirt Walter Landmann aus Schwerte/Ruhr und der Flucht aus Ostpreußen lebte das Ehepaar dann Jahrzehnte in Schwerte. Bald nach dem Tod ihres Mannes zog Elsa Landmann an den Bodensee in die Nähe ihrer Tochter.

Nie hat Elsa Landmann ihr liebes Zinten, ihr Ostpreußen, vergessen. Schon 1949 besuchte sie mit ihren Eltern das große Bundestreffen der neugegründeten Landsmannschaft Ostpreußen in Hannover. In späteren Jahren wurden mehrere Kreistreffen der Heiligenbeiler in Schwerte abgehalten. Die Organisation der Zintener Gastronom Pelikahn, der hier wieder ein Hotel mit Restaurant führte. Natürlich war Elsa Landmann tätige Teilnehmerin. Ihre wirkliche tatkräftige, ehrenamtliche Mitarbeit in unserer Kreisgemeinschaft nahm Elsa Landmann jedoch erst Mitte der 70er Jahre auf. Sie übernahm das Ehrenamt „Stadtvertreterin für Zinten“ und wurde somit Mitglied im Heiligenbeiler Kreistag. Der schriftliche Kontakt zu zahlreichen Zintener Familien bestand bereits seit Jahrzehnten. 1983 erfolgte die Übergabe dieser ihr sehr lieb gewordenen erfolgreichen Aufgabe an den neuen Zintener Stadtvertreter Heinz Schley. Kreisvertreter Siegfried Pelz hatte Elsa Landmann für den Kreisausschuss (seit 1986 Vorstand) vorgeschlagen. In der Versammlung in Burgdorf 1983 wählten die Mitglieder sie als Beisitzerin in das Führungsgremium der Kreisgemeinschaft. Die Ämter, die von nun an zu ihrem Aufgabenbereich gehörten, waren sehr interessant, aber auch zeitaufwendig. Es waren: die Schriftleitung unseres Heimatblattes, die Leitung des Archivs, der Heimatstube und die Organisation/Erarbeitung der Sonderausstellungen mit Standtort „Burgdorfer Heimatmuseum. Die von Elsa Landmann veröffentlichte erste Ausgabe des Heimatblattes war die Folge 29/1984. Durch das Heimatblatt erfolgte ein populärer Bekanntheitsgrad in der Kreisgemeinschaft, aber auch im seinerzeitigen Kreis der etwa vierzig „Schriftleiter der Heimatbriefe-Heimatblätter“ der in der Landsmannschaft Ostpreußen organisierten Kreise genoss Elsa Landmann hohes Ansehen.

Unsere Landsmännin hat Hervorragendes geleistet. Es war eine Freude, mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie war Trägerin der Silbernen und Goldenen Ehrennadel unserer Kreisgemeinschaft. Im Jahr 1998 endete ihre offizielle, aktive Zeit. Sie gab ihren selbst gewünschten Abschied in einem Bericht im Heimatblatt Folge 43/1998 bekannt.

Ein treues, ostpreußisches Herz hat aufgehört zu schlagen. Wir nehmen Abschied. Vorstand und Landsleute sagen noch einmal Danke. Treue üben ist Tugend, Treue erfahren ist Glück!

Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am vierten Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft 24. August. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



LÖTZEN

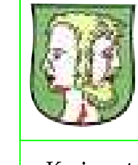
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Burgen des Deutschen Ordens

Sonnabend, 20. August 2016, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung), 15.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“. Eine Gemäldeserie von Reinhard Bergmann aus Weißenfels. Der Künstler ist anwesend. Den Einführungsvortrag hält Dr. Manuel Ruoff von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung.*



Lötzen: Auch das Gemälde der Ordensburg Liebemühl wird in der Ausstellung zu sehen sein Bild: Bergmann



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreistreffen

Am 27. und 28. August findet das 62. Lycker Kreistreffen in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen statt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt jetzt schon alle Lycker aus Stadt und Land zur Teilnahme an diesem Treffen herzlich ein. Die Veranstaltungen finden, wenn nachstehend nichts Abweichendes vermerkt ist, im sogenannten Sinfonium der Stadthalle Hagen, Wasserloses Tal 2, statt. Das Programm:

Sonnabend, 27. August

13 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Hagener Rathaus,Rathausstraße 13

15 Uhr: Öffnung der Stadthalle

17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen

19 Uhr: Heimatabend

Sonntag, 28. August

9.30 Uhr: Öffnung der Stadthalle

11 Uhr: Feierstunde

Dazu gehört auch der Programmpunkt „Lyck früher, Lyck heute“, eine Bilderpräsentation von Dr. Rafal Zytyniec, wissenschaftlicher Mitarbeiter des historischen Museums in Lyck.

13 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Clubraum 1 der Stadthalle in Hagen

Lyck einst und heute in Bildern

14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein

18 Uhr: Ausklang

Liebe Landsleute,

bitte kommen Sie, vor allem an Sonntag, 28. August, zahlreich nach Hagen. Sie zeigen damit, dass wir noch da sind. Besonders hinweisen möchte ich, auf die Präsentation von Rafal Zytyniec vom historischen Museum in Lyck. Sie soll gerade auch den älteren Leuten, die nicht mehr in die Heimat fahren können, ein lebendiges Bild, der heutigen Stadt vermitteln. Es werden in diesem Jahr nicht so viele Reden gehalten, sondern Bilder gezeigt!

Noch ein Tipp: Wenn Ihnen die Reise allein aus Altersgründen zu beschwerlich scheint, bitten Sie (soweit vorhanden) Ihren Enkel oder Ihre Enkelin, Sie nach Hagen zu fahren.

Wir haben die Erfahrung, dass Enkel dieses gern tun. Sie wollen nur angesprochen werden. Im Umkreis von etwa 200 Kilometern, darin liegen Städte wie Bremen, Hannover, Kassel und Frankfurt, ist es möglich, ohne Übernachtung nach Hagen zu kommen. Morgens hin, spät nachmittags zurück. Also auf Wiedersehen in Hagen!

Ihre Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Wichtige Termine

Sonntag, 14. August: 700-Jahr-Feier des Dorfes Miswalde (Mysliece) an der Sorge

Sonnabend, 17., und Sonntag, 18. September: Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Zimmerbuchungen unter Telefon (05723) 798110 bei Familie Pittack oder bei der Tourist-Information, Telefon (05723) 748560.

Sonnabend, 17. September: Öffentliche Kreistagssitzung. Einladungen werden fristgemäß verschickt. Die Feierstunde und die Mitgliederversammlung erfolgen am 18. September. Wir laden

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, die ehemaligen „Jungen Liebstädter“ und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen.

Nachruf auf Ursula Dronsek

Am 2. April 2016 ist Ursula Dronsek, geborene Rahn, im Alter von 78 Jahren verstorben. Ursuka Dronsek war langjährige Kreisbetreuerin der Mohrunger Gruppe in Berlin. Die Mitglieder der Berliner Gruppe begleiteten sie am 10. Mai auf ihrem letzten Weg und nahmen Abschied in Berlin. Für die langjährige Arbeit danken wir und bewahren ein ehrendes Gedenken. *Bernd Krause, Kreisbetreuer*



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

350-Jahr-Feier in Lindenort

Mehr zufällig stieß ich beim Durchblättern und Sortieren meiner Buchsammlung auf die Stiftungsurkunde des Dorfes Radzin-Lipowitz von 1666. Bei der Betrachtung der Jahreszahl errechnete ich bis heute einen Zeitraum von 350 Jahren, und damit war das Jahr 2016 ein Jubiläumsjahr meines Heimatortes.

Nach einigen Gesprächen entschloss ich mich, sofort eine Chronik zu erstellen. Es fehlten mir aber Informationen aus der Zeit nach 1945 über die Entwicklung des Dorfes. Es gelang mir recht schnell, einen Bericht über diese Zeit von der heutigen Lehrerin Anna Prusinska zu bekommen. Diese Gesamtdarstellung stellte ich dem „Heimatboten“ zur Verfügung und schickte ein Exemplar an die Schule in Lindenort (Lipowiec). Von dort erhielt ich die Nachricht, dass im Dorf eine Veranstaltung vorbereitet wird. Anfang Juni 2016 erreichte mich eine Einladung dazu von der Gemeinde. Die Veranstaltung war für den 18. Juni vorgesehen. Stattfinden sollte sie auf dem Erholungsplatz am „Orliku“ (Adler). Mit Hilfe meiner Tochter und meines Bruders, machten wir uns am 16. Juni auf den Weg.

Folgendes Programm erwartete uns, laut einer Anlündigung, die meiner Einladung beigelegt war:

12 Uhr: Heilige Messe in der Kirche in Lipowiec gemeinsam mit der Ehrenkompanie 8 des Ortelsburger Bataillon Radiotechnik aus Lipowiec.

13.30 Uhr: Umzug auf den Dorfstraßen

14 Uhr: Feierliche Eröffnung der 350-Jahresfeier von Lipowiec. Auftritt des Blasorchesters der Musikschule „Frederic Chopin“ aus Ortelsburg. Vorführung der Kinder der Vorschule Jana i Malgosi in Lipowiec. Vorstellung der Tätigkeiten der Jugend im ZS in Lipowiec

16 Uhr: Erbsensuppe aus der Feldküche

17 Uhr: Konzert „The DMOKS“, „Contrast“

19 bis 23 Uhr: Tanz „Musical Vitamins”. Außerdem: Bogenschießen (Konvent der Bogenschützen aus Ortelsburg),

Ausstellung von Waffen und Technik des 8. Bataillons der Radiotechnik in Lipowiec. Fotografische Ausstellung „Lipowiec einst und jetzt“,. Buchkrammarkt, Verkostung heimischer Speisen und Getränke, Boxer-Schule, Kinderspiele, Eintragungen in das Erinnerungsbuch.

Rechtzeitig standen wir am Sonnabend, 18. Juni, um 12 Uhr vor der Kirche. Dort warteten schon verschiedene Abordnungen mit ihren Fahnen, unter anderem eine Ehreneinheit aus der Kaserne Lipowiec. Im Eingangsbereich der Kirche begegneten wir dem örtlichen Pfarrer, der uns trotz aller Gegenwehr zu den ersten Bänken führte, die für Ehrengäste vorgesehen waren. Nach Einzug der Ehrenkompanie und anderer Verbände mit ihren Fahnen, begann die katholische Messe. Allerdings verstand ich sehr wenig. Danach sprach der Probst zum Dorfjubiläum sehr eingehend, und auch hier verstand ich dies nur teilweise. Wie andere Teilnehmer mir anschließend mitteilten, war der Inhalt sehr ausgewogen und politisch neutral. Wir wurden als ehemalige Dorfbewohner angesprochen und mit unseren Namen begrüßt. Entscheidend wohl der Schwerpunkt in dieser Ansprache, auf die seit Jahrhunderten hier lebenden Menschen gesetzt. Jene Menschen also, die das Dorf bis in die heutige Zeit geprägt haben.

Nach dem Ausmarsch der Teilnehmenden zogen alle zum Festplatz neben der Schule. Es war alles gut organisiert über Zelte, Bühne bis zur Technik, einer Fotoausstellung mit Bildern der polnischen, aber auch der deutschen Zeit. Die „Ortsbürgermeisterin“ oder „Soltisowa“ begrüßte viele Gäste aus dem Landkreis vom Militär, den Verbänden, den Sponsoren und auch uns als Deutsche und ehemalige Einwohner des Dorfes.

Nach der Ehrung zahlreicher Einwohner, begann das vorgesehene Unterhaltungsprogramm unter Mitwirkung des Militärs, der Schulen und der Vereine. Bei kostenlosem Essen und Trinken, fanden untereinander intensive Gespräche statt. Die Teilnahme der örtlichen Militäreinheit in der Kirche, am Umzug, an der Ausstellung und an der dörflichen Feier, war für mich eine ungewohnte Erfahrung. Zur Eintragung in das Erinnerungsbuch, wurden wir nicht aufgefordert.

Im Vorgespräch am Telefon wurde ich um eine kurze Ansprache gebeten und hatte auch zugesagt. Ich hätte nur Grüße als Vertreter der ehemaligen Einwohner Lindenorts überbringen und danken wollen für die persönliche Einladung. Ich wollte zum Ausdruck bringen, dass ich es begrüße, dass man Interesse für die lange Vorgeschichte des Dorfes habe und ich Wert auf persönliche Beziehungen lege. Am Vorabend der Veranstaltung aber bat man mich, diese Absicht aufzugeben, um jeglichen Problemen durch irgendwelche Äußerungen und Aktionen aus dem Wege zu gehen. Aus persönlichen Gesprächen und der Stimmung vor Ort hatte ich keine Anzeichen feststellen können.

So tat ich es nicht vom Rednerpult aus und beschränkte mich auf persönliche Gespräche. Mein Eindruck war, dass man recht gut weiß, dass hier deutsches Gebiet war und deutsche Menschen hier lebten und ein erfolgreiches Leben führten und man versteht, dass Überlebende noch heute dieses Dorf, als ihre ehemalige Heimat ansehen. Abschließend möchte ich feststellen, dass die Verbindung zur deutschen Vergangenheit bei einigen wenigen Menschen auf Interesse – insbesondere bei der jüngeren Generation – stößt, aber wieder verblassen wird. Für die heutigen Bewohner ist das ihre Heimat und für die Nachkommen ehemaliger Lindenorter ein Ort im heutigen Polen. *Christoph Chilla*



Ortelsburg: Besucher der Jubiläumsfeier in Lindenort waren Jürgen Zera (v.r.), Vertreter der Kreisgemeinschaft, Christoph Chilla mit seiner Tochter Dorothea, Jürgen Zeras Begleiterin Ella sowie Edmund Kucinski, Vorsitzender der deutschen Minderheit in Ortelsburg Bild: privat



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Versammlung der Mitglieder

Am 17. September 2016 um 14 Uhr findet anlässlich des Hauptkreistreffens in der Stadthalle, Garderobenkeller, in Osterode am Harz unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautet wie folgt:

1) Eröffnung
2) Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 20. September 2015 in Osterode am Harz
3) Entgegennahme des Jahresberichtes des Kreisvertreters
4) Entgegennahme der Jahresrechnung 2015
5) Bericht der Rechnungsprüfer
6) Genehmigung des Jahresberichts des Kreisvertreters und der Jahresrechnung.
7) Erteilung der Entlastung des Vorstandes
8) Neuwahl des Vorstandes
9) Wahl der Rechnungsprüfer
10) Konstituierung des Vorstandes
11) Bekanntgabe des Ergebnisses der Konstituierung des Vorstandes
12) Verschiedenes

Der Vorstand bittet alle Landsleute um eine zahlreiche Teilnahme und insbesondere um ein rechtzeitiges Erscheinen zur Mitgliederversammlung. Weitere Einzelheiten siehe Folge 125 der Osteroder Zeitung.

Edgar Steiner, Vorsitzender und Kreisvertreter

Wahlkandidaten

Kandidatenliste für die Neuwahl des Vorstandes (in alphabetischer Reihenfolge):
- Buschalsky, Horst
- Czichon, Waldemar
- Dempwolff, Dr. Uwe
- Gieseler, Burghard
- Masuhr, Klaus
- Schweda, Uwe

Kandidatenliste für die Wahl der Rechnungsprüfer (in alphabetischer Reihenfolge):
- Behrendt, Günther
- Rehberg, Heinz
- Silz, Klaus



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Hauptkreistreffen

Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden am 20. und 21. August zum 60. Hauptkreistreffen nach Wesel. Das Programm:

Sonnabend, 20. August

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus am Hotel Kaiserhof zum Friedhof

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube

14 Uhr: Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotels Kaiserhof.

19 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel. Musikalische Begleitung durch den Männergesangsverein „Bleibtreu“ aus Hamminkeln.

Sonntag, 21. August

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakkenbrucher Straße 82,

10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel

14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle

Musikeinführung durch die Blasmusik Lackhausen

Begrüßung durch den Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff

Gemeinsames Singen von „Land der dunklen Wälder“

Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und von Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel

16 Uhr: Großer Zapfenstreich mit der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg

16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein

Kreistagssitzung und Versammlung der Mitglieder

Zum 60. Hauptkreistreffen gehören auch eine Mitgliederversammlung und eine Kreistagssitzung. Beginn ist am Sonntag, 21. August, um 11 Uhr in der Niederrheinhalle. Die Tagesordnung:

• Begrüßung durch den Kreisvertreter
• Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr
• Bericht des Kreisvertreters
• Kassen- und Prüfungsbericht
• Entlastung des Vorstands und der Kassenführung
• Haushaltsplan 2017
• Heimatbrief „Rund um Rastenburg“
• Bildband
• Rastenburger Treffen 2016 und 2017
• Verschiedenes

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung der veranstaltung sind bis zum 10. August einzureichen.

RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Bischoffsburger Heimatfreunde

18. bis 21. August, Münster: Treffen der Bischoffsburger-Heimatfreunde im Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Organisation, Information und Anmeldung bei Horst Ehlert, Arnsberg, Telefon (02931) 7323.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Friedrich-Wilhelm-Oberschule

Einen Tag vor dem Ostpreußentreffen am Sonnabend, 13. August, treffen sich dort bereits die Ehemaligen und Freunde der Friedrich-Wilhelm-Oberschule (FWO) im Cubzimmer der Stadthalle in Winsen (Luhe). Los geht's um 11 Uhr. Vorgesehen ist ein gemeinsames Mittagessen und eine Kaffeetafel. Am Abend um 19 Uhr begeht die Schülervereinigung FWO dann eine gemeinsame Feierstunde. Anlass sind zwei Jubiläen: 50 Jahre Patenschaft mit dem Gymnasium Winsen und 70 Jahre Schülervereinigung FWO.

Kreistagssitzung

Am Freitag, 12. August, findet um 16 Uhr in der Heimatstube, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe) die öffentliche Kreistagssitzung statt.

Ostpreußentreffen

Auf nach Winsen an der Luhe! Die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode sowie die Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg laden für Sonnabend, 13. August, zum Ostpreußentreffen. Hier das Programm:

9.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Waldfried-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

hof durch Kurt Perrey, Pfarrer im Ruhestand

10.30: Feierstunde

– Begrüßung und Totenehrung durch Michael Gründling, Vertreter der Kreisgemeinschaft Schlossberg

– Chorgemeinschaft „Singzirkel und Männerchor Winsen“

– Andacht mit Kurt Perrey

– Grußworte der Ehrengäste

– Festvortrag von Hans Heckel, Redakteur der *PAZ*

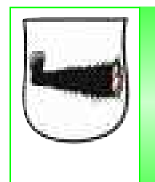
12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen und Plachandern

14 Uhr: Ordentliche Mitgliederversammlung von Ebenrode im Clubzimmer der Stadthalle

14 Uhr: Buntes Rahmenprogramm mit der Kindergruppe des Volkstanzkreises Winsen und Hans-Peter von Deyn (Akkordeon). Wolfgang Tietze berichtet über „Erfahrungen bei Hilfsleistungen für Nord-Ostpreußen“.

16.30 Uhr: Öffnung der Heimatstuben Schloßberg und Ebenrode, Rote Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen.

18.30 Uhr: Veranstaltungsende



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

51. Kreistreffen

Noch einmal erinnern wir an unser diesjähriges Kreistreffen, das am Sonntag, dem 21. August, in unserer Patenstadt Remscheid stattfindet. Wir hoffen, die Sensburger aus Stadt und Land haben diesen Termin längst eingeplant. Wir freuen uns über den Besuch von jedem Teilnehmer. Durch sein Erscheinen trägt er dazu bei, dass Ostpreußen und unser Kreis Sensburg nicht vergessen werden. Interessierte Freunde und Bekannte sowie Mitglieder anderer Kreisgemeinschaften sind herzlich eingeladen und willkommen. Vielleicht gelingt es auch, Enkelkinder, die ihre Großeltern, die nicht mehr selbst Auto fahren wollen, nach Remscheid bringen, davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, selbst an dem Treffen teilzunehmen und dadurch mehr von der Heimat ihrer Großeltern und Eltern zu erfahren, Auf Wiedersehen am 21. August in Remscheid!

Ortstreffen in Eberbach

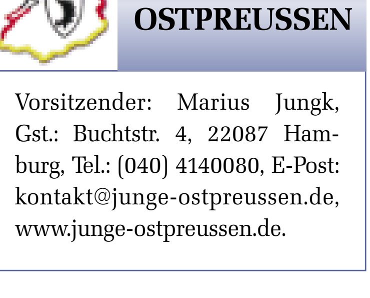
Vom 24. bis 27. Juni fand im Eberbach/Neckar – wieder im gastlichen Hotel „Krone-Post“ – das 31. Treffen der Heimatgemeinden Steinhof und Groß Steinfelde statt. Am Samstag, dem Haupttag, wurde nach der Begrüßung durch Bertold Hirsch traditionsgemäß unserer lieben Verstorbenen gedacht, zu denen in diesem Jahr leider auch Irene Jelonnek, die Ehefrau von Helmut Jelonnek, gehörte. Das feierliche Gedenken fand einen würdigen Abschluss durch das gemeinsame Singen des Ostpreußenliedes und des ostpreußischen Heimatliedes „Gode Morgen“ von unserem früheren Bürgermeister Fritz Hirsch sowie das Verlesen seines besinnlichen Gedichtes „Friedenssehnen“.

Eine erfreuliche Mitteilung erhielt ich von G. Erdmann; Ein Investor aus Österreich hat in Bischofsburg mit der Gründung eines Unternehmens 45 neue Arbeitsplätze geschaffen, was, so hoffen wir, auch unseren in der Heimat Masuren gebliebenen Landsleuten zugutekommen wird. Aus gesundheitlichen Gründen ist die Zahl der Besucher unseres Treffens kleiner geworden. Dennoch war die Stimmung bei Wein, Kaffee und Kuchen fröhlich und herzlich, hervorgerufen unter anderem auch durch die humorvollen Geschichten, die von Bertold Hirsch vorgelesen wurden.

Bei dem sonntäglichen Kirchenbesuch war die Begrüßung durch den Pastor, der – vor der Gemeinde – die Besucher unseres Heimattreffens mit „aus Ostpreußen stammend“ ansprach, wieder sehr wohltuend. Für manche der jüngeren Kirchgänger mag es neu gewesen sein, zu erfahren, dass Deutsche nach Deutschland geflüchtet sind.

Jetzt freuen wir uns auf unser nächstes Treffen in der Hoffnung, dass die Teilnehmerzahl wieder größer wird. Das 22. Ortstreffen Steinhof und Groß Steilfelde findet von Samstag dem 1. Juni bis Montag den 13. Juni 2017 wieder in Eberbach/Neckar im Hotel Krone statt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“. Weitere Informationen finden Sie unter: www.facebook.com/events/1032910313418878/ 2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de /47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Metzingen – Nach fast zweijähriger Planungs- und Bauzeit hat Alexander Müller ein in Süddeutschland einmaliges, architektonisch interessantes und hochwertiges Museums- und Ausstellungsgebäude geschaffen. Im Haus „Welt der Kristalle“ in Dietingen werden über 750 Objekte mit mehr als 30 Tonnen Gewicht aus über 45 Ländern der Erde gezeigt. Die Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern in Metzingenhatte hatte sich dieses lohnenswerte Ziel als erste Anlaufstation für ihren Jahresausflug gewählt.



Metzingen: Die Ausflügler der Kreisgruppe vor dem Kristallmuseum Bild: Dietingen

Wie immer bei den gemeinsamen Touren entwickelte sich schnell eine gemütliche und fast familiäre Atmosphäre. Dazu trägt wesentlich das kleine zweite Frühstück auf der grünen Wiese bei. Jeder Teilnehmer wird dabei am gedeckten Tisch zu Kaffee, Kuchen, belegten Semmeln, kalten Getränken und guten Gesprächen eingeladen.

Danach ging es dann in die abgedunkelte Welt der Kristalle. Die Ausflügler erlebten und staunten über uralte Schätze unserer guten Mutter Erde und darüber, wie man ihre Eingeweide ans Tageslicht holt und ins Licht setzt. Alexander Müller und seine Ehefrau Birgit haben mit eigenem Geld dieses Museum der anderen Art geschaffen. Er hat sich längst zum Experten entwickelt Die Welt der Kristalle zeigt zum Beispiel in vielen Millionen Jahren zu Stein gewordenen Wald, gefunden in Arizona. Aus den versteinerten Baumstämmen wurden faszinierend schöne, farbige Steinplatten gearbeitet, die in verschiedenen Farben erlesene Kunstwerke ergeben und zum Beispiel in Tischplatten eingearbeitet werden. Ebenso bezaubern tonnenschwere Riesenkristalle aus südamerikanischer Erde. Das unbestrittene Prachtstück ist eine über vier Meter große Amethystdruse, die im Sommer 2009 in einem uruguayischen Bergwerk herausgeschält wurde. Birgit Müller empfahl am Ende der Führung noch einen Museumsfilm, den Alexander Müller selbst in den Fundgebieten gedreht hat. Die Dokumentation des Elends der armen Schürfer, die in selbstgebauten Löchern mit primitiven Ausstattungen nach Steinen buddeln, stimmte alle ziemlich nachdenklich.

Spaß machte das gut organisierte und geschmacklich feine Mittagessen im Landgasthof Rössle in Irslingen. Als Kontrastprogramm zum Naturerlebnis wirkte danach der Halt am mit 244 Metern höchsten Turm von Baden-Württemberg in Rottweil ziemlich ernüchternd. Der Turm ist ein Wunder der Technik und sieht aus, als würde er sich in den Himmel schrauben. Letztes Jahr wurde er dort von der Thyssen-Krupp AG gebaut. In diesem Hochgeschwindigkeitsaufzug sollen die Aufzüge für Wolkenkratzer getestet werden. Der Turm ist höher als der Fernsehturm, Seine 232 Meter hohe Aussichtsplattform wird die Höchste Deutschlands sein.

Heinz Scheffler sprach seiner Gruppe aus dem Herzen, nach diesem Kontrastprogramm, den Nachmittag in Freudenstadt mit einem gemütlichen Kaffeehausbesuch ausklingen zu lassen.

Gerda Haushalter

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 13. August: Gemeinsames Treffen der Gruppe. Weitere Informationen erteilt Hans-Jürgen Jahnke, Telefon (0731) 57219.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 10. August, 15 Uhr, Café St. Barbara, Am Schloßberg: Heimatlicher Nachmittag mit gemütlicher Kaffeetafel. Waltraud Abraham wird aus „Mutter Ostpreußen“ von Agnes Miegel vorlesen.

BAYERN

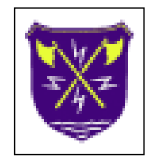
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 16. August, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“, Badstraße 16: Zusammenkunft.



THÜRINGEN

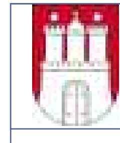
Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404,



Königsberg – Freitag, 12. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann Georg Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 494 44 04



HAMBURG

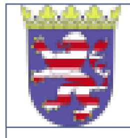
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 13. August, 10.30 bis 18.30 Uhr, Schützenhaus Winsen (Luhe), Luhdorfer Str. 29c, 21423 Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen. Informationen zum Programm siehe unter Kreisgemeinschaft Schloßberg, Seite 18. Weitere Auskunft unter Telefon (04171) 73118.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Die Sommerpause neigt sich dem Ende zu und wir hoffen, dass alle eine schöne und entspannte Zeit bei guter Gesundheit verbringen konnten. Wir freuen uns auf unsere erste Zusammenkunft die am 13.August um 15 Uhr wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, in Kranichstein stattfindet.

„Die wichtigsten Medizin- und Ernährungsmythen“ ist unser Thema an diesem Tag. Franziska Raschke, Pro-Senior-Referentin, wird diesen Vortrag halten, und wenn gewünscht auch Fragen beantworten. Über eine rege Teilnahme am Treffen würden wir uns sehr freuen. Allen Kranken wünschen wir gute Besserung und eine baldige Genesung.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung sprach nach Begrüßung und Kaffeetrinken Lothar Hoffmann über Gustav Friedrich Dinter, den „Lehrer aller Volksschullehrer“ in Ostpreußen. Angeregt zu dem Referat hatte ihn ein Artikel in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vom Februar 2015. Da Dinter außer Lehrer auch evangelischer Pfarrer war, kam Lothar Hoffmann auf die Idee, die Bibliothek des theologischen Seminars im Herborner Schloss aufzusuchen, um dort nachzusehen, ob man etwas über Dinters Wirken, vor allem in Königsberg, finden könnte. Und er fand dort einige von Dinters schriftstellerischen Werken, dazu ein Buch von Laura Frost mit dem Titel „Ostpreußische Leute“, das sich unter anderem mit Dinter beschäftigt. Sie schreibt in ihrem Vorwort: „Dinter, der Wahlostpreuße, war einer der volkstümlichsten Männer der Provinz Ostpreußen, obwohl er nur die 15 letzten Jahre seines Lebens in Königsberg verbrachte. Er war bereits 56 Jahre alt, als er aus seinem bisherigen Wirkungskreis in Sachsen nach Königsberg berufen wurde, um sich des Schulwesens in Ostpreußen anzunehmen.“

Gustav Friedrich Dinter wurde am 22. Februar 1760 in Borna bei Leipzig geboren. Nach der Schule studierte er evangelische Theologie und Philologie, und wurde Volksschullehrer. In Sachsen war er an drei verschiedenen Schulen nacheinander tätig. In Königsberg arbeitete er als Schulrat und reiste regelmäßig zu Revisionen aller Volksschulen in Städten und Dörfern in seinem Bezirk. Seine Revisionsreisen machte er meist zu Fuß. Es gibt ein Bild, von ihm, nach der Mode der Zeit gekleidet – darauf legte er wohl großen Wert – da schreitet er rüstig dahin in Lederstiefeln, langem Rock, Zylinder auf dem Kopf, mit einem kräftigen Stock, in der Hand und die Akten unter dem Arm. Seine Wege führten ihn mit Leuten aus allen Kreisen zusammen, er war überall bekannt und geachtet, Kinder liebten ihn. Ihnen gegenüber fühlte er sich als Vater, und er freute sich, wenn sie keine Angst vor ihm hatten, sondern auf seine Fragen offen und ungescheut antworteten. Die Erwachsenen sahen in ihm einen Freund, und guten Berater. Dinter liebte an der ostpreußischen einfachen Bevölkerung besonders ihren Humor.

Mit 69 Jahren schrieb Dinter seine Lebensgeschichte. Er war nicht ehrgeizig und strebte nicht nach Auszeichnung und Lob, sondern die Triebfeder seiner Tätigkeiten für den Schulbetrieb waren seine Liebe zum einfachen Volk, dem er zu einer guten Bildung verhelfen wollte, und vor allem, seine Liebe zu den Kindern. Dazu mussten aber zuerst die Lehrer gut sein, die zu der Zeit oftmals ausgediente Soldaten oder Handwerker waren, die kaum lesen und schreiben konnten. Dinter sorgte dafür, dass die angehenden Lehrer gut ausgebildet wurden, dass sie Verständnis für die Sorgen und Nöte der Kinder hatten, dass sie darauf eingingen, und dass sie vor ihrer endgültigen Anstellung als Lehrer in Unterrichtsproben ihr Können und Wissen beweisen konnten. Noch lange nach seinem Tode hing bei den Familien vieler seiner ehemaligen Schüler ein Bild von Dinter. So war er lange nicht vergessen, bei seinen Schülern, deren Eltern und bei den von ihm ausgebildeten Lehrern.

Die nächste Monatsversammlung findet wegen der Schulfe-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

rien erst am Mittwoch, dem 31. August statt. Dann wird Hans-Joachim Naujoks eine DVD über die Ostseeküste und die Kurische Nehrung zeigen.

Ingrid Nowakiewitsch, Schriftführerin

Wiesbaden – Wenn die Fahne mit der Elchschaufel vor der Wiesbadener Kleingartenanlage „Am Wasserwerk“ aufgezogen ist, versammeln sich die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zu ihrem traditionellen Sommer-Gartenfest, wobei an diesem Nachmittag das gesellige Beisammensein im Vordergrund steht.

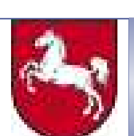
Bei sommerlich warmen Temperaturen ließ es sich unter den schützenden Markisen gut aushalten, zumal sich die 60 Gäste den Kaffee und den gewohnt köstlichen Kuchen von der Konditorei Gehlhaar - (einst Königsberg, Pr.). schmecken ließen. Zwischendurch war genügend Zeit zur Unterhaltung und zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen.

Musikalisch hielt das Gesangstrio mit Mathias Budau, Ute Etz und Markus Hübenthal die Festgesellschaft bei guter Laune und lud mit bekannten Stimmungsliedern zum Mitsingen und Schunkeln ein. Die Königsbergerin Brigitta Büring trug mit ihrem Mundharmonika-Spiel und dem ostpreußischen Volkslied „Ännchen von Tharau“ ebenfalls zur Unterhaltung bei. Vergnügliche Abwechslung bereitete ein Würfelspiel, bei dem die ersten drei Gewinner vom Vorsitzenden Dieter Schetat mit Sektgeschenken belohnt wurden.

Den krönenden Abschluss bildeten gegen Abend die frisch gegrillten Steaks und Würste mit hausgemachtem Kartoffelsalat. Weil es allen gut geschmeckt hatte, erhielten der rührige Grillmeister und das fleißige Küchenpersonal allerseits Lob und Anerkennung – verbunden mit einem Präsent der Landsmannschaft. Wie am Ende zu hören war, freuen sich die Besucher schon auf das Sommer-Gartenfest im nächsten Jahr.



Wiesbaden: Landsmann Helmut Zoch zieht die Fahne mit der Elchschaufel auf. Das Sommerfest kann beginnen Bild: privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Am Sonnabend, 12. August lädt die Landesgruppe Niedersachsen zum Ostpreußentreffen nach Winsen (Luhe). Veranstaltet wird das Ereignis gemeinsam mit der Landesgruppe Hamburg sowie den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schlossberg. Das Programm finden Sie auf Seite 18 unter Kreisgemeinschaft Schlossberg.

Osnabrück – Freitag, 19. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 11. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird der im Kreis Stallupönen / Ebenrode geborene Werner Gitt, emeritierter Professor und ehemaliger Direktor an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig, unter anderem über seine Kindheit in Ostpreußen und die Flucht berichten. Interessierte Gäste aus Nah und fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. – Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste sind herzlich willkommen. egal ob männliche oder weiblich. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Bonn – Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche und die Mitglieder der anderen landsmannschaftlichen Gruppen in Bonn haben eigene Erfahrungen von Flucht und Vertreibung. Sie sehen sich deshalb besonders berufen, sich mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik auseinanderzusetzen und zur Diskussion zu stellen, wie Deutschland und – von Bonn aus gesehen – vor allem Nordrhein-Westfalen mit der aktuellen Einwanderungs- und Flüchtlingswelle fertig werden.

Die Kreisgruppe Bonn der Landsmannschaft Ostpreußen hatte hierzu den Abgeordneten aus dem nordrhein-westfälischen Landtag Gregor Golland, CDU, nach Bonn-Beuel ins Haus am Rhein eingeladen. Er selbst ist Kind einer ostpreußischen Familie und im Innenausschuss des Landtages, Damit ist er sowohl persönlich wie auch als Politiker mit dem Thema Flucht und Vertreibung vertraut.

Er knüpfte zunächst an die speziellen Erfahrungen seiner Zuhörerschaft an. Es sei sachlich falsch und nicht fair, wenn man die gegenwärtige Fluchtwelle mit der Vertreibung der Deutschen vermischt. Die deutschen Vertriebenen werden negiert. Das ärgert. Es ist auseinanderzuhalten, dass die deutschen Vertriebenen als Deutsche aus Deutschland nach Deutschland kamen und unser Kulturerbe mit erschaffen haben. Die heute aus Kriegsgebieten als Flüchtlinge und Vertriebene nach Deutschland kommen, kommen aus anderen Kulturen.

Den Menschen, die auf der Flucht sind, muss man helfen. Im gegenwärtigen Fall haben aber zunächst einmal die anderen arabischen Länder die Pflicht zu helfen. Dort, wo die Probleme entstehen, sind sie zu lösen. Wenn es darum geht, der Gefahr von Leib und Leben zu entrinnen, sind sie schon sicher, wenn sie dem Kriegsgebiet entronnen sind. Ihre Situation ist sicherlich schlimm. Sie kommen aus furchtbaren Bürgerkriegen. Haben sie aber berechtigte Asylgründe oder sind es wirtschaftliche Gründe? Sind sie Schutzsuchende oder einfach Zuwanderer? Nicht jeder kann kommen. Auf seinem Weg aus dem Kriegsgebiet ist ihm schon viel früher zu helfen.

Am ehesten brauchen unseren Schutz die Schwachen, die Frauen und Kinder. Es kommen zu uns aber vor allen die Starken und jungen Männer, die die Strapazen eines langen Weges auf sich nehmen können. Unmoralisch ist es, sie willkommen zu heißen, weil sie unserem Arbeitsmarkt nutzen. Sie sollten besser ihrem Land nahe bleiben, um es so bald wie möglich wieder aufbauen zu können und ihm zu dienen. Ziel muss sein, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und denen temporären Schutz zu bieten, die Schutz brauchen.

Als Mitglied des Innenausschusses des Landtages macht sich Golland insbesondere auch große Sorgen über die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Das liegt nicht so sehr an der Polizei selbst, sondern an der Polizeiführung zum Beispiel durch das Innenministerium unter Minister Jäger. Es fehle insbesondere an der personellen und sonstigen Ausstattung der Polizei sowie der fehlenden Rückendeckung durch die politisch Verantwortlichen. Schon vor den Kölner Ereignissen habe Golland im Innenausschuss gefordert, gegen die Antänzer in Köln vorzugehen, aber lediglich Hohn und Spott geerntet. Die Sorge gilt oft mehr den Tätern. Sie zu resozialisieren, werden alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um die Opfer aber kümmert man sich nicht.

Spätestens die Silvesterereignisse in Köln haben eine Wende in der Asylpolitik gebracht und die Willkommenskultur in Misskredit gebracht. Die zwischenzeitlich erlassenen Asyl- und Integrationsgesetze sind richtig. Aber das Problem wird nicht gelöst werden, wenn die Gesetze nicht konsequent angewendet werden. Hierzu ist es notwendig, sich ehrlich zu machen. Man muss das Problem benennen, dann überlegen, was man dagegen tun kann und es dann auch machen. Wir müssen unsere Freiheit und unsere Werte verteidigen. *E. M*

Dortmund – Mittwoch, 13. August, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Katholischen St. Franziskus Gemeinde, Franziskaner Straße 3, 44143 Dortmund: Die Kreisgruppe Dortmund wird auch in diesem Jahr den Tag der Heimat im Wesentlichen gestalten und prägen. Sie lädt alle Mitglieder und Gäste herzlichst zu einem gemeinsamen besinnlichen Nachmittag in Eintracht und im Gedenken an die ostdeutsche Heimat ein. Die Gedenkveranstaltung startet ab 14.30 Uhr mit einem gemütlichen Kaffee-und Kuchenessen. Der offizielle Beginn ist ab 15.30 Uhr. Der Veranstaltungsort ist gut über Bus und Bahn erreichbar. Vor dem Gemeindehaus hält die U-Bahn 43

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Stein mit eingeschnittenem Bild – vereinsamt, allein – Streckenverlegung – eine Verbeugung machen (sich …) – eine Empfehlung geben – Anwärter, Bewerber – schwedische Insel – beißender Spott – ordnen, festlegen – Wintersporttrainer – deutsche Schauspielerin (Barbara) – Fremdwortteil: halb (lat.) – Vorrichtung zum Heizen, Kochen – polizeiliche Großaktion – Polargewässer – klangvoll, volltönend – Kunde, Warenabnehmer – Schmetterlingslarve – Edelgas – US-Präsident: … Clinton – Bundesstaat der USA – Schwarzdrossel – Gliederung – deutscher Philosoph – Platzmangel, Raumnot – Fischfanggerät – Riese – besitzanzeigendes Fürwort – Kanton der Schweiz – prahlerisch reden (ugs.) – Stadt in Indien – griechische Göttin – Wirkstoff im Tee – musterhaft, vollkommen – Burg in der Eifel – innerasiatisches Gebirge – Nahrung des Wildes – amerikanischer Ureinwohner – hawaiianischer Gruß – Handwerkervereinigung – zustellen, verteilen – Fluss durch Berlin – britischer Sagenkönig – Feldertrag – viersitziger Pferdewagen – erzieherische Härte – hochbegabter Mensch – chem. Zeichen für Gallium – Nachtvogel – Göttertrank; Blütensaft – knabbern – Wirtschaftsblockade – Schreibwarenartikel – Wettkampfstätte; Manege – keinesfalls, nie und nimmer – asiatisches Reitervolk – nicht ehrlich; nicht fair – kleiner Karpfenfisch, Pfrille – Strafe; Sühneleistung – Speisenfolge – Weltreligion – Ruhe, Schweigen – noch außerdem – spanisches Volksfest – heiter, vergnügt – sportlich in Form – Musical von A. Lloyd Webber – dickes Seil – runde Schneehütte – elektronisches Schaltmodul – Rollschuhläufer (engl.) – kleines Lasttier – französischer Strom – brüchig, aufgesprungen – Fischeier – ein Sternbild – Gartenblume – ein Marder – ein Ostafrikaner – vielfarbig – Gerät (Sensor) zum Aufspüren – belgischer Kurort – Spaß; Unfug – Hindernis beim Springreiten – Porzellanstadt in Oberfranken – Aufzug, Fahrstuhl – Abk. für technische Universität – Fütterungsverfahren – norddeutsch: schälen – Äbtissin – kräftig; mächtig – eine Zahl – Fuß- oder Handrücken

PAZ16_31

So ist's richtig:

G U V A H S S O
EISMEER SONOR KAEUFER
AMSEL RAUPE HELIUM E A
MO EINTEILUNG LEIBNIZ
DELHI EE RA EUER I DZ
I TEIN ANGEL H ALTAI
AESUNG INDIANER ALOHA
STRENGE DT G LEAR EO
ET GENIE AUSTRAGEN L
NAGEN PZ ARENA
UNLAUTER HUNNEN
U L MENUE T KD
NEBENBEI FIESTA
IGLU A CATS TAU
RS FROH LOIRE
RISSIG TE A L R
DETEKTOR SOMALI
LZ A OXER SELB
MAESTUNG LIFT TU
I PELLEN OBERIN
STARK NEUN RIST

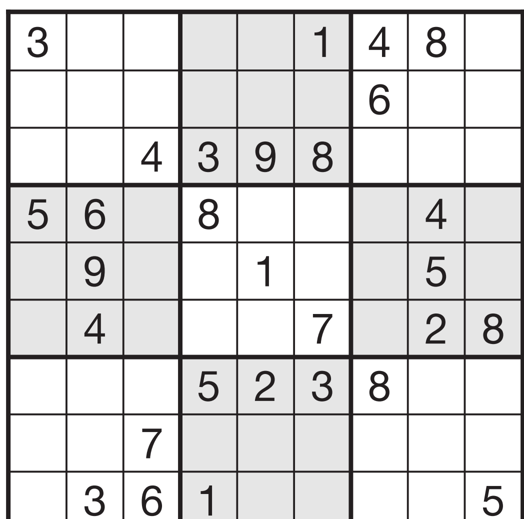
Diagonalrätsel: 1. diffus, 2. Tamtam, 3. einmal, 4. Unsinn, 5. wollen, 6. Nickel – Daniel, Samson

Kreiskette: 1. Paneel, 2. Manege, 3. Kamera, 4. vakant, 5. kulant – Panamakanal

Sudoku:

3	2	5	7	6	1	4	8	9
9	8	1	2	4	5	6	7	3
6	7	4	3	9	8	5	1	2
5	6	2	8	3	9	7	4	1
7	9	8	4	1	2	3	5	6
1	4	3	6	5	7	9	2	8
4	1	9	5	2	3	8	6	7
2	5	7	9	8	6	1	3	4
8	3	6	1	7	4	2	9	5

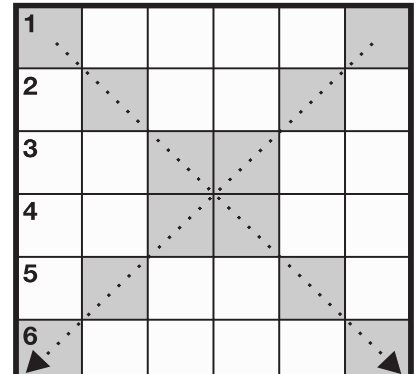
Sudoku



3					1	4	8	
						6		
		4	3	9	8			
5	6		8				4	
	9			1			5	
	4				7		2	8
			5	2	3	8		
		7						
	3	6	1					5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



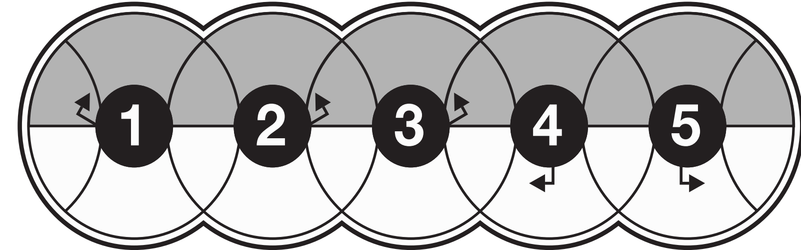
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Namen aus dem Alten Testament.

1 verschwommen
2 Gong; Becken
3 nicht öfter
4 Unfug, Dummheit
5 den Wunsch haben
6 Schwermetall

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine mittelamerikanische Wasserstraße.

1 hölzerne Wandvertäfelung, **2** Zirkusarena, **3** Film-, Video- und Fotoapparat, **4** offen, unbesetzt, **5** entgegenkommend



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

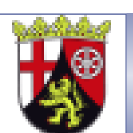
(Haltestelle Funkenburg). Zudem halten dort die Buslinien 452 und 456 (Haltestelle Funkenburg). – Montag, 15. August, 14.30 Uhr, Heimatstube, Langrafenschule (Eingang Märkische Straße): Treffen der Ostpreußen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 18. August, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln" sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Wesel – Sonnabend, 20., bis Sonntag, 21. August, Niederrhein-Halle: 60. Rastenburger Hauptkreistreffen (Siehe Seite 17).

Witten – Montag, 15. August, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6 bis 10: Berichte über Reisen nach Ost- und Westpreußen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 25. August, 14.15 Uhr, Mainz/Fischtor (Anlegestelle der Primus-Linie): Nachmittagsfahrt mit dem Schiff in den Rheingau. Rückkehr gegen 17.05 Uhr (Ankunft Maint/Fischtor).



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 18. August, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Gert Kayser. Der „Stadtjäger" erzählt von seinen Erlebnissen. Weitere Informationen: Regina Gronau, Telefo n (0451) 267069.

Flensburg – Sonnabend, 6. August, 11 Uhr Kirche St. Nikolai, Flensburg: Orgelkonzert zur Marktzeit. Anschließend gemeinsames Mittagessen im Restaurant Borgerforenigen.

Mölln – Termine zum Vormerken: Mittwoch, 24. August, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Karl-Heinz Requard hält einen Vortrag über Friedrich den Großen. Es wird nicht nur um seine geschichtlich bedeutenden Taten gehen, sondern vor allem auch um Anekdoten, Sprüche und Randbemerkungen dieses Königs. – Donnerstag, 1. September: Tagesausfahrt ins Brandenburgische. Zuerst geht es nach Wustrau zum Preußenmuseum. Im durch Fontane bekannten Ortsteil Ribbeck der Stadt Nauen klingt die Tour bei einer Tasse Kaffee und Kuchen aus. – Sonntag, 18. September: „Lustiger Nachmittag" mit einem Ausflug nach Elmshorn zur Dittchenbühne. Aufgeführt wird die Kriminalkomödie „Der Fluch des Bernsteinzimmers" von Raimar Neufeldt.



Uetersen: Schauspieler Herbert Tennigkeit kommt am 10. August Bild: privat

Neumünster – Mittwoch, 10. August, 13.30 Uhr: Stadtrundfahrt im Bus mit der Stadtführerin Rita Peglow. Abfahrt ist um 13.30 Uhr hinter dem Finanzamt, Kaffee trinken dann um 15.30 Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmelden bitte bis zum 3. August unter Telefon (04321) 82314.

– **Vorankündigung** –

Sonntag, 4. September, 13.30 Uhr: Ausflug zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Einstieg ist hinter dem Finanzamt. Anmeldung und Information unter Telefon (04321) 82314 bitte bis zum 20.August.

Uetersen – Freitag, 10. August, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Vergnüglicher Nachmittag mit dem bekannten und beliebten Schauspieler Herbert Tennigkeit.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Ein spannender Besuch

Die Vor- und Frühgeschichte Ostpreußens in 50 000 Dokumenten

Sehr gern möchte ich Sie ganz herzlich in das Archäologische Zentrum der Staatlichen Museen zu Berlin einladen. In ihm befindet sich auch das Archiv des Berliner Museums für Vor- und Frühgeschichte und innerhalb dessen das Archiv des ehemaligen Prussia-Museum Königsberg, dessen Akten aus dem Kreis Heiligenbeil Sie dankenswerter- und verdienstvollerweise im vergangenen Jahr für unser Museum transkribiert haben."

So lautete das Schreiben, mit dem Archivleiter Horst Junker die 91-jährige Gisela Hannig aus Friedrichshafen zu einem spannenden Besuch nach Berlin bat. Ein Dankeschön für ihre ehrenamtliche Arbeit. Die Friedrichshafenerin, die in Balga im Kreis Heiligenbeil geboren wurde, gehörte zu den Helfern, die vor zwei Jahren einen Aufruf in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* gefolgt waren. Die *PAZ* hatte berichtet, dass vom Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte ehrenamtliche Mitarbeiter gesucht werden, die Dokumente transkribieren. Ein wichtige Aufgabe, denn es handelt sich um Schriftstücke aus der legendären Königsberger Prussia Sammlung. Es ist die größte und reichhaltigste Museumssammlung zur Vor- und Frühgeschichte Ostpreußens. Der Zweite Weltkrieg ließ auch diesen Kulturschatz nicht unbeschadet zurück. Teile wurden 1949 nach Berlin in die Akademie der Wissenschaften überführt, wo sie mehr als 40 Jahre im Keller lagerten. Erst nach der deutschen Wiedervereinigung wurden sie wiederentdeckt und dem Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte übergeben. Seit 1992 werden die rund 45 000 archäologischen Objekte und rund 50 000 Blatt Dokumentation geordnet und neukatalogisiert.

Viele der handgeschriebenen Texte sind in der deutschen Kurrentschrift wie zum Beispiel Sütterlin verfasst. Um sie auch heutigen Interessenten zugänglich machen, werden sie von fleißigen ehrenamtlichen Helfern übersetzt. Es sind vor allem interessierte Ruheständler und Pensionäre. Gisela Hannig war lange Zeit eine von ihnen. Kopien, der zu transkribierenden Dokumente, bekam sie nach Friedrichshafen geschickt. Klar war die Neugierde daher groß, auch einmal zu sehen, wo die wertvollen Schriftstücke, denn eigentlich im Original aufbewahrt werden. „Mein Enkel begleitete mich auf der Flugreise. Man bereitete uns im Museum einen besonders netten Empfang", schreibt die langjährige Abonnentin der *PAZ*. *FH*



„Den kenn ich doch!": Mit Archivleiter Horst Junker stöberte Gisela Hannig in den Dokumenten. Einige aus Heiligenbeil hatte sie vorher als Kopie zugeschickt bekommen und dann aus der Kurrentschrift transkribiert Bild: privat

Mit dem Forum Baltikum der Hanse auf der Spur

Die Koggen der Hanse beherrschten von Mitte des 12. bis Mitte des 17. Jahrhunderts Ost- und Nordsee. Einfluss und Macht des Bundes der niederdeutsche Kaufleute reichten von Nowgorod und Reval bis Brügge und London. Das Elmshorner „Forum Baltikum" bietet vom 4. bis zum 10. September die Bildungsreise „Auf den Spuren der Hanse" an. Stationen der Fahrt mit einem modernen Reisebus sind Lübeck, Wismar, Greifswald, Danzig, Karlskrona, Kalmar, Oskarshamn, Visby, Nynäshamn, Stockholm, Gränna, Landskrona und Kopenhagen. In Lübeck findet zur Einstimmung ein Besuch des Hansemuseums statt.

Die Reiseleitung liegt in den Händen von Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt. An Bord des Busses findet sich auch ein Arzt. Weitere Einzelheiten: www.dittchenbuehne.de unter dem Menüpunkt „Bildungsreisen" oder per Telefon im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne" unter (04121) 89710.

Lüneburg: Theater im Güterzug

Ein ungewöhnliches Theaterstück zum Thema Flucht und Vertreibung hat das Ostpreußische Landesmuseum nach Lüneburg geholt. Die Schauspielertruppe „Das Letzte Kleinod" ging auf Spurensuche in Russland, Polen und Deutschland. Sie befragten Zeitzeugen, wie sie als Kind Flucht und Vertreibung erlebten. Daraus entstand ein dokumentarisches Theaterstück, das in einem Güterzug an zehn Bahnhöfen in Polen und Deutschland aufgeführt wird. Warum die Theatermacher in Lüneburg auftreten, erklärt Museumsmitarbeiterin Silke Straatmann: „Nach dem Krieg gehörte Niedersachsen zu den Hauptansiedlungsgebieten von Geflüchteten aus Ostpreußen. Lüneburg und Umgebung wurde damals sogar ‚Klein-Ostpreußen' genannt." Aufgeführt wird das Stück im Museumsbahnhof jeweils zweimal täglich am Dienstag (9.), Mittwoch (10.) und Donnerstag (11. August). Beginn ist um 19 und 20 Uhr. Weitere Informationen: www.das-letzte-kleinod.de

Pater Rossi Superstar

In Brasilien steht die größte Kirche Lateinamerikas für 100 000 Gläubige – Ihr Padre ist prominenter als jeder Olympiasieger

Die Welt blickt auf Brasilien, den Austragungsort der diesjährigen Olympischen Spiele. Hier bekommt man neben den sportlichen auch architektonische und klerikale Superlative geboten. In São Paulo hat der katholische Priester Marcelo Rossi, Schlagerstar und Idol der Charismatischen Erneuerung Brasiliens, die größte Kirche Lateinamerikas gebaut.

Als Kind wollte Marcelo Rossi wie viele brasilianische Jungen Formel-I-Rennfahrer werden, wurde dann aber Sportlehrer und ist heute bekannter als jedes Sportidol in ganz Lateinamerika. Ausgerechnet unweit der Formel-I-Rennstrecke von Interlagos bei São Paulo hat der 45-jährige Priester des Bistums Santo Amaro für seine Gottesdienste eine neue Kirche für 100 000 Gläubige bauen lassen. In die bisherige, eine umgebaute Fabrikhalle, passten „nur" 30 000. Sie platzte buchstäblich aus allen Nähten. Das neue von Rossi geplante und finanzierte größte Gotteshaus Brasiliens wird auch eine Kathedralkirche des 1989 geschaffenen Bistums Santo Amaro im Süden São Paulos. Der Bischof von Santo Amaro, Dom Frei Fernando Antônio Figueiredo, gilt als ein großer Förderer und als der geistige Begleiter von Pater Rossi. Oft zelebrieren die beiden gemeinsam die Charismatischen Gottesdienste, die sonnabends über den Fernsehsender „Rede Vida" und sonntags über den Sender „Rede Globo" in ganz Brasilien Millionen Menschen vor die Bildschirme locken.

Wegen dieser Kirche ist das Bistum Santo Amaro das einzige Bistum in ganz Brasilien, das kräftig wächst, nicht schrumpft wie alle anderen. Wegen Rossi kehren Gläubige zur katholischen Kirche zurück, statt weiter in großer Zahl zu den sehr aktiven und mit modernsten Werbetechniken arbeitenden Sekten überzulaufen. Das von dem Architekten Ruy Ohtake entworfene Gebäude steht auf einem 30 000 Quadratmeter großen, früheren Fabrikgelände. Die Kirche ist wegen eines 45 Meter hohen Kreuzes schon von Weitem zu erkennen. Sie ist mit einem riesigen geschwungenen Dach ausgestattet und verfügt über eine Krypta. 500 Toiletten und 2000 Parkplätze ergänzen den Komplex.

Rossi ist unter den vielen religiösen Phänomenen Brasiliens etwas Besonderes. Seine CDs und DVDs mit religiöser Musik verkauften sich in Brasilien etwa zwölf Millionen Mal und sein Buch „Ágape" (griechisch: Nächstenliebe) über acht Millionen Mal. Damit hat er im musikbegeisterten Brasilien selbst Idole der Popmusik um ein Vielfaches übertroffen. Der Priester aus São Paulo investiert den Gewinn in kirchliche Sozialprojekte und auch in den Bau der neuen Großkirche. Rossi spielt auf allen Registern der modernen Medien- und Unterhaltungsindustrie. Seine Mitmach-Messen haben mitreißenden Karaoke-Charakter, seine Evangelisierungsarbeit bedient sich auch der sozialen Internetmedien. Sein populärer TV-Sonntagsgottesdienst ist brasilienweit ein Hit – und wird vom Medienkonzern Globo sogar in weitere zwölf Länder des Subkontinents übertragen. Millionen Brasilianer hören sein tägliches Radioprogramm.



Er weiß, wie man den Glauben unters Volk bringt: Pater, Sänger und Entertainer Marcelo Rossi Bild: pa

Pater Rossi gilt als Ikone der in den 1960er Jahren gegründeten Charismatischen Erneuerungsbewegung in der katholischen Kirche. Die Charismatische Erneuerung ist eine wichtige Gegenbewegung des Katholizismus zum stark wachsenden Evangelikalismus der Pfingstkirchen. Rossi kennt alle Tricks der Sekten. Bereits in den 1990er Jahren erklärte er, das Erfolgsgeheimnis der evangelikalen Sekten beruhe vor allem auf der Nutzung populärer Rhythmen; darauf müsse die katholische Kirche reagieren. Unter den Katholiken ist er einer der wenigen, der erfolgreich gegensteuert und zu einer Art katholischer Popstar wurde. Seine populärste CD war Nummer Eins der Hitparade und wurde mehr als drei Millionen Mal verkauft. Dafür bekam er sogar den begehrten Musikpreis „Grammy" aus den USA verliehen. Auch viele der Sekten besitzen erfolgreiche Plattenfirmen, bringen eigene Bands und sogenannte Boygroups hervor. Pater Rossi hat dieser Konkurrenz als erster sehr erfolgreich Paroli geboten.

Viele brasilianische Bischöfe probieren ihre eigenen Rezepte gegen das Vordringen der Sekten. Sie fördern die katholische Charismatische Erneuerung, die kaum weniger medienwirksam als die Sekten Massenveranstaltungen in den Stadien Brasiliens organisiert. Der Zwei-Meter-Mann Rossi möchte jedoch nicht als Popstar bezeichnet werden, und er möchte seine Gottesdienste nicht als Show verstehen in einem Land, in dem an fest jeder Ecke zu einer „Show da Fé" (Glaubensshow) eingeladen wird. Neben Sambarhythmen und Pop ergänzt Rossi seine Gottesdienste auch mit Gymnastikeinlagen. „Ginastica do Senhor" (Aerobic des Herrn) heißt sogar eines seiner Lieder.

Brasilien ist mit 123 Millionen Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche das Land mit den meisten Katholiken der Welt, rund 64 Prozent der Bevölkerung gehören nach neuesten Zahlen noch der Kirche an. Seit einigen Jahren sinkt allerdings in Brasilien, in dem andere Konfessionen früher keine Chance hatten, die Katholikenquote so rasant nirgendwo sonst. Das Modell Rossi ist das einzige, das aufgehen kann, das wissen die Bischöfe des Landes und auch der Papst. Der Erfolgsdruck der in Brasilien so populären Sekten und Freikirchen hat abgefärbt, man möchte sie mit ihren eigenen Waffen schlagen – ohne sich selbst dabei zu verbiegen.

Rossi hat in seinen Predigten keine Scheu vor brisanten Themen – ob Sexualität, Prostitution, Pädophilie in der Kirche, Erbkrankheiten oder Ehebruch. Zur Karnevalszeit bietet er einen „Jesus-Karneval" als Alternative zum Karneval von Rio. Zehntausende von Gläubigen tanzen dann zuweilen zu religiösen Liedern im Samba-Rhythmus hinter Lautsprecherwagen durch São Paolo, ohne Alkohol, harte Drogen und Ausschreitungen. Pater Rossi lässt bei seinen „Megamissas" stets auch andere Stars auftreten. Personenkult, wie ihn die Sekten oft praktizieren, liegt ihm fern. *Bodo Bost*

Geprägte Anerkennung

Medaillen gibt es nicht nur bei den Olympischen Spielen

Olympische Spiele finden alle vier Jahre statt, jeweils nach Sommer- und Wintersportarten getrennt. Wer in seiner Sportart besonders gut ist, landet auf einem Podestplatz und erhält dann eine Gold-, Silber- oder Bronzemedaille. Allgemein gesprochen handelt es sich bei Medaillen um Gedenk- oder Schauprägungen. Sie werden nicht nur zu besonderen Gelegenheiten wie Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften geprägt. Sie werden darüber hinaus auch als Ehrenauszeichnungen vergeben – wissenschaftliche und künstlerische Auszeichnungen oder Erinnerungsmedaillen beim Militär seien hier als Beispiele genannt. Medaillen gibt es auch als Schmuck- oder Kunstobjekt. Die werden dann Medaillon genannt.

Ein Blick ins Internet verrät es schnell: Es gibt viele unterschiedliche Firmen, die Medaillen herstellen. In der Deutschen Gesellschaft für Medaillenkunst sind medaillenschaffende Künstler, Hersteller, Händler, Wissenschaftler und Sammler von Medaillen gleichermaßen zusammengeschlossen. Rund 200 Mitglieder gehören der Gesellschaft nach eigenen Angaben an. Schaut man in der Spalte für die Mitglieder nach, stößt man beispielsweise auf Professor Bernd Altenstein.

Der Bildhauer und Medailleur wurde 1943 im ostpreußischen Schloßberg geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam er nach Westdeutschland gekommen, absolvierte er von 1964 bis 1969 ein Bildhauerstudium bei R. Daudert an der Akademie Stuttgart, das er mit dem Staatsexamen an der TU Stuttgart abschloss. Von 1970 bis 1975 war er Assistent an der TU Braunschweig bei J. Weber. Der berufliche Aufstieg folgte 1975. Er wurde Dozent für Plastik an der Hochschule für Gestaltung in Bremen, 1979 dann Professur an der dortigen Hochschule für gestaltende Kunst und Musik. Seit 1994 ist er im Künstlerdorf Worpswede ansässig. Dort hat er mit der Bildhauerin Gisela Eufe ein eigenes Atelier.

Lag der Schwerpunkt seines Schaffens eher auf der Bildhauerei, so ist er doch auch als Medaillenkünstler in Erscheinung getreten. Die Ausstellung „Die Welt en miniature – Deutsche Medaillenkunst heute", die im Jahr 2007 im Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt gezeigt wurde, ist hier genauso als Beispiel zu nennen wie die Sammlung Wimmelmann, die heute den Staatlichen Museen zu Berlin gehört. Beschäftigt man sich mit den Lebensläufen anderer Graveure, wird schnell deutlich: Fast niemand ist „nur" Medaillenkünstler. Viele Bildhauer sind dabei, aber auch Graveure, Grafiker und Vertreter anderer Berufe.



Dekorativ und häufig wertvoll: Medaillen Bild: Colourbox

Im normalen Ausstellungsbetrieb der Museen spielen Medaillen genauso wenig eine Rolle wie bei Auktionshäusern. Bestenfalls bei (Münz-) Sammlern besteht ein Markt. Blickt man in die Kulturgeschichte, so ist die Medaillenkunst eine relativ junge Disziplin. Die frühesten Medaillenkünstler lassen sich im 15. Jahrhundert nachweisen. Ausgehend vom Aufkommen der Kunstgewerbeschulen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten auch künstlerisch gestaltete Medaillen zunehmend bei Kunstgewerbeschauen auf. Ein kleines, aber feines Liebhaberthema für Künstler, Sammler wie Betrachter war geboren. *Andreas Rüdig*

Ein Bumerangeffekt

Noch keine olympische Disziplin – Der älteste Sport der Australier

Noch kann man fürs Bumerang-Werfen keine olympischen Medaillen gewinnen. Nachdem man bei den Spielen in Rio inzwischen sogar Gold in Golf und Rugby holen kann, bleibt die Sportart der australischen Ureinwohner außen vor. Dabei hat das Bumerang-Werfen eine jahrtausendalte Tradition und ist vergleichbar klassisch wie das antike Diskuswerfen.

Doch anders als beim Diskus wirkt das Werfen eines Bumerangs fast wie Zauberei. Man wirft ein gebogenes Holz in eine Richtung, doch der Gegenstand kommt wieder zu einem zurück. Das ist der sprichwörtliche Bumerangeffekt. Als Heimat des Wurfgerätes gilt Australien, weil die Ureinwohner den Holzbogen schon vor vielen tausend Jahren als Jagdwaffe nutzten. Bei Ausgrabungen stellte man fest, dass es überall auf der Welt Bumerangs oder ähnliche Wurfgeräte gab. Die Menschen vergaßen die Technik aber oder benötigten sie nicht länger zur Jagd. Nur die australischen Ureinwohner, die Aborigines, stellten die Bumerangs bis in unsere Zeiten her. Deshalb verbindet man Bumerangs immer mit Australien.

Der älteste bisher gefundene Bumerang stammt allerdings aus Polen. Er ist aus dem Stoßzahn eines Mammuts gefertigt und soll 23 000 Jahre alt sein. Man verwendete die Wurfhölzer für die Jagd, aber auch für religiöse Handlungen und unterscheidet zwischen Rückkehrern und Nichtrückkehrern. Die, die nicht zum Werfer zurückkommen, nennt man Kylie. Sie sind anders gebogen, viel schwerer und fliegen nur geradeaus. Sie dienten den Urvölkern als Jagdwaffe. Der kleinere und leichtere Bumerang jedoch kehrt zurück.

Erst im 20. Jahrhundert entdeckten die Menschen, dass man mit dem Bumerang auch viel Spaß haben kann und verwendeten ihn als Sportgerät. Moderne Bumerangs werden aus Holz, Metall und Kunststoff hergestellt und haben zwei, drei oder vier Arme. Längst gibt es Wettkämpfe mit dem Sportgerät. Als Weltrekord gilt ein Wurf über 427 Meter.



Eine Kunst für sich: Bumerang-Herstellung Bild: Friedrich

Wenn man einen Ball wirft, kehrt er niemals zu einem zurück. Er fliegt geradeaus. Was ist also das Geheimnis des Kurvenflugs von Bumerangs? Die beiden Arme des Wurfholzes sind den Tragflächen eines Flugzeugs ähnlich. Diese Arme sind an den Seiten unterschiedlich dick und außerdem abgeschrägt. Die Oberseite ist gewölbt und die untere flach. Die Luft strömt an der geschwungenen Oberseite schneller vorbei als an der glatten Unterseite. Durch den Sog steigt das Fluggerät nach oben. Wenn man den Bumerang richtig wirft, stehen seine Arme senkrecht in der Luft und nicht waagerecht wie die Flügel des Flugzeugs. Der Sog zieht den Bumerang deshalb zur Seite.

Weshalb kommt das Wurfholz aber zum Werfer zurück? Nach dem Werfen dreht sich der Bumerang in der Luft um die eigene Achse. Wegen dieser Drehung bleibt der Bumerang stabil in der Luft. Die Kraft der Drehung ist stärker als die Schwerkraft, die ihn nach unten zieht. Hier wirken die Kreiselkräfte. Richtig geworfen, fliegt er im Kreis und kommt zurück.

Die Aborigines gaben dem Holz wahrscheinlich auch den Namen: „woomera" heißt „Geräusch des Windes". Aber, so wunderschön der Name ist, der Bumerang ist auch gefährlich. Man sollte ihn niemals in der Nähe von Menschen werfen und wenn jemand doch plötzlich auftaucht, rechtzeitig laut warnen. Nie bei starkem Wind werfen und nach dem Wurf nicht aus den Augen verlieren, dann kann der Spaß beginnen – vielleicht irgendwann einmal auch bei Olympia. *Silvia Friedrich*

Vor Jahren verfasst

Zum 85. Geburtstag Hochhuts

Rolf Hochhut wurde 1931 geboren, feierte unlängst seinen 85. Geburtstag. Wäre er ein Wissenschaftler, hätten wohlmeinende Kollegen ihm gewiss eine „Festschrift“ gewidmet. Da solches unter Literaten unüblich ist, musste der Jubilar selber Hand anlegen. Damit man sich an die „umlärmten Stücke“ und Prosa erinnert, die er vor Jahrzehnten verfasste: „Der Stellvertreter“ (1963) über päpstliche Beteiligung am Holocaust, „Soldaten“ (1967) gegen Churchill, „Eine Liebe in Deutschland“ (1978) gegen den „furchtbaren Juristen“ Filbinger und anderes. Im Herbst 2015 bot er seinem Verleger Thomas Röttcher „eine ungewöhnliche Sammlung an Texten“ an, und das alles wird nun Lesern geboten.

Buchtitel und Buchinhalt haben miteinander kaum etwas zu tun, sind recyceltes Material wie der offene Brief an Merkel und Gauck, den deutschen Austritt aus der Nato fordernd. Ähnlich konstatierte ein früherer offener Brief an Merkel, es sei „oberste moralische Pflicht Deutschlands, Edward Snowden Asyl zu geben“. Als Etüde in unfreiwilliger Komik mag es durchgehen.

Despektierliche politische Befunde

Wahre Lachnummern sind die Reisejournale zweier Betteltouren, die erste um den Abdruck eines Agitprop-Poems „Aktien steigen, wenn Arbeitnehmer fallen“, das zumeist „hohnlachend weggeschmissen“, am Ende als Leserbrief weggedrückt wurde. Die zweite listet mit Namen und Adressen auf, wie er um Honorare feilschte und Peinliches mehr. Im Vorwort heißt es, Hochhut sei von seiner „Berufung als Schriftsteller“ so überzeugt gewesen, dass er für Hochschulreife und Studium keine Zeit erübrigte. Das erklärt, warum seinen Publikationen gedankliche und systematische Strenge abgeht. Zusammengetragenes Halbwissen ist kein Mittel gegen Ahnungslosigkeit, „Namedropping“ kein Beleg für Belesenheit, endlose Ausführungen nerven bloß, wenn sie versuchen, den Bogen von Becket zu Seenotreportagen zu schlagen. Der Leser findet sich ratlos bei Homers Odyssee wieder, ohne zu wissen, wie er dorthin gelangte.

Manchmal gelingen Hochhut gute Formulierungen, etwa von der deutschen „kriegsverschonten und dadurch glückverdummten Generation“, aber inhaltlich überwiegt Nonsens. Närrische Gipfel sind Hochhuts historische Vergleiche: Wilhelm Tell sei die historische Vorwegnahme Che Guevaras, „unentbehrlich für Europa“ – Dieter Hildebrandt „Erich Kästners Meisterschüler“ – kann es sein, dass Hochhut beide nicht kennt? Hitler sei der „Auschwitzer“ und zusammen mit Napoleon der Beweis, wie gefährlich „Ausländer als Staatsoberhaupt“ sein können.

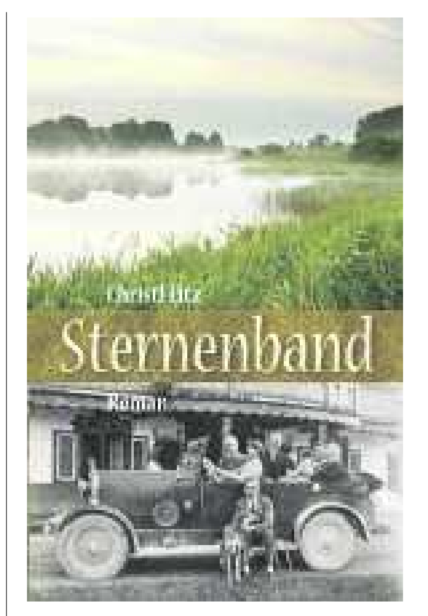
Ärgerlich sind Hochhuts politische Befunde: Die Bundesrepublik, die er im Schnitzler-Stil zumeist „BRD“ nennt, leide an ihrer Entartung zur „Banausen- und Bankenrepublik“ unter einer „FDJ-Spitzelstaat-Kanzlerin“, sei ein „trojanischer Esel der Nato“, unterliege der „Vormundschaftsbehörde Brüssel“, habe als „Kohlstaat“ die „DDR-Deutschen“ unterworfen und betreibe eine „totale Ausbeutung der 17 Millionen Ostdeutschen“.

Ein Resümee seines Buchs gab Hochhut am 20. April dieses Jahres dem russischen Sender „Sputnik-Deutschland“: „Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, politisch sehr unintelligent. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas“. *Wolf Oschlies*

***Rolf Hochhut: „Ausstieg aus der Nato – oder Finis Germaniae. Katastrophen und Oasen. Essays, Briefe, Gedichte“**, Verlag zeitgeist, Höhr-Grenzhausen 2016, gebunden, 310 Seiten, 24,80 Euro*

Spätes Erstlingswerk

Christl Fitz’ Zeitgemälde von Weimar bis in die Nachkriegszeit



Man kann es kaum glauben, dass die Autorin des mitreißenden Romans „Sternenband“ bereits 80 Jahre alt ist und jetzt ihr Erstlingswerk dieser Literaturgattung vorgelegt hat. „Sternenband“ ist weit mehr als ein Frauenroman nach gängigem Klischee, wie der Klappentext berechtigterweise anmerkt. Christl Fitz gelang ein bemerkenswertes Zeitgemälde der Gesellschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Eindrücke aus dem ländlichen Leben sowie ein Schuss Mystery-Elemente vervollständigen das Spektrum dieser Romanwelt. Die weit verzweigte Handlung spielt in München, Oberbayern, Ostpreußen und Mecklenburg mit einem Landgut namens Herrenried nahe der fiktiven Kreisstadt Walchenmies als Dreh- und Angelpunkt. In der reizvollen Landschaft der bayerischen Voralpen zwischen Miesbach und Tegernsee lebt die Malerin, Blumendesignerin und Schriftstellerin Fitz seit ihrer Kindheit. Auf dem Hofgut Heigenkam in der Gemeinde Warngau führt sie mit ihrer Tochter Katharina Bronisch eine exklusive Kunstblumenwerkstatt, die sie bereits Ende der 1960er Jahre gründete.

Zur Kunst zog es die Autorin schon in jungen Jahren. Da sie in der elterlichen Landwirtschaft unentbehrlich war, musste sie ihren Wunsch aufgeben, Schauspielerin zu werden. In den 90er Jahren fing sie an zu malen und veröffentlichte Fachartikel über ihr Kunsthandwerk. Seit Mitte der 2000er Jahre erschienen die Erzählungsbände „Herzenswärmer“ und „Glück sammeln“ mit Geschichten aus ihrer Kindheit und Jugend in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. An dem Roman „Sternenband“ hat sie mit Unterbrechungen jahrzehntelang gearbeitet.

Eine Episode spielt in Ostpreußen

Im Mittelpunkt der Handlung steht die junge Annegret, Tochter eines Landrats in Mecklenburg. 1927 verliebt sich die Internatsschülerin während der Sommerferien in den ostpreußischen Gutsbesitzer Stefan Mokaynen, der sie jedoch nach anfänglichem Werben überraschend abweist. Bei den Lesern ist dennoch die Erwartung eines Happy Ends geweckt worden, die bestehen bleibt, obwohl der Fortgang der Geschichte dagegen spricht. Annegret geht eine Ehe mit dem 15 Jahre älteren mecklenburgischen Schlossbesitzer und Industriellen Gustav von der Mühlen ein. Nach wenigen Jahren stirbt ihr Mann während einer Geschäftsreise in Indien. Im gleichen Zeitraum erwerben der Münchner Chirurg Professor Sebastian Mertens und seine Ehefrau Margarethe das Hofgut Herrenried zur finanziellen Absicherung ihres Lebensabends. Ihr Sohn Gregor übernimmt den Hof nach Abschluss seines Studiums der Land- und Forstwirtschaft. Durch Vermittlung einer Bekannten heiraten Gregor und die verwitwete Annegret. Es braucht jedoch einige Zeit, bis sie gelernt haben, einvernehmlich miteinander zu leben.

Über Herrenried schwebt eine unbekannte Bedrohung. Hier kommt das Sternenband aus dem Buchtitel ins Spiel. Das dem Dekkenfresko der Dorfkapelle nachempfundene wertvolle Schmuckstück hat der Vorbesitzer von Herrenried, ein verschrobener Apotheker, anfertigen lassen und anschließend versteckt. Was niemand weiß: Ein böswilliger Knecht namens Öd Max hält sich für den rechtmäßigen Besitzer des Hofguts und setzt Himmel und Hölle in Bewegung, um in den Besitz des Kleinods zu gelangen.

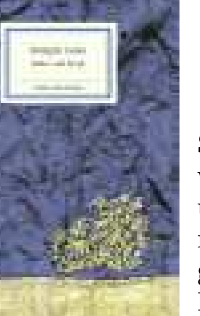
Gegen Kriegsende 1945 überstürzen sich die schrecklichen Ereignisse auf Herrenried. Indessen wird der als Soldat an der Ostfront eingesetzte Gregor Mertens schon länger als ein Jahr vermisst. Die Geschichte endet mit einem dramatischen Finale – was das für Annegret bedeutet, soll an dieser Stelle nicht verraten werden.

Als Leser ist man gut beraten, an der Lektüre dranzubleiben, um die zahlreichen Akteure – einschließlich der Nebenfiguren, denen ebenfalls nicht unbedeutende Rollen zufallen – nicht aus den Augen zu verlieren. Da aber die Autorin ihren Protagonisten kräftig ausgeprägte Charakterzüge, teils bis zur Karikatur, verliehen hat, ist man rasch wieder im Bilde und wird durch den fantasievoll ausgestalteten Ablauf der Geschehnisse bestens unterhalten. *Dagmar Jestrzemski*

***Christl Fitz: „Sternenband“**, Roman, Verlag Dr. Alexander Bronisch, Con-Text, Warngau 2016, broschiert, 420 Seiten, 19,80 Euro*

Luise, ganz privat

Bibliophiler Sammelband zum 240. Geburtstag der beliebten Landesmutter



Sicher würde sie uns heute noch begeistern. Ihre Natürlichkeit, ihr Liebreiz und ihre Intelligenz beeindruckten sogar einen Feldherren wie Napoleon I., der sie als Frau von Geist und Haltung, ihrem Gemahl weit überlegen, bezeichnete. Königin Luise reiht sich nahtlos ein in die Riege der Prinzessinnen der Herzen der Gegenwart. Dass die kultische Verehrung der Preußischen Königin, auf deren Grabmal im Mausoleum im Charlottenburger Schlossgarten auch heute noch immer frische Blumen zu finden sind, ihre Berechtigung hat, zeigt ein neuer Band aus der Insel-Bücherei/Suhrkamp. Zum 240. Geburtstag Luises gab der Literaturwissenschaftler Matthias Reiner „Königin Luise. Bilder und Briefe“ heraus. Ein kostbares Bändchen, schon auf den ersten Blick. Den Einband zieren blau-golden die Abbildungen wertvoller Tuchfragmente mit Stickerei aus dem frühen 19. Jahrhundert. Gut vorstellbar, dass die Königin Stoffe dieser Art getragen hat. In fünf Zeitabschnitten entführt das Büchlein den Leser gedanklich in die Vergangenheit.

Von Luises Geburt in Hannover über ihre Jahre in Berlin und Potsdam bis zur Flucht nach Königsberg und ihrem frühen Tod in Hohenzieritz begleitet man die ehemalige mecklenburgische Prinzessin auf ihrem Lebensweg. Beginnend mit dem Kapitel „Ich bin, ach! ein unvollkommenes Wesen, 1776–1793“ ist zu erfahren, dass Luise Hochdeutsch mit hessischen Dialektanklängen sprach. Abbildungen ihrer Eltern, ihrer Großmutter, bei der sie aufwuchs, und ihrer Erzieherin, der Rousseau-Anhängerin Salomé de Gélieu, zeigen ein lebendiges Bild ihrer frühen Jahre, die geprägt waren von natürlicher Leichtigkeit, Freiheit und Verständnis. Doch die Französische Revolution mit all ihren Auswirkungen begleitete Luise ihr ganzes Leben lang.

In ihrer umfangreichen Korrespondenz bekommt der Leser einen tiefen Einblick in die Gedanken der späteren Königin. Wie sprach sie den Mann an, mit dem sie verheiratet werden sollte? Welche Gedanken brachte sie auf das Papier, als sie mehr als Zuneigung zum preußischen Prinzen spürte? Die Abschnitte „Unwandelbar Luise, 1793–1797“ und „Glücklich zu machen, macht auch glücklich, 1797–1805“ befassen sich eingehend mit der jungen Prinzessin, die zur Königin Preußens wird und als diese sehr glück-liche Jahre verlebt. Die letzten beiden Passagen „Wenn nicht ein Wunder uns rettet, 1805–1809“ und „Fürchte Dich nicht, ich sterbe nicht, 1809–1810“ lassen den Leser teilhaben an den schweren Jahren Luises im Angesicht der französischen Bedrohung, der Flucht nach Ostpreußen, ihrer Erkrankung und ihres Siechtums.

Mittels reichen Brief- und Bildmaterials werden diese Lebensphasen anschaulich dargestellt. Vieles wird vielleicht erstmals verstanden. Immer dann, wenn Luise selbst zu Worte kommt. Ein sehr gelungenes, lebendiges Werk, das man sicher nicht nur einmal zur Hand nimmt. *Silvia Friedrich*

***Matthias Reiner (Hg.): „Königin Luise. Bilder und Briefe“**, Insel-Bücherei, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, gebunden, 120 Seiten, 16 Euro*

Ein Buch wider den Zeitgeist

Detlef Rostock verweist auf »schwerwiegenden Konstruktionsfehler der Demokratie« – Lesenswertes über Manipulationen

Von Mark Twain stammt der Spruch, dass sich die Wahrheit erst die Schuhe anziehe, wenn die Lüge bereits dreimal die Welt umrundet habe. Auch das Buch wird, obgleich es mit vielen „Wahrheiten“ aufwartet, es schwierig haben, den „Zeitgeist“ nicht nur einzuholen, sondern auch zu überholen. Und diesem widmet Detlef Rostock die ersten beiden Kapitel und verweist auf einen „schwerwiegenden Konstruktionsfehler der Demokratie“. Ihn sieht er vor allem bei den Medien, die, ob über Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen wie Internet, nicht in der Lage und auch nicht willens seien, die Bürger objektiv und „vernünftig“ zu informieren. Verhängnisvoll für die Demokratie sei, dass es ein wesentliches Mittel der Medien sei, um Aufmerksamkeit zu erregen, sich auf das Verbreiten von Schreckens- und Angstnachrichten zu konzentrieren, statt „Fakten“ zu vermitteln. Fazit: „Der Mensch entwickelt eine ‚Meinung‘ zu so manchem Sachverhalt, ohne auch nur zu ahnen, dass diese Meinung nichts oder sehr wenig mit den entsprechenden Fakten zu tun hat. Er wird zum Spielball derjenigen, die falsche Vorstellungen ausnutzen.“

Rostock verweist auf den „Egoismus-Urtrieb“, auf den auch „die Regierung abzielt, wenn sie den Menschen mit Subventionen oder Steuervergünstigungen zu bestimmtem Handeln, wie töricht es oftmals auch sein mag, veranlasst“. In Bezug auf zahlreiche Themen habe sich ein Wahn-Gebilde sich selbst erhaltender Volksmanipulation entwickelt, eine Art „Perpetuum mobile“ der „Volksbelügung“. In vielen Bereichen werde eine Art „Wahnwelt“ durch „einseitiges Falschinformieren“ aufgebaut. Es herrsche ein erbarmungsloser Konformitätsdruck einer „postreligiösen Gesellschaft“, die jeden, der seinen eigenen Verstand benutze und Kritik übe, ins Abseits dränge. „Der ‚Zeitgeist‘ duldet keinen Widerspruch, ist zutiefst intolerant“. So sei es ein Wahnsinn zu glauben, das „Globalklima“ schützen zu können, das CO_2 als „Klima-Giftgas“ anzusehen oder mit den „erneuerbaren Energien“ eine kontinuierliche Stromversorgung für unsere Industriegesellschaft sichern zu können. Wir merkten nicht mehr, wie wir ferngesteuert werden.

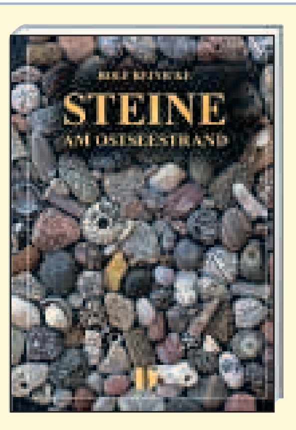
Vor allem Medien missbrauchen Freiheit

Rostock fordert ein „(WU)BAFI“, ein „Wirklich Unabhängiges Bundesamt für Information“. Dieses wird leider ein utopischer Wunsch bleiben, denn wer in der „Politik“ – selbst in einer „Demokratie“, die zwar „Volksherrschaft“ bedeutet, in der die Herrschaft aber ausschließlich in den Händen von Parteien liege, die nur die „Kreuzchen“ der Bürger einsammeln und dann ihre eigene Politik betreiben – hat wirklich ein Interesse an der „Volksherrschaft?

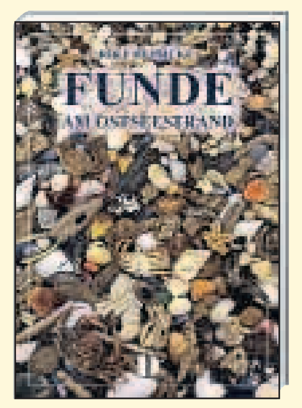
Der Autor hat ein sehr lesenswertes Buch vorgelegt, das viele Aha-Erlebnisse weckt, wenn unser meist träger Verstand geweckt und aktiviert wird. Wenn auch Bereiche der Physik nicht die Stärke des Autors sind, so zeigt er doch zahlreiche Schwächen auf, die dem Konzep tzugrunde liegen, mittels Windkraft und Sonnenschein, beides extrem volatile Energiequellen, die der Macht des Menschen entzogen sind. Industriegesellschaften kontinuierlich und bedarfsgerecht mit Strom zu versorgen, . Und was das CO_2 betrifft, so wird Rostock nicht müde darauf hinzuweisen, dass dieses keinen Einfluss auf das Klima habe. Leider vergisst er den Hinweis, dass CO_2 nur dann ein „Klimagas“ sein könnte, wenn vorher sein Einfluss auf das Wetter und die stets veränderlichen Temperaturen nachgewiesen wäre. Dieser Beweis existiert tatsächlich, aber er ist „Herrschaftswissen“, ist „Verschlusssache“ im Umweltbundesamt. Er wird nicht öffentlich kommuniziert und existiert damit nicht für uns Bürger. Dessen Ex-Präsident Jochen Flasbarth sagte: „Ein CO_2-freies Deutschland bis 2050 ist ein Projekt, das ich mit der wissenschaftlichen Expertise des Umweltbundesamts vorantreiben will.“ Das Umweltbundesamt wartete 2013 auch mit der Schrift „Und sie erwärmt sich doch“ auf. Dies ist spätestens seit 1792 physikalischer Unsinn, den jeder Mensch mit seinem natürlichen „Temperatursinn“ jederzeit überprüfen kann. Wer greift diesen Skandal auf?

Es ist zu wünschen, dass dieses gut gegliederte und verständlich geschriebene Buch eine möglichst große Leserschaft findet. *Wolfgang Thüne*

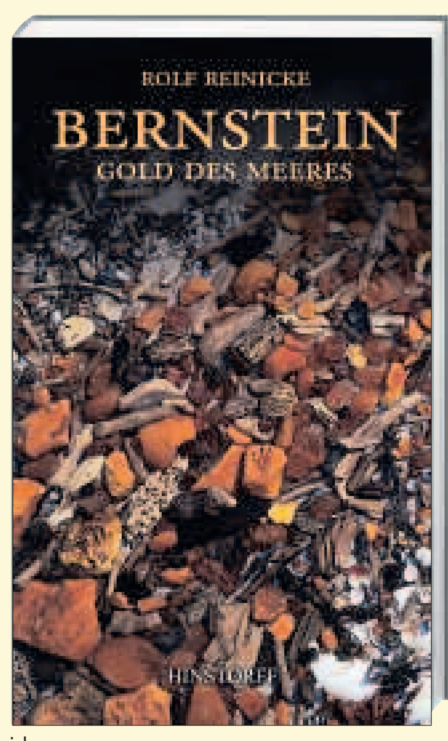
***Detlef Rostock: „Deutschland, das glaubt man nicht“**, Spica-Verlag, Neubrandenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,90 Euro*



Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 **Kartoniert** **9,95 €**



Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und vielen anderen Pflanzen und Tieren am Ostseestrand geht. 80 Seiten
Nr. P A0839 **Kartoniert** **9,95 €**



Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
Bernstein, das „Gold des Meeres", gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Enstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wannn man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammlt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten. 80 S.
Nr. P 9661 **Kartoniert** **12,99 €**

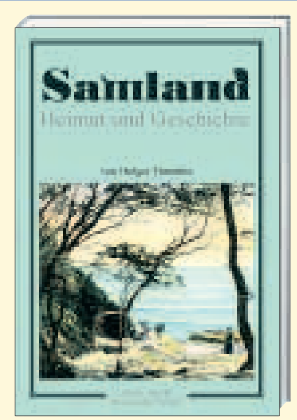


Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 **Bernsteinkette** **49,90 €**



Ruth Geede (Hrsg.)
Das Bernsteinkettchen
Fröhliche Kindertage im alten Ostpreußen. 128 S./Gebunden
Nr. P 533127 **12,95 €**

Wie die Bernsteine einer Kette reihen sich die Erinnerungen an das ferne Land Ostpreußen aneinander. Es sind nicht nur literarische Beiträge ostpreußischer Dichter, sondern auch schlicht erzählte Eindrücke aus alten Tagen. Ruth Geede hat Erzählungen und Gedichte zusammengestellt, die ein Bild davon vermitteln, wie glücklich die Kindertage in der alten Heimat Ostpreußen waren. Es ist ein heiteres Buch mit vielen Geschichten, die eine oder andere auch in ostpreußischer Mundart. Mit Texten von Herrmann Sudermann, Erminia von Olfers-Batocki, Hans Graf zu Dohna, Frieda Pelz, Erwin Scharfenorth, Hannelore Patzelt-Hennig u.v.m.



Holger Tümmler
Samland
Heimat und Geschichte
160 Seiten/Gebunden.
Nr. P A0520 **19,99 €**

Heimat und Geschichte: Das Samland.
Das Samland mit der Stadt Königsberg bildete einst das Zentrum der östlichsten Provinz Deutschlands. Eng war sein Schicksal mit jenem des Deutschen Ordens und des Staates Preußen verbunden. Autor Holger Tümmler stellt die historische Entwicklung dieser heute weitgehend vergessenen Region von den Anfängen bis zu den tragischen Geschehnissen am Ende des Zweiten Weltkriegs fundiert und zugleich lebendig dar. 15 Karten, 25 Farb- und 109 S/W-Abbildungen.
Das Buch hat ein Format von 14 x 21 cm.



Doris Ottlitz
Skizzen einer Kindheit in Deutsch Krone
Ein Zeitdokument
1923 in Deutsch Krone – ein kleines Städtchen in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Dorothea erblickt als Tochter eines Beamten das Licht der Welt ... Die Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit und daran, wie es damals so war, hat die Autorin gegen das Vergessen aufgeschrieben. Sie zeichnet ein authentisches Bild des Kreisstädtchens – seiner Architektur, seiner geschichtlichen Bedeutung und seiner Bewohner.
Ein bemerkenswertes Dokument – gegen das Vergessen der Heimat Grenzmark Posen-Westpreußen. 385 Seiten
Nr. P A1018 **Kartoniert** **14,80 €**

Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 **16,95 €**

Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 **16,95 €**

Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 **16,95 €**



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 **16,95 €**



Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Gartenbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Das Hausbuch für die ganze Familie führt mit einem abwechslungsreichen Reigen aus gärtnerischen Tipps, Gedichten, Geschichten, Rezepten, Liedern und Bauernregeln durch das Gartenjahr. Die zauberhaften Bilder von Fritz Baumgarten verbinden auf wunderbare Weise die Tier- und Wichtelwelt mit den praktischen Gegebenheiten eines Gartens. Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. Seine Bücher haben Millionenauflagen erreicht und zählen zu den Bilderbuch-Klassikern. 64 Seiten
Nr. P A1012 **Gebunden** **7,95 €**



Elisabeth Bangert
Blechkuchen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche"
Blechkuchen sind das pure Kuchenglück – frisch aus dem Ofen und verführerisch duftend! Die schönsten Rezepte aus Omas Backstube sind gefragt wie eh und je: Mit Rhabarberkuchen, Apfel-Rahmkuchen oder Johannisbeerbaiser bringen Sie das Gefühl von früher auf die Kaffeetafel. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die verschiedenen Teigsorten, die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien.
Nr. P A1016 **Gebunden** **5,00 €**

Johanna Ellsworth
Das Wiegenlied der Wolfskinder
Historischer Roman
Winter 1944/45: Gemeinsam mit ihrer Mutter und Großmutter fliehen die Geschwister Gretel und Karlchen aus dem ostpreußischen Gerdauen vor den russischen Soldaten. Ihr Ziel ist Berlin, wo die Mutter Verwandte hat, doch erweist sich die Reise bald als Irrwanderung durch Ostpreußen, in der Zwangsarbeit, Hunger, Krankheit und Tod den Alltag bestimmen. Als die Lebensmittelrationen nach Kriegsende immer knapper werden, wird die achtjährige Gretel nach Litauen geschickt, um Gegenstände gegen Essen einzutauschen. Nach dem Tod der Mutter auf sich allein gestellt, verschlägt es die Geschwister in einem litauischen Bauern, wo sie durch Zufall getrennt werden. Der historische Roman, basierend auf den Lebenserfahrungen von Zeitzeugen, ist Erlebnisbericht und spannungsreiche Fiktion zugleich und beleuchtet authentisch das (Über-)Leben deutscher Flüchtlingskinder nach dem Zweiten Weltkrieg, die als „Wolfskinder" in die Geschichte eingingen. 276 Seiten
Nr. P A1015 **Kartoniert** **14,95 €**



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 **19,95 €**



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 **19,95 €**



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 **16,95 €**



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 **12,95 €**

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 **21,95 €**



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 **15,95 €**

Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 **19,30 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Verlag zieht Buch zurück

Paris – Der Pariser Verlag Piranha hat die Veröffentlichung der französischen Ausgabe des Buches „Der islamische Faschismus“ abgesagt. Offiziell heißt es, man wolle kein Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten gießen. Autor Hamed Abdel-Samad zeigte sich enttäuscht. Piranha beuge sich der islamistischen Einschüchterung: „Voltaire würde sich im Grab umdrehen.“ Angeblich fürchtete der Verlag um das Leben seiner Mitarbeiter. *H.H.*

Rückführung klappt kaum

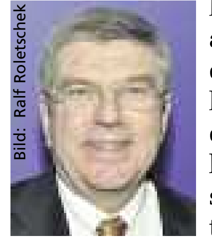
Berlin – Die im Februar zwischen Deutschland und Marokko vereinbarte Rückführung marokkanischer Staatsbürger läuft nur sehr schleppend. Wie das „Westfalen-Blatt“ berichtet, sind im ersten Halbjahr nur 43 Personen abgeschoben worden – von beinahe 3000, die Ende Mai ausreisepflichtig waren. Insgesamt kamen 2015 rund 10000 Marokkaner nach Deutschland. Nur 3,7 Prozent von ihnen wurden als asylberechtigt anerkannt. *H.H.*

ZUR PERSON

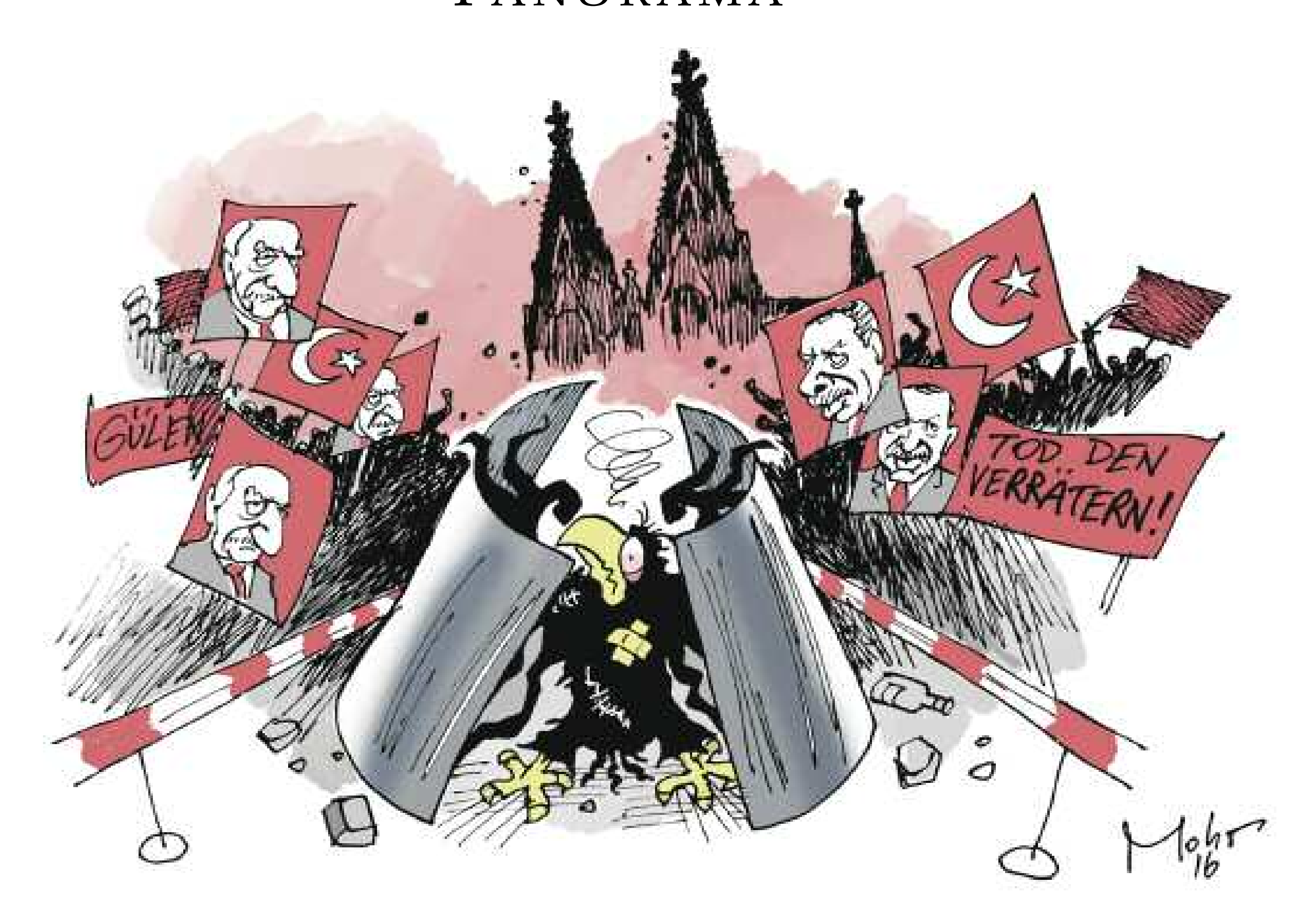
Der Kreml-Freund von Rio

Nach der Eröffnung der Olympischen Spiele in Rio am Sonnabend kann **Thomas Bach** nur darauf hoffen, dass die Wettkämpfe dopingfrei über die Bühne gehen. Jeder weitere Dopingfall kann die Glaubwürdigkeit des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) weiter belasten. Im Vorfeld musste sich Bach selbst aus Athletenkreisen Kritik anhören wegen seiner inkonsequenten Haltung hinsichtlich des Ausschlusses russischer Sportler von den Spielen, die des Staatsdopings überführt wurden. Deren Leichtathleten und Gewichtheber sollen nicht starten, alle anderen aber doch.

Um sich die Sympathie von Russlands Präsident Wladimir Putin nicht zu verscherzen, verhinderte er wohl einen Komplett-Ausschluss russischer Sportler. Es wäre auch ein fatales Zeichen gewesen. Als Olympiasieger im Mannschaftsfechten weiß er, wie sich Boykott anfühlt: 1980 konnte er seine vier Jahre zuvor errungene Goldmedaille bei den Boykottspielen in Moskau, als auch westdeutsche Sportler dem Diktat der Politik gehorchen mussten, nicht verteidigen.


Bild: Ralf Roletschek

Als der aus Würzburg stammende und in der Fechter-Hochburg Tauberbischofsheim mit einer Anwaltskanzlei vertretene Sportfunktionär vor drei Jahren den Belgier Jacques Rogge als IOC-Präsident ablöste, wollte er die Korruption im Verband bekämpfen. Davon ist nicht viel geblieben. Schon seine durch einen undurchsichtigen Kuwaiter unterstützte Wahl führte zu einer Untersuchung durch die Ethikkommission. Und auch den olympischen Gigantismus führt das 62-jährige FDP-Mitglied unbeschwert weiter mit allen negativen Auswirkungen: Kommerzialisierung, Intransparenz, Korruption – und Doping. Gäbe es eine gerechte Welt, müssten wohl alle Sportler von den Spielen in Rio ausgeschlossen werden. *Harald Tews*



Böse Stimmungsmache

Warum die Begriffe auf dem Kopf stehen, wie wir uns der DDR annähern, und wie wir das Ärgernis »Demokratie« an der Wurzel packen/ Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das sind sowieso die Allerschlimmsten, diese Leute, die jeden neuen Anschlag, der nichts mit ... jajaja ... zu tun hat, umgehend ausschlachten, um „Stimmung zu machen“. Stimmungsmache ist das zentrale Übel unserer Zeit, das in seiner Abscheulichkeit weit über Terror, Mord und fanatischem Hass auf alle „Ungläubigen“ steht.

Aber was bedeutet das Wort überhaupt? Um das zu begreifen, müssen wir im Stil unseres Zeitgeistes denken, will sagen: Alles auf den Kopf stellen – wie in George Orwells Roman „1984“. Dort lauten die zentralen Parolen der herrschenden Partei: „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke!“

Dem Wortsinn nach müsste „Stimmungsmache“ ja den Versuch beschreiben, die Tatsachen zu verdrehen, um so das Fühlen und Denken der Leute in eine gewünschte Richtung zu manipulieren. Salopp formuliert: Die Menschen an der Nase herumführen, damit sie nach meiner Pfeife tanzen, statt zu erkennen, was wirklich los ist. Das Gegenteil von „Stimmungsmache“ wäre demnach seriöse Information.

Der Unterschied liegt im Ziel: Der seriöse Informant will, dass die Menschen einen unverstellten Blick auf die Fakten erlangen, damit sie sich als freie Bürger eine eigene Meinung bilden können. Der Stimmungsmacher findet freie Meinungsbildung eher gefährlich, es könnte das „Falsche“ dabei herauskommen.

So würden wir das in normalen Zeiten einordnen. Doch jetzt kommt Orwells 2016, in unseren Tagen ist es nämlich genau umgekehrt: Als „Stimmungsmacher“ wird gegeißelt, wer den Leuten die (unangenehme) Wahrheit sagt. „Seriöse Information“ nennen sie es hingegen, wenn den Leuten fuderweise Sand in die Augen gestreut wird.

So war es „seriöse Information“, als man den Deutschen versicherte, dass sich zwischen den Asylsuchern ganz sicher keine Terroristen einschmuggeln würden. Von übler Stimmungsmache aber war die Rede, wenn jemand öffentlich seine Furcht preisgab, dass Merkel auch radikal-islamische Mörder hereingelassen haben könnte.

Solche Aussagen störten die gute Willkommens-Stimmung, die offenkundig auf der Orwellschen Parole „Unwissenheit ist Stärke“ beruhte und seit Ende 2015 leider ein paar schwere Rückschläge verkraften musste.

Und wie weit sind wir mit den beiden weiteren Parolen der Diktatur des großen Bruders aus „1984“? Dass Krieg in (der neuen) Wahrheit Frieden bedeutet, wissen wir, seit wir gelernt haben, was wir unter einer „Friedensmission unter Beteiligung der Bundeswehr“ zu verstehen haben. Etliche deutsche Soldaten sind bei Kämpfen während dieser „Friedensmissionen“ gefallen.

Was ist mit „Freiheit ist Sklaverei“? Dass „Freiheit“ etwas Anrüchiges darstellt, hat Merkels Justizminister Heiko Maas längst verinnerlicht. Er lässt links außen stehende Netzwarte durchs Internet surfen, um missliebige Meinungsäußerungen oder Hinweise auf unbequeme Vorgänge anzuzeigen.

> **Wie im SED-Staat muss man sehr geschickt vorgehen, wenn man Kritik anbringen will**

Dazu übt er Druck auf soziale Netzwerke wie „Facebook“ aus, damit sie die Querdenker ganz oder zeitweise rausschmeißen („sperren“). Für die Leser, die es nicht so haben mit dem Internet: „Facebook“ ist eine riesige, weltweite Quasselbude im Netz. Da schreiben Leute was hinein, andere lesen das, kommentieren es, man kann auch „Freundschaften“ schließen und wieder lösen und so weiter. Natürlich wird da auch über Politik gestritten.

Die Autorin Anabel Schunke hat dort das Bild einer Erdogan-Anhängerin aus Deutschland hineingestellt, die den Amoklauf von München gutheißt, und dazu geschrieben: „Erdogan-Anhängerin feiert das Attentat von München. Top integriert würde ich sagen ...“

Das wurde von den „Facebook“-Aufsehern gelöscht und Schunke drei Tage lang ausgesperrt mit der Warnung, dass sie im Wiederholungsfalle auch ganz verbannt werden könnte. Aufmerksame Kritiker wittern hinter der Maßnahme die Spießgesellen des Heiko Maas, der „Facebook“ massiv angegangen war, weil der US-Konzern auf seinen deutschen Seiten angeblich nicht ausreichend gegen „Hass und Hetze im Netz“ vorgehe.

Hass und Hetze liegen demnach vor, wenn jemand auf einen Sachverhalt bloß hinweist, welcher die gute Willkommens-Stimmung trüben könnte. Da sind wir auf dem Weg zurück in die DDR zumindest einen großen Schritt weiter gekommen. Den Genossen damals war es ebenfalls egal, ob etwas stimmte oder nicht. Entscheidend war allein, ob die Veröffentlichung der richtigen politischen Seite nützte.

Seinerzeit hieß es, man spiele dem Klassenfeind in die Hände, wenn man Verfehlungen des SED-Regimes offen ansprach. Oder man gehöre sogar selbst zur Front des Feindes. Heute stellen Maas und Genossen jemanden an den Pranger, weil er mit der Wahrheit doch bloß den „rechten Hetzern“ helfe, oder weil er möglicherweise sogar selbst zur Front der „Hetzer“ zähle.

Wer in der DDR unangenehme Wahrheiten ansprechen wollte, musste geschickt vorgehen, damit er keine Scherereien bekam. Etwa, indem er beteuerte, dass er seine Kritik einzig zum Zwecke der Entwicklung des Sozialismus vorbringe. Motto: Das müssen wir selber klären, bevor sich der Klassenfeind drüber hermacht und die Sache „ausschlachtet“.

Wie ist das heute? Im „Focus“ rät eine Expertin, offen über die sexuelle Gewalt von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu reden, weil sich die Informationen sowieso nicht unterdrücken ließen, sondern sonst in Form von Gerüchten ins Kraut schössen.

Die Gerüchte würden die Bevölkerung verunsichern, und dann kämen die Rechtspoplisten. Wenn die aber „die einzigen sind, die sich der Opfer anzunehmen scheinen, dann ist das ein Problem“. Zugespitzt: Weil es die „Rechtspopulisten“ gibt, können wir die sexuellen Übergriffe leider nicht verschweigen. Die Aussage lässt uns ahnen, wie „frei und offen“ die Debatte in Deutschland erst wäre, wenn es hierzulande keine „Rechtspopulisten“ gäbe.

Populismus kommt ja von „Populus“, also Volk. Vielleicht sollte man das Problem endlich an der Wurzel packen und das Volk als politische Kraft einfach abschaffen. Nur wie? Da haben wir eine Lösung gefunden. Immer wieder werfen schlaue Köpfe spitz ein, nicht nur Ausländer, sondern auch viele Deutsche müssten sich erst mal richtig „integrieren“ in unsere „Gesellschaft“. Der Regierungspräsident von Kassel hat vergangenes Jahr alle Deutschen, welche die Politik der offenen Grenzen nicht mögen, sogar glatt zum Auswandern aufgefordert.

Die Angesprochenen fanden das ziemlich dreist, es ist aber in Wahrheit viel mehr: Die Demokratie fußt nämlich auf einem Eigentumsanspruch, der hier listig in Frage gestellt wird. Früher gehörte das Land den Fürsten, die es nach Laune vererben, verpfänden oder verkaufen durften. Dann standen die Bürger auf und sagten: Schluss jetzt, das Land gehört nicht dem Fürsten, sondern uns, dem Volk, dem es per Geburtsrecht zugefallen ist. Wer dazukommen darf, das bestimmen wir, Punkt – geboren war die Demokratie, die Herrschaft des „Populus“ über das Land.

Mit der These von den „unintegrierten“ Deutschen entwindet man dem Volk diesen bislang selbstverständlichen Eigentumsanspruch ganz langsam wieder. Nicht die Abstammungsgemeinschaft des Volkes zähle, sondern unsere Wertegemeinschaft, lautet die neue Devise. Das Land gehört danach nicht mehr dem (deutschen) Volk, sondern denen, „die für unsere Werte einstehen“, womit die politischen und medialen Tonangeber zu allererst sich selbst meinen dürften.

So schleichen sie auf den Pfaden der „Bunten Republik“ ganz leise zurück zur barocken Herrlichkeit, als Völker belanglos und austauschbar waren. Wer etwas dagegen hat, der ist dann eben ein Populist, denn er „teilt nicht unsere Werte“, was bedeutet: Er ist draußen und sollte am besten seine Sachen packen.

MEINUNGEN

***Markus Ferber**, CSU-Abgeordneter im EU-Parlament, ärgert sich im Deutschlandfunk (28. Juli) über die **doppelten Maßstäbe**, welche die **EU-Kommission** bei der Durchsetzung europäischer **Regeln** bei einzelnen Mitgliedstaaten anlegt:*

„Es ist ja interessant, dass die Kommission gegenüber Polen verkündet, die Europäische Union ist eine Institution, die sich auf Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung des Rechts beruft. Deswegen werden Beobachtungen und Aufforderungen an Polen ausgesprochen. Gleichzeitig sagt sie aber, bei Spanien und Portugal macht es keinen Sinn, das Recht anzuwenden. Ja was erwarten wir denn eigentlich von der Europäischen Union? ..., dass sie die Spielregeln anwendet.“

*Der Afghanistan-Kenner **Albert A. Stahel** warnt in der „Basler Zeitung“ (28. Juli) vor der europäischen **Naivität** gegenüber der **Einwanderung** fremder, extrem rückständiger, **gewaltgeneigter Kulturen** wie der des Axt-Täters von Würzburg, eines Paschtunen:*

„Man will sich nicht ernsthaft mit fremden Kulturen auseinandersetzen, um zu wissen, was da auf uns zukommt. Gerade auch auf politisch verantwortlicher Ebene ... herrscht das Gefühl vor, unsere Kultur, unsere Werte und unsere Errungenschaften seien derart fortschrittlich und überlegen, dass sie automatisch auch maßgebend sind für alle anderen. Das ist aber oberflächlich und dumm ... Will man wirklich andere Kulturen hier integrieren, muss man begreifen, was auf uns zukommt ... Tun wir das nicht, ist letztlich in einem solchen Konflikt unsere Zivilisation dem Untergang geweiht.“

*Die **Demonstration von 40000 Türken** mit und ohne deutschen Pass in Köln für ihren Machthaber Erdogan zeige das **Scheitern der Integration**, kommentieren etliche Medien. **Reinhard Müller** fügt in der „FAZ“ (30. Juli) an:*

„So wie die Politik der offenen Grenzen von Wunschdenken geprägt war, so war die breite Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft mit der Erwartung verbunden, die Integration insbesondere von Türken würde dadurch gefördert – eine Illusion ... Heute ernten wir die Früchte dieser Politik, der jedes Gefühl für Staat und Nation, für Sinn und Form völlig abgeht.“

***Bettina Röhl** ist nach dem öffentlichen Festhalten Merkels an der Parole „Wir schaffen das“ **endgültig durch mit der Kanzlerin**. In „Tichys Einblick“ (31. Juli) schreibt sie:*

„Merkels Durchhalteparolen werden immer leerer, sofern das überhaupt noch möglich ist. Was sie nicht versteht: Der Anfang ihres wahrscheinlich politischen Endes hat begonnen. Es bleibt vielen Menschen zu hoffen, dass es nicht allzu lange dauert, bis sie von der politischen Bühne verschwunden ist. Jeder weitere Amtstag ist, politisch gesehen, ein Tag in die falsche Richtung, eine weitere zusätzliche Belastung für das Land ... Die drei Wörter ‚Wir schaffen das‘, ohne bisher oder aber jetzt definiert zu haben, was ‚das‘ sein und was ‚schaffen‘ bedeuten könnte, sind ein unwürdiges Zeichen einer unwürdigen Politik und auch einer unwürdigen politischen Figur.“